



Generalversammlung

Verteilung: Allgemein

27. März 2000

Deutsch

Original: Englisch

Vierundfünfzigste Tagung

Tagesordnungspunkt 49 *b*)

Millenniums-Versammlung der Vereinten Nationen

Wir, die Völker: Die Rolle der Vereinten Nationen im 21. Jahrhundert

Bericht des Generalsekretärs

Inhalt

	<i>Ziffern</i>	<i>Seite</i>
I. Ein neues Jahrhundert – neue Herausforderungen	1-17	3
II. Globalisierung und Lenkungsprozesse.....	18-65	5
A. Die Herausforderung von 1945	26-30	6
B. Die Herausforderung heute.....	31-40	6
C. Die Welt gemeinsam besser lenken	41-50	7
D. Die Belange der Völker.....	51-65	9
III. Freiheit von Not.....	66-188	13
A. Ein nachhaltiges Wachstum herbeiführen	76-92	15
B. Chancen für junge Menschen schaffen.....	93-111	16
C. Die Gesundheit fördern, HIV/Aids bekämpfen	112-133	18
D. Die Elendsviertel sanieren.....	134-138	21
E. Afrika mit einbeziehen	139-149	22
F. Digitale Brücken bauen	150-167	23
G. Weltweite Solidarität unter Beweis stellen.....	168-188	26
IV. Freiheit von Furcht.....	189-253	33
A. Tödliche Konflikte verhüten.....	198-208	33
B. Die Schwachen schützen	209-214	35
C. Sich mit dem Interventionsdilemma auseinander setzen	215-219	37
D. Die Friedenseinsätze stärken	220-228	37
E. Sanktionen zielgerichtet einsetzen.....	229-233	38
F. Eine weitere Rüstungsreduzierung anstreben	234-253	39
V. Eine Zukunft für die kommenden Generationen	254-311	43
A. Dem Klimawandel entgegenzutreten.....	265-273	45
B. Der Wasserkrise begegnen	274-282	47
C. Den Boden schützen.....	283-290	47
D. Die Wälder, die Fischbestände und die biologische Vielfalt erhalten	291-296	48
E. Eine neue Ethik der globalen Umweltverantwortung entwickeln.....	297-311	49
VI. Die Erneuerung der Vereinten Nationen.....	312-361	53
A. Unsere grundlegenden Stärken erkennen	319-334	53
B. Im Dienste des Wandels Netzwerke aufbauen.....	335-341	55
C. Digitale Verbindungen herstellen	342-351	56
D. Die "stille Revolution" fördern.....	352-361	56
VII. Zur Behandlung auf dem Gipfel.....	362-369	59

I. Ein neues Jahrhundert – neue Herausforderungen

1. Der Anbruch des neuen Jahrtausends ist ein Anlass zur Feier wie auch ein Anlass zur Reflexion.
2. Die ganze Welt feierte am Silvesterabend, als in einer Zeitzone nach der anderen, von Kiribati und Fidschi in westlicher Richtung rund um den Globus bis nach Samoa, die Uhren Mitternacht schlugen. Menschen aller Kulturen feierten mit – nicht nur diejenigen, von denen man ohnehin gedacht hätte, dass das Millennium für sie eine besondere Bedeutung hat. Die Chinesische Mauer und die Pyramiden von Gizeh waren ebenso hell erleuchtet wie der Krippenplatz in Bethlelem und der Petersplatz in Rom. Tokio, Jakarta und Neu-Delhi waren ebenso Schauplatz von Millenniumsfeiern wie Sydney, Moskau, Paris, New York, Rio de Janeiro und Hunderte weiterer Städte. Von Spitzbergen in Norwegen bis Robben Island in Südafrika glänzten Kinderaugen im Kerzenschein. 24 Stunden lang feierte die Menschheitsfamilie ihre Einheit mit einer beispiellosen Zurschaustellung ihrer reichen Vielfalt.
3. Der Millenniums-Gipfel bietet Gelegenheit zur Reflexion. Die Generalversammlung hat diese Zusammenkunft der Staats- und Regierungschefs einberufen, um sich mit der Rolle der Vereinten Nationen im 21. Jahrhundert zu befassen. Der Anlass und das Thema verlangen, dass wir zum aktuellen Tagesgeschehen auf Distanz gehen und die Dinge von einer breiteren und längerfristigen Perspektive aus sehen – nämlich der Lage der Welt und der sich für die Vereinten Nationen daraus ergebenden Herausforderungen.
4. Wir haben allen Grund zur Dankbarkeit. Die Lebenserwartung der meisten Menschen ist heute höher als die ihrer Eltern, ganz zu schweigen von den vorangegangenen Generationen. Die heutigen Menschen ernähren sich besser, sind gesünder, gebildeter und genießen ganz allgemein günstigere wirtschaftliche Aussichten.
5. Dennoch gibt es gleichzeitig auch viele beklagenswerte Erscheinungen, die nach Abhilfe verlangen. Das gerade zu Ende gegangene Jahrhundert wurde immer wieder von schrecklichen Konflikten erschüttert. Innerhalb einzelner Länder wie auch im Vergleich mit anderen herrschen nach wie vor erdrückende Armut und eklatante Ungleichheit, während daneben beispielloser Reichtum existiert. Alte und neue Krankheiten drohen die mühsam erzielten Fortschritte zunichte zu machen. Zu alledem werden die lebenserhaltenden Dienste, die die Natur uns leistet und von denen das Überleben der menschlichen Spezies abhängt, durch unsere täglichen Einwirkungen aus dem Gleichgewicht gebracht und immer mehr untergraben.
6. Die Augen der Welt sind auf ihre führenden Politiker gerichtet, wenn sich diese zum Millenniums-Gipfel versammeln, um die großen Herausforderungen zu benennen und anzupacken, die vor uns liegen.
7. Die Vereinten Nationen können bei der Bewältigung dieser Herausforderungen nur dann erfolgreich helfen, wenn wir alle uns bei unseren gemeinsamen Bemühungen von einem neuen Sendungsbewusstsein inspirieren lassen. Wir müssen uns wieder vergegenwärtigen, warum es die Vereinten Nationen gibt – wofür, und für wen. Wir müssen uns auch fragen, welche Art von Organisation die politischen Führer der Welt zu unterstützen bereit sind, in Taten wie auch in Worten. Es bedarf hier klarer Antworten, damit die Vereinten Nationen in den kommenden Jahrzehnten mit verstärkter Tatkraft und klarer Zielrichtung ihre Arbeit tun können. Diese Antworten muss der Millenniums-Gipfel geben.
8. Natürlich existieren die Vereinten Nationen, um den Mitgliedstaaten zu dienen. Sie sind die einzige Organisation ihrer Art mit universaler Mitgliedschaft und einem umfassenden Tätigkeitsfeld, das so viele Gebiete menschlichen Wirkens einbezieht. Diese Merkmale machen die Vereinten Nationen zu einem singulär nützlichen Forum – für den Austausch von Informationen, die Abhaltung von Verhandlungen, die Erarbeitung von Normen, die Äußerung von Erwartungen, die Koordinierung des Verhaltens von Staaten und anderen Akteuren und die Verfolgung gemeinsamer Aktionspläne. Wir müssen sicherstellen, dass die Vereinten Nationen diese Funktionen so effizient und wirksam wie möglich wahrnehmen.
9. Die Vereinten Nationen sind jedoch mehr als nur ein Mittel zum Zweck. Wie aus ihrer Charta klar hervorgeht, sollten mit den Vereinten Nationen neue Grundsätze in die internationalen Beziehungen eingebracht werden, die deren tägliche Ausgestaltung auf eine qualitativ neue Ebene stellen. Unsere Ziele sind gleich im ersten Artikel der Charta festgelegt: die Beilegung von Streitigkeiten durch friedliche Mittel; die Suche nach kooperativen Lösungen für Probleme wirtschaftlicher, sozialer, kultureller und humanitärer Art; und ganz allgemein die Förderung eines Verhaltens, das mit den Grundsätzen der Gerechtigkeit und des Völkerrechts in Übereinstimmung steht. Ganz abgesehen von den praktischen Aufgaben, um deren Wahrnehmung die Vereinten Nationen gebeten werden, hat die Organisation somit das erklärte Ziel, die Beziehungen zwischen den Staaten sowie die Art und Weise, in der die internationalen Angelegenheiten gesteuert werden, in ihrem Wesen zu verändern.
10. Mehr noch, die Vereinten Nationen sind zwar eine Organisation von Staaten, doch ihre Charta ist im Namen "der Völker" verfasst. Sie bekräftigt die Würde und den Wert der menschlichen Person, die Achtung vor den Menschenrechten und die Gleichberechtigung von Männern und Frauen sowie ein Bekenntnis zum sozialen Fortschritt, gemessen an einem besseren Lebensstandard sowie frei von Not und Furcht. Es sind also letztlich die Bedürfnisse und die Hoffnungen der

Menschen überall auf der Welt, für die die Vereinten Nationen da sind und denen sie dienen müssen.

11. Während der ersten 45 Jahre ihres Bestehens standen die Vereinten Nationen unter dem Bann des Kalten Kriegs, der sie daran hinderte, einige ihrer Kernaufgaben zu erfüllen, der aber auch dazu führte, dass sie im Schatten dieses Konflikts andere wesentliche Aufgaben entdeckten. Seit den letzten 10 Jahren stehen die Vereinten Nationen unter dem Druck der stürmischen Veränderungen der neuen Ära und leisten dabei in vielen Fällen gute Arbeit, während sie in anderen hinter den Erwartungen zurückbleiben. Jetzt gibt der Millenniums-Gipfel den führenden Staatsmännern der Welt eine einzigartige Gelegenheit, die Vereinten Nationen bis weit in das 21. Jahrhundert hinein neu zu gestalten und sie zu befähigen, im Leben der Menschen tatsächliche, messbare Verbesserungen zu bewirken.

12. Ich erlaube mir, den Mitgliedstaaten diesen Bericht vorzulegen, um ihre Vorbereitungen für den Gipfel zu erleichtern und Denkanstöße für ihre anschließenden Beratungen auf dem Gipfel zu geben. In dem Bericht werden einige der drängendsten Herausforderungen benannt, denen sich die Menschen der Welt gegenübersehen und die in die Wirkungssphäre der Vereinten Nationen fallen. Es werden darin eine Reihe von Prioritäten vorgeschlagen, die von den Mitgliedstaaten zu prüfen wären, sowie mehrere Sofortmaßnahmen empfohlen, die wir gleich auf dem Gipfel ergreifen können, um den Menschen Mut zu geben und ihr Dasein zu verbessern.

13. Der Rahmen für alle diese Vorschläge wird durch die Globalisierung vorgegeben, die unsere Welt zu Beginn des 21. Jahrhunderts grundlegend verändert. In dieser neuen Ära wirken sich die Handlungen der Menschen ständig – oft auch ohne dass es ihnen bewusst ist – auf das Leben anderer, weit entfernt lebender Menschen aus. Die Globalisierung eröffnet uns große Chancen, jedoch ist ihr Nutzen derzeit sehr ungleich verteilt, während ihre Kosten von allen Menschen getragen werden.

14. Die zentrale Herausforderung, vor der wir heute stehen, ist daher, sicherzustellen, dass die Globalisierung zu einer positiven Kraft für alle Menschen der Erde wird und nicht

Milliarden von ihnen im Elend lässt. Eine niemanden ausschließende Globalisierung muss die große fördernde Kraft des Marktes zur Grundlage haben, doch werden die Marktkräfte allein sie nicht herbeiführen können. Dazu bedarf es umfassenderer Bemühungen, eine gemeinsame Zukunft zu schaffen, deren Fundament die ganze Vielfalt unserer einen Menschheit ist.

15. Dies wiederum erfordert, dass wir von neuem darüber nachdenken, wie wir an unsere gemeinsamen Aktivitäten und Interessen herangehen, denn viele Herausforderungen, denen wir uns heute stellen müssen, gehen über das hinaus, was ein Staat allein bewältigen kann. Auf nationaler Ebene muss jeder Staat seine Geschäfte besser lenken, und auf internationaler Ebene müssen wir lernen, die Weltgeschäfte gemeinsam besser zu lenken. Gut funktionierende Staaten sind für beide Aufgaben unerlässlich, und ihre Fähigkeit, beide Aufgaben wahrzunehmen, muss gestärkt werden. Auch müssen wir die internationalen Institutionen, über die die Staaten gemeinsam die Weltgeschäfte lenken, an die Realitäten der neuen Ära anpassen. Wir müssen Koalitionen für den Wandel bilden, oft mit Partnern, die den offiziellen Institutionen fern stehen.

16. Keiner Änderung unseres Denkens oder Handelns kommt wohl größere Bedeutung zu als der, dass wir bei allem, was wir tun, die Menschen in den Mittelpunkt stellen. Es gibt keine ehrenvollere Aufgabe und keine größere Verantwortung als die, Männer, Frauen und Kinder in den Städten und Dörfern überall auf der Welt in die Lage zu versetzen, selbst ihr Leben zu verbessern. Erst wenn das geschieht, wissen wir, dass wir auf dem Weg zu einer Globalisierung sind, die tatsächlich alle Menschen einschließt und die jedem Menschen erlaubt, an ihren Chancen teilzuhaben.

17. Wir müssen jedoch mehr tun, als nur über unsere Zukunft zu reden. Wir müssen sie selbst schaffen, und zwar jetzt. Lassen wir den Millenniums-Gipfel das Zeichen für die erneute Verpflichtung der Mitgliedstaaten auf ihre Vereinten Nationen sein, indem wir uns auf unsere gemeinsame Vision einigen. Lassen wir die politischen Führer der Welt ihr Engagement beweisen, indem sie, nachdem sie wieder in ihr Heimatland zurückgekehrt sind, sich sofort ans Werk machen.

II. Globalisierung und Lenkungsprozesse

18. In den ersten Jahren der Vereinten Nationen war der Termin, an dem die Generalversammlung sich vertagte, immer ganz genau abzusehen: die Tagung konnte nicht länger dauern als bis zu der letzten Fahrt der *Queen Mary* in dem jeweiligen Jahr. Damals sah die Welt ganz offensichtlich anders aus als heute.

19. In der Tat ist es so, dass zwei Drittel der heutigen Mitglieder der Vereinten Nationen noch gar keine souveränen Staaten waren, als die Organisation gegründet wurde. Ihre Bevölkerung lebte noch unter Kolonialherrschaft. Die Erde war damals Heimat von weniger als 2,5 Milliarden Menschen – heute sind es 6 Milliarden. Es gab hohe Handelsschranken, die weltweiten Handelsströme waren verschwindend gering und es bestand eine strenge Kapitalkontrolle. Die meisten Großunternehmen wirtschafteten innerhalb eines Landes und für den Inlandsmarkt. Ein Telefongespräch über den Atlantik war für den Durchschnittsbürger unerschwinglich und wurde selbst in der Geschäftswelt nur unter außergewöhnlichen Umständen geführt. Die Jahresproduktion an Stahl besaß hohen Symbolwert für die Wirtschaftskraft eines Staates. Der erste Computer war gerade gebaut worden. Er füllte einen großen Raum aus, war mit 18.000 Elektronenröhren und einer halben Million Lötverbindungen bestückt und musste für jede neue Aufgabe manuell neu konfiguriert werden. Ökologie war ein Thema, das den Biologen vorbehalten blieb, und das Wort "Cyberspace" wäre noch nicht einmal in einem Science-Fiction-Roman zu finden gewesen.

20. Wir wissen, wie grundlegend die Dinge sich seither geändert haben. Die Exporte haben sich seit 1950 sogar nach Inflationsbereinigung weltweit verzehnfacht und steigen konsistent schneller an als das globale Bruttoinlandsprodukt. Auslandsinvestitionen nehmen noch rascher zu; der Umsatz multinationaler Unternehmen übersteigt die weltweiten Exporte um einen immer höheren Prozentsatz, und Handelsgeschäfte zwischen verbundenen Unternehmen machen einen rasch expandierenden Anteil am Welthandel aus. Seit dem Zusammenbruch des Systems der festen Wechselkurse im Jahr 1973 sind die täglichen Devisenströme von 15 Milliarden Dollar auf mehr als 1,5 Billionen Dollar angewachsen. Bei einer kürzlichen Unternehmensübernahme durch die Telekommunikations-Gesellschaft eines anderen Landes entstand ein Unternehmen, dessen Marktwert höher ist als das Bruttoinlandsprodukt beinahe der Hälfte aller Mitgliedstaaten der Vereinten Nationen, obwohl es auf der Weltrangliste der Unternehmen mit dem höchsten Marktwert nur an vierter Stelle steht. Unter Zeitdruck stehende Generalversammlungsdelegierte können den Atlantik heute in weniger als vier Stunden überqueren und, sollten sie dies wünschen, während ihrer gesamten Reise über das Internet oder per Telefon Regierungsgeschäfte wahrnehmen.

21. Dies ist die Welt im Zeitalter der Globalisierung – sie bietet den wirtschaftlichen Akteuren und Aktivitäten auf der ganzen Welt ein neues Umfeld und neue Verbindungswege. Die Globalisierung ist durch den fortschreitenden Abbau von Handelsschranken und Hindernissen bei der Kapitalmobilität sowie durch grundlegende technologische Entwicklungen und die stetig weiter sinkenden Kosten für Beförderung, Kommunikation und Computer möglich geworden. Ihre Integrationslogik scheint unausweichlich, ihr Tempo unaufhaltsam. Die Vorzüge der Globalisierung sind deutlich zu erkennen: schnelleres Wirtschaftswachstum, höherer Lebensstandard, kürzere Innovationszyklen, die schnellere Verbreitung von Technologie und Führungskompetenzen und neue wirtschaftliche Chancen für den Einzelnen ebenso wie für Länder.

22. Wie aber kommt es dann, dass die Globalisierung jetzt Gegenreaktionen hervorruft, von denen die Ereignisse im Umfeld der Tagung der Welthandelsorganisation im letzten November in Seattle nur das jüngste, hochpublizierte Beispiel waren?

23. Nur wenige Personen, Gruppen oder Regierungen wenden sich gegen die Globalisierung als solche. Sie erheben vielmehr Protest gegen ihre Unausgewogenheit. So konzentrieren sich Nutzen und Chancen der Globalisierung nach wie vor auf relativ wenige Länder und sind selbst innerhalb dieser ungleich verteilt. Zum anderen zeichnet sich seit einigen Jahrzehnten ein Ungleichgewicht ab, dahin gehend, dass Bemühungen, feste und wirksam angewandte Regelungen für die Ausweitung globaler Märkte aufzustellen, zwar von Erfolg gekrönt sind, dass aber ebenso berechnete soziale Zielsetzungen, so etwa arbeitsrechtliche Normen, Umweltschutz, Menschenrechte und Armutsbeseitigung, nur erheblich schwächere Unterstützung finden.

24. Allgemeiner gesagt halten sich viele Menschen heute auf Grund der Globalisierung für verwundbarer durch Kräfte, die ihnen nicht vertraut sind und die sie als unwägbar empfinden, Kräfte, die wirtschaftliche Instabilität und soziale Verwerfungen mit sich bringen können, mitunter über Nacht. Die Finanzkrise der Jahre 1997-1998 in Asien war eine solche Kraft – die fünfte schwere internationale Währungs- und Finanzkrise in nur zwanzig Jahren. Immer mehr wächst die Angst um die Integrität der Kulturgefüge und die Souveränität der Staaten. Sogar in den mächtigsten Ländern fragen sich die Menschen, wer denn eigentlich am Ruder ist, sie sorgen sich um ihre Arbeitsplätze und befürchten, dass ihre Stimmen im Strom der Globalisierung ungehört verhallen.

25. Hinter diesen auf so vielfältige Weise zum Ausdruck gebrachten Befürchtungen steht eine einzige unüberhörbare Botschaft: Globalisierung muss mehr bedeuten als nur die

Schaffung größerer Märkte. Der Bereich der Wirtschaft kann nicht aus dem komplexeren Gefüge des sozialen und politischen Lebens herausgetrennt und auf seine eigene Bahn kaputtgeführt werden. Wenn sie Bestand haben und gedeihen soll, muss eine globale Wirtschaft eine festere Grundlage in gemeinsamen Werten und institutionellen Praktiken finden – sie muss umfassendere und integrativere soziale Ziele verfolgen.

A. Die Herausforderung von 1945

26. Die führenden Staatsmänner, die am Ende des Zweiten Weltkriegs zusammentraten, um wieder eine tragfähige internationale Ordnung aufzubauen, hielten unerschütterlich an ebendieser Auffassung fest. Sie wussten schließlich genau, dass eine frühere Ära der wirtschaftlichen Globalisierung, die in mancherlei Hinsicht eine ähnlich hohe wirtschaftliche Interdependenz aufwies wie unsere heutige Zeit, immer mehr an Bedeutung eingebüßt hatte, bevor sie schließlich unter dem Schock der Geschehnisse von 1914 völlig zusammenbrach. Diese global denkende Zeit beruhte auf einer imperialistischen politischen Struktur, die den unter Fremdherrschaft stehenden Völkern und Hoheitsgebieten das Recht auf Selbstregierung versagte.

27. Darüber hinaus verfügten die Großmächte nicht über geeignete Mittel, um eine internationale politische Anpassung und einen friedlichen Wandel vorzunehmen. So griffen diese Mächte beispielsweise auf die Aufteilung des afrikanischen Kontinents zurück, um das europäische Kräftegleichgewicht zu stabilisieren. Auf wirtschaftlichem Gebiet konnten sie keinen besseren Weg zur Herbeiführung internationaler Finanzstabilität finden, als dass die Länder ihr Binnenwirtschaftsvolumen von Bewegungen ihrer Zahlungsbilanz abhängig machten und dieses bei Zahlungsbilanzdefiziten einschränkten und bei Überschüssen ausweiteten. Sobald die allgemeine Bevölkerung jedoch einmal das Wahlrecht erhalten hatte, ließ sich diese Praxis nicht länger aufrechterhalten, und die Regierungen begannen schrittweise – und anfangs nur widerstrebend –, dem Bedürfnis der Menschen nach festen Arbeitsplätzen und stabilen Preisen Rechnung zu tragen.

28. Aus der zwanzigjährigen Krise zwischen den Weltkriegen lernten die Baumeister der Welt nach 1945 jedoch, wie außerordentlich zerstörerisch es für die Länder war, sich vollständig von wirtschaftlicher Interdependenz abzuwenden. Ungezügelter Wirtschaftsnationalismus und der Export von Arbeitslosigkeit setzten sich während der dreißiger Jahre beinahe überall durch und führten in einigen Ländern zu politischem Revanchismus, Totalitarismus und Militarismus, in anderen zu Isolationismus. Der Völkerbund stand von Anfang an auf tönernen Füßen und hatte diesen Kräften gegenüber keine Chance.

29. Unsere Vorgänger, die Staatsmänner der Nachkriegszeit, handelten daher weise, als sie einen Kurs der Offenheit

und der Zusammenarbeit einschlugen. Sie gründeten die Vereinten Nationen, richteten die Bretton-Woods-Institutionen, das Allgemeine Zoll- und Handelsabkommen (später in die Welthandelsorganisation eingegliedert) und eine Vielzahl weiterer Organisationen ein, deren Aufgabe darin bestand, das Funktionieren des gesamten Systems zu gewährleisten. Einige unterstützten die Entkolonialisierung, doch zog sich der Kampf um die Unabhängigkeit, den die Vereinten Nationen stolz waren zu fördern, über viele Jahre hin und kostete viel zu viele Menschenleben. Die Industrieländer sicherten sich im Inland die Unterstützung für offene Märkte, indem sie soziale Sicherungsnetze aufbauten und Anpassungshilfe an benachteiligte Gruppen und Industriezweige bereitstellten. Dieses Erbe kommt uns noch heute zugute.

30. In diesem Erbe liegt jedoch gleichzeitig auch das Kernproblem unserer heutigen Zeit: Während die neue Globalisierung mit Hilfe des multilateralen Systems der Nachkriegszeit ihren Anfang nehmen und sich ausbreiten konnte, wurde der ganze Aufbau des Systems durch eben diese Globalisierung allmählich immer unzeitgemäßer. Unsere Nachkriegsinstitutionen waren, einfach gesagt, auf eine *inter-nationale* Welt zugeschnitten, doch leben wir heute in einer *globalen* Welt. In der wirksamen Reaktion auf diesen Übergang liegt die institutionelle Grundherausforderung, der sich die politischen Führer der Welt heute stellen müssen. Der Millenniums-Gipfel kann dabei den Weg weisen helfen.

B. Die Herausforderung heute

31. Wie weit wir uns von einer streng internationalen Welt entfernt haben, ist an den veränderten Bedrohungen des Friedens und der Sicherheit zu erkennen, denen sich die Menschheit heute gegenüber sieht. Die Charta geht davon aus, dass eine Aggression von außen, der Angriff eines Staates gegen einen anderen, die schwerwiegendste Bedrohung darstellen würde, doch kamen während der vergangenen Jahrzehnte weit mehr Menschen in Bürgerkriegen, bei ethnischen Säuberungen und durch Völkermordhandlungen ums Leben, ausgeführt mit Waffen, die auf dem globalen Waffenmarkt relativ leicht erhältlich sind. Massenvernichtungstechnologien kursieren in einer Unterwelt illegaler Märkte, und der Terrorismus wirft seinen Schatten auf stabile Herrschaftsstrukturen. Diesen neuen Gegebenheiten haben wir unsere Institutionen noch nicht angepasst.

32. Mehr oder weniger das Gleiche gilt auch für den Wirtschaftsbereich. Hier lag den institutionellen Mechanismen der Nachkriegszeit die Prämisse zugrunde, dass die Welt aus getrennten nationalen Volkswirtschaften besteht, die Außenhandelsbeziehungen miteinander unterhalten, ohne sich dabei allzu nahe zu kommen. Die Globalisierung widerspricht allen diesen Erwartungen. Daher mag es kaum überraschen, dass das Handelsregime solchen Belastungen ausgesetzt ist – es befasst sich heute mehr mit Angelegenheiten, die früher reinen Inlandscharakter hatten, als mit Grenzschränken. Auch

überrascht es uns nicht, dass Forderungen nach einer neuen Finanzarchitektur mit solcher Beharrlichkeit gestellt werden.

33. Infolge der Globalisierung sind die Industrieländer weniger in der Lage, die schädlichen Auswirkungen einer weiteren Marktöffnung auf ihre eigenen Volkswirtschaften abzufangen. Die Entwicklungsländer hatten dieses Privileg von Anfang an nicht. Die Folge daraus ist, dass sich die Öffentlichkeit in beiden Ländergruppen jetzt angreifbar und verunsichert fühlt.

34. Darüber hinaus hat die Globalisierung eine neue Anfälligkeit für alte Bedrohungen mit sich gebracht. Kriminelle Zusammenschlüsse nutzen die neuesten Technologien, um weltweit mit Drogen, Waffen, Edelmetallen, Edelsteinen und sogar Menschen zu handeln. In der Tat schaffen diese Elemente der "unzivilen Gesellschaft" Weltkonzerne der Illegalität.

35. Von Handeltreibenden, Eroberern und natürlichen Trägern verbreitete Krankheiten prägen die Geschichte bereits seit Jahrtausenden. Die weltweite Übertragung von Krankheitserregern, vor allem HIV/Aids, hat in letzter Zeit rapide zugenommen, und zwar in einem Tempo und einer Größenordnung, die nur durch offene Grenzen und eine nie zuvor gesehene Mobilität möglich wurde.

36. Auch gänzlich neue Dimensionen der Globalisierung haben sich herausgebildet. Die grenzüberschreitende Umweltverschmutzung steht zwar schon seit Jahrzehnten auf der internationalen Agenda, doch mit der Erkenntnis, dass die kumulativen Folgen der Industrialisierung sich auf den globalen Klimawandel auswirkten, trat die Welt in einen völlig neuen Kontext ein – bzw. sah sie sich nachgerade davon umschlossen –, in dem herkömmliche institutionelle Wege, Abhilfe zu schaffen, kaum einen Nutzen zeigten.

37. Die Revolution im weltweiten Kommunikationswesen weckte neue Erwartungen dahin gehend, dass nunmehr humanitäres Leid gelindert und die Grundrechte verteidigt würden. Weder die Regierungen noch die internationalen Institutionen konnten sich bisher voll darüber klar werden, was alles mit diesen Erwartungen verbunden ist, noch wie sie sie erfüllen können.

38. Die Revolution des Kommunikationswesens wird auch auf andere Weise spürbar. Das Internet ist das am schnellsten wachsende Kommunikationsmedium in der Geschichte der Zivilisation und ist von allen je entwickelten Werkzeugen möglicherweise dasjenige, das die rascheste Verbreitung gefunden hat. Es ist nicht undenkbar, dass die zunehmende Integration von Informationstechnologie, Internet und elektronischem Geschäftsverkehr eine ähnlich einschneidende Transformation bewirken wird wie die industrielle Revolution. Diese Technologien werden auch künftig die weltweite wirtschaftliche Landschaft verändern und den Organisationsstrukturen eine neue Gestalt aufprägen. Sie werden die Ar-

beits- und Lebensweise vieler Menschen verändern. Wie Unternehmer von Bangalore bis Guadalajara und São Paulo bezeugen können, lassen sich mit ihrer Hilfe schon heute bestehende Entwicklungsschranken überspringen. Dieses Chancenangebot kann noch um ein Vielfaches erweitert werden.

39. Am wichtigsten mag indessen sein, dass Menschen, die andernfalls durch räumliche Entfernung oder wegen ihrer Zuordnung zu kulturellen und wirtschaftlichen Schichten voneinander getrennt blieben, mittels dieser Technologien in direkter Verbindung miteinander stehen und so ein besseres Verständnis dessen herbeiführen können, wer wir, die Völker, eigentlich sind. Keine dieser Möglichkeiten bietet sich allerdings denjenigen, die keinen Technologiezugang besitzen, sei es, weil es an der notwendigen Infrastruktur oder am nötigen Kapital mangelt, oder weil das Regelungsumfeld dies verhindert.

40. Somit ist klar, worin die Herausforderung liegt: Wollen wir die Verheißungen der Globalisierung nützen und gleichzeitig ihre Nachteile überwinden, so müssen wir nicht nur lernen, die Welt besser zu lenken, sondern auch besser lernen, dies gemeinsam zu tun. Der Millenniums-Gipfel findet daher zu einem höchst bedeutsamen Zeitpunkt statt, nicht allein in symbolischer, sondern auch in praktischer Hinsicht.

C. Die Welt gemeinsam besser lenken

41. Was verstehen wir unter dem Begriff "Lenkung", wenn er auf der internationalen Ebene verwendet wird? Welche Merkmale sollen sich damit möglichst verbinden, wenn wir den Übergang von einer internationalen zu einer globalen Welt erfolgreich bewältigen wollen?

42. In einigen Köpfen beschwört der Begriff noch immer die Vision einer "Weltregierung" herauf, gigantischer zentralisierter Bürokratieapparate, die sich über die Rechte der Völker und Staaten hinwegsetzen. Nichts ist weniger zu wünschen. Schwache Staaten gehören zu den bedeutendsten Hindernissen, die sich einer effektiven Lenkung auf nationaler wie auch auf internationaler Ebene heute entgegenstellen. Zum Wohle ihrer eigenen Völker und um unserer gemeinsamen Zielsetzungen willen müssen wir dazu beitragen, die Lenkungskapazität dieser Staaten zu stärken, anstatt sie weiter zu untergraben. Außerdem ist allein schon die Idee zentralisierter Hierarchien ein Anachronismus in unserer sich fortlaufend wandelnden, hochdynamischen und weitreichend vernetzten Welt, ein Relikt des Gedankenguts des 19. Jahrhunderts.

43. Gleichzeitig müssen die Staaten ein tieferes Verständnis der doppelten Aufgabe entwickeln, die ihnen in unserer globalen Welt zukommt. Neben der Verantwortung, die sie jeweils für ihre eigene Gesellschaft tragen, kommt ihnen

kollektiv auch die Rolle des Hüters unseres gemeinsamen Lebens auf diesem Planeten zu, eines Lebens, an dem die Bürger aller Länder Anteil haben. Trotz aller institutionellen Bedrängnis, in die die Globalisierung die Staaten häufig bringen mag, ist doch kein anderes Gebilde in Sicht, das mit dem Staat konkurrieren oder ihn ersetzen kann. Die erfolgreiche Steuerung der Globalisierung verlangt daher in erster Linie, dass die Staaten auf eine Art und Weise handeln, die ihrer doppelten Aufgabe gerecht wird.

44. Dies wiederum heißt, dass die Entscheidungsfindungsstrukturen, über die die Lenkung auf internationaler Ebene stattfindet, insgesamt gesehen die Realitäten unserer heutigen Zeit widerspiegeln müssen. Der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen ist ein auf der Hand liegendes Beispiel. Die Zusammensetzung des Rates, die auf der Machtverteilung und der Bündniskonstellation von 1945 beruht, trägt heute weder dem Charakter noch den Erfordernissen unserer globalisierten Welt richtig Rechnung. Das Gleiche gilt für einige wichtige Wirtschaftsforen: alle Länder sind von den Auswirkungen der Globalisierung betroffen; somit müssen alle Länder ein größeres Mitspracherecht an dem Prozess selbst haben.

45. Die einzigartige Rolle, die die Vereinten Nationen in dem neuen globalen Zeitalter spielen, ergibt sich aus ihrer weltumspannenden Mitgliedschaft und ihrem universellen Tätigkeitsfeld sowie aus den in der Charta verankerten gemeinsamen Werten. Es ist unsere Aufgabe, dafür zu sorgen, dass die Globalisierung nicht nur einigen, sondern allen Vorteile bringt, dass Frieden und Sicherheit nicht nur für einige wenige, sondern für alle erhalten bleiben und dass nicht allein den Privilegierten Chancen offen stehen, sondern allen Menschen auf der ganzen Welt. Mehr denn je bedarf es der Vereinten Nationen, um als Vermittler bei macht-, kultur-, größen- und interessenbedingten Differenzen zwischen Staaten und als das Forum zu dienen, in dem die Sache der Gemeinschaft der Menschen formuliert und gefördert wird. Mehr denn je bedarf es einer starken internationalen Rechtsordnung samt den Grundsätzen und Praktiken des Multilateralismus, um die Grundregeln einer sich abzeichnenden globalen Zivilisation festzulegen, in der die reiche Vielfalt der Welt voll zum Ausdruck kommen kann.

46. Bessere Lenkung bedeutet größere Teilhabe, verbunden mit Rechenschaftspflicht. Aus diesem Grund muss der internationale öffentliche Sektor, einschließlich der Vereinten Nationen, der Beteiligung der zahlreichen Akteure, deren Beiträge zur Steuerung der Globalisierung unerlässlich sind, weiter geöffnet werden. Je nach anstehender Frage können zu diesen Akteuren Organisationen der Zivilgesellschaft, der private Sektor, Parlamentarier, örtliche Behörden, Wissenschaftsverbände, Bildungseinrichtungen und viele andere gehören.

47. Die globalen Unternehmen besetzen einen entscheidenden Platz in dieser neuen Konstellation. Mehr als alle anderen haben sie den gemeinsamen Wirtschaftsraum geschaffen,

in dem wir leben. Ihre Entscheidungen sind von Tragweite für die wirtschaftlichen Aussichten der Menschen und selbst der Staaten auf der ganzen Welt. Ihre Rechte auf eine weltumspannende Unternehmenstätigkeit sind durch internationale Übereinkünfte und einzelstaatliche Politiken erheblich erweitert worden. Mit diesen Rechten muss aber auch größere Verantwortung einhergehen, die an dem konzeptionellen und praktischen Verständnis des Unternehmens als Weltbürger festmacht. Was ein guter Bürger ist, mag je nach den Umständen anders aussehen. Ein gemeinsames Merkmal wird jedoch immer gegeben sein: die Bereitschaft der Firmen, wo immer möglich und angemessen, von der breiteren Allgemeinheit definierte "gute Praktiken" zu verfolgen anstatt die schwächeren ordnungspolitischen Systeme oder ungleichen Verhandlungspositionen der Gastländer auszunutzen.

48. Das stärker integrierte globale Umfeld verlangt auch nach einer kohärenteren Politik, wobei bedeutende Lücken geschlossen werden müssen. Die internationale Finanzarchitektur bedarf ebenso der Stärkung wie das multilaterale Handelsregime. Es gilt, für größere Konsistenz zwischen der makroökonomischen, Handels-, Entwicklungshilfe-, Finanz- und Umweltpolitik zu sorgen, damit sie alle zur Förderung unseres gemeinsamen Ziels beitragen, die Vorteile der Globalisierung breiteren Kreisen zugute kommen zu lassen. Die Politiken auf dem Gebiet der Konfliktverhütung, der Friedenskonsolidierung in der Konfliktfolgezeit, der humanitären Hilfe und der Entwicklung müssen wirksamer ineinander greifen. Kurz, es ist äußerst schwierig, mit lückenhaften und unvereinbaren Politikfragmenten den Übergang zu einer globaleren Welt erfolgreich zu bewältigen.

49. Formelle institutionelle Vorkehrungen besitzen mitunter nicht die gebotene Reichweite, Reaktionsgeschwindigkeit und Informationskapazität, um mit der sich rasch wandelnden globalen Agenda Schritt halten zu können. Die Mobilisierung der Fähigkeiten und sonstigen Ressourcen verschiedener globaler Akteure mag daher in zunehmendem Maße die Bildung loser, temporärer globaler Politiknetzwerke erfordern, die Staaten, Institutionen und Disziplinen übergreifen. Die Vereinten Nationen befinden sich in einer guten Position, um im Querschnitt durch ihre verschiedenen Aufgabenbereiche solche informellen "Koalitionen für den Wandel" zu fördern. Viele Netzwerke können virtuell sein und so die üblichen, durch Zeit und Raum auferlegten Beschränkungen überwinden. Die zentrale Rolle, die den formellen Lenkungsstrukturen auch weiterhin obliegt, ist normativ: Festlegung der Ziele, Setzung der Normen und Überwachung ihrer Einhaltung.

50. Für die Vereinten Nationen definiert sich Erfolg bei der Bewältigung der Herausforderungen der Globalisierung letztendlich daran, ob die Bedürfnisse der Völker gedeckt werden. In ihrem Namen wurde die Charta verfasst, und die Verwirklichung ihrer Bestrebungen bleibt unsere Vision für das 21. Jahrhundert.

D. Die Belange der Völker

51. Aber wer sind *wir*, die Völker? Und was sind unsere gemeinsamen Belange?

52. Nehmen wir einmal die häufig zur Veranschaulichung der globalen Interdependenz angewandte Metapher ernst und stellen wir uns einen Augenblick lang vor, die Welt sei tatsächlich ein "Dorf". Nehmen wir an, dieses Dorf hätte 1.000 Einwohner und alle Eigenschaften der heutigen Menschheit seien darin in genau demselben Verhältnis vertreten wie in der wirklichen Welt. Wie sähe dieses Dorf aus? Was würden wir als die wichtigsten Herausforderungen ansehen?

53. Rund 150 Einwohner leben in einer wohlhabenden Wohngegend des Dorfes und etwa 780 in ärmeren Vierteln. Weitere etwa 70 Personen wohnen in einer Gegend, die sich im Übergang befindet. Das Durchschnittseinkommen pro Kopf beträgt 6.000 Dollar jährlich, und es gibt mehr Familien mit mittlerer Einkommenshöhe als dies in der Vergangenheit der Fall war. Aber nur 200 Personen verfügen über 86 Prozent des gesamten Reichtums, während fast die Hälfte der Dorfbewohner sich mit weniger als 2 Dollar pro Tag mühsam am Leben erhalten muss.

54. Es gibt geringfügig mehr Männer als Frauen. Frauen machen aber den größten Anteil derjenigen aus, die in Armut leben. Die Zahl der Erwachsenen, die lesen und schreiben können, ist zwar gestiegen, aber noch immer sind etwa 220 Dorfbewohner, zwei Drittel davon Frauen, Analphabeten. Von den 390 Einwohnern unter 20 Jahren leben drei Viertel in den ärmeren Gegenden, und viele von ihnen suchen verzweifelt nach Arbeit, die es aber nicht gibt. Weniger als 60 Personen besitzen einen Computer, und nur 24 haben Zugang zum Internet. Mehr als die Hälfte hat noch nie einen Telefonanruf getätigt oder erhalten.

55. Im Bezirk der Wohlhabenden beträgt die Lebenserwartung fast 78 Jahre, in den ärmeren Gegenden 64 Jahre und in den allerärmsten Vierteln lediglich 52 Jahre. Jede dieser Zahlen liegt höher als in vorangegangenen Generationen, aber warum sind die Ärmsten so weit abgeschlagen? Weil in ihren Vierteln weitaus häufiger Infektionskrankheiten und Mangelernährung auftreten. Hinzu kommt ein akuter Mangel an einwandfreiem Wasser, sanitären Einrichtungen, gesundheitlicher Versorgung, angemessenem Wohnraum, Bildungsmöglichkeiten und Arbeitsplätzen.

56. Es gibt keinen eindeutigen Weg, den Frieden in diesem Dorf zu wahren. Einige Bezirke sind relativ sicher, während andere von organisierter Gewalt geplagt werden. In den letzten Jahren haben sich in dem Dorf zunehmend wetterbedingte Naturkatastrophen ereignet, darunter unerwartete schwere Stürme sowie plötzlicher Wechsel von Überschwemmung zu Dürre. Gleichzeitig ist die Durchschnittstemperatur spürbar wärmer geworden. Immer mehr Anzeichen lassen darauf schließen, dass eine Verbindung zwischen diesen beiden

Tendenzen besteht und dass die Erwärmung damit zusammenhängt, welchen und wie viel Brennstoff die Menschen und die Unternehmen verbrauchen. Der Kohlenstoffausstoß, die Hauptursache der Erwärmung, hat sich in den letzten 50 Jahren vervierfacht. Der Grundwasserspiegel des Dorfes ist drastisch im Fallen begriffen, und der Lebensunterhalt eines Sechstels der Einwohner ist durch die Bodendegradation im Umland gefährdet.

57. Wer von uns würde sich nicht fragen, wie lange ein Dorf in diesem Zustand überleben kann, ohne durch entsprechende Maßnahmen dafür zu sorgen, dass alle seine Bewohner frei von Hunger und Gewalt leben, sauberes Wasser trinken, saubere Luft atmen und wissen können, dass ihre Kinder eine echte Lebenschance haben werden?

58. Dieser Frage müssen wir uns in unserer wirklichen, von 6 Milliarden Menschen bevölkerten Welt stellen. Die gleichen Fragen wurden von den aus der Zivilgesellschaft stammenden Teilnehmern an den Anhörungen aufgeworfen, die die Regionalkommissionen der Vereinten Nationen zur Vorbereitung der Millenniums-Generalversammlung in Addis Abeba, Beirut, Genf, Tokio und Santiago abgehalten haben.

59. Ähnliche Gefühle kamen im vergangenen Herbst im Rahmen der umfangreichsten öffentlichen Meinungsumfrage zum Ausdruck, die je durchgeführt wurde. Befragt wurden 57.000 Erwachsene in 60 Ländern auf allen sechs Kontinenten (siehe Kasten 1).

60. Es fällt auf, dass sowohl bei den Anhörungen als auch in der Umfrage die Menschenrechte in den Mittelpunkt der Erwartungen gestellt wurden, die die Menschen im Hinblick auf die künftige Rolle der Vereinten Nationen haben. In diesem Zusammenhang wurde das gegenwärtige Leistungsniveau, insbesondere der Regierungen, als unbefriedigend bewertet.

61. Die Teilnehmer an der Millenniums-Umfrage brachten ebenso starke Auffassungen hinsichtlich der Umwelt zum Ausdruck. Weltweit gaben volle zwei Drittel von ihnen an, dass ihre jeweiligen Regierungen nicht genügend für den Schutz der Umwelt getan hätten. In nur fünf von 60 Ländern war die Mehrheit mit den diesbezüglichen Bemühungen ihrer Regierung zufrieden; zu den kritischsten Stimmen gehörten die der Menschen in den Entwicklungsländern.

62. Aus den Anhörungen wie auch aus der Umfrage ergab sich eine gemischte Gesamtbewertung der Vereinten Nationen. In der öffentlichen Meinungsstichprobe erhielten die Regierungen noch niedrigere Noten als die Vereinten Nationen. In den meisten Ländern gab eine Mehrheit an, dass in ihrem Land freie und faire Wahlen stattfänden. Jedoch waren bis zu zwei Drittel aller Befragten der Auffassung, dass ihr Land dennoch nicht vom Willen des Volkes regiert werde. Selbst in den ältesten Demokratien der Welt brachten viele Bürger ihre tiefe Unzufriedenheit zum Ausdruck.

63. Wir sollten dies nicht falsch verstehen. Es gibt viele Erfolge zu vermelden und positive Entwicklungen aufzuzeigen, und ich werde das in diesem Bericht auch tun. So haben beispielsweise die Weltkonferenzen der Vereinten Nationen in den neunziger Jahren ein solides Fundament aus Zielsetzungen und Aktionsplänen auf den Gebieten Umwelt und Entwicklung, Menschenrechte, Frauen, Kinder, soziale Entwicklung, Bevölkerungsfragen, menschliche Siedlungen und Ernährungssicherheit gelegt. Auf einzelstaatlicher Ebene werden heute in größerem Umfang wirtschaftliche Umstrukturierungsmaßnahmen und politische Reformen durchgeführt als je zuvor.

64. Die Völker der Welt geben uns jedoch zu verstehen, dass unsere vergangenen Erfolge in Anbetracht des Ausmaßes der Herausforderungen, vor denen wir stehen, nicht

ausreichen. Wir müssen mehr tun, und wir müssen es besser tun.

65. Die von mir im Folgenden dargestellten Herausforderungen ergeben kein vollständiges Bild. Ich habe den Schwerpunkt auf die strategischen Prioritätsbereiche gelegt, in denen wir meines Erachtens tatsächlich etwas bewirken können und müssen, um den Menschen zu einem besseren Leben zu verhelfen. Sie sind in drei breite Kategorien zusammengefasst, zwei davon Gründungsziele der Vereinten Nationen, deren Verwirklichung uns bis heute versagt geblieben ist: Freiheit von Not und Freiheit von Furcht. Als die Charta verfasst wurde, konnte niemand ahnen, dass sich die dritte Kategorie – die Schaffung einer ökologisch bestandfähigen Zukunft für die nach uns kommenden Generationen – als eine der überwältigendsten Herausforderungen von allen erweisen würde.

Kasten 1

Die Stimmen der Völker: Die weltweit größte je durchgeführte Meinungsumfrage

1999 finanzierte und veranstaltete *Gallup International* eine Millenniums-Umfrage, in deren Rahmen 57.000 Erwachsene in 60 Ländern der Erde befragt wurden.

Was ist das Wichtigste im Leben?

- Überall erachteten die Menschen einen guten Gesundheitszustand und ein glückliches Familienleben für wichtiger als alles andere. In Ländern mit schlechter Wirtschaftslage betonten sie auch die Wichtigkeit von Arbeitsplätzen.
- In Ländern, in denen Konflikte herrschten, äußerten die Menschen die starke Sehnsucht nach einem Ende des Konflikts. Wo Korruption endemisch war, wurde sie von den Menschen verurteilt.

Menschenrechte

- Die Befragten waren weitgehend unzufrieden mit der Achtung, die den Menschenrechten entgegengebracht wird.
- In einer Region war weniger als ein Zehntel der Bürger der Auffassung, dass die Menschenrechte uneingeschränkt geachtet würden, während ein Drittel glaubte, dass sie überhaupt nicht geachtet würden.
- Diskriminierung nach Rasse und Geschlecht waren allgemein Gegenstand der Besorgnis.

Umwelt

- Zwei Drittel aller Befragten sagten, ihre Regierungen hätten zu wenig getan, um Umweltprobleme in ihrem Land zu beheben.
- Die Befragten in den Entwicklungsländern standen der diesbezüglichen Tätigkeit ihrer Regierungen mit am kritischsten gegenüber.

Die Vereinten Nationen

- Die Umfrage ergab, dass die meisten Menschen auf der Welt den Schutz der Menschenrechte als die wichtigste Aufgabe der Vereinten Nationen ansehen. Je jünger die Befragten, desto größer die Bedeutung, die sie diesem Ziel beimaßen.
- Auch die Friedenssicherung der Vereinten Nationen und die Gewährung humanitärer Hilfe wurden betont.
- Weltweit waren weniger als die Hälfte der Befragten der Ansicht, dass die Vereinten Nationen zufriedenstellende Arbeit geleistet hätten, obwohl die jungen Menschen sich mehrheitlich positiv aussprachen.

Demokratie

- In den meisten Ländern gab die Mehrheit an, die Wahlen in ihrem Land seien frei und fair.
- Dennoch waren zwei Drittel aller Befragten der Ansicht, dass ihr Land nicht nach dem Willen des Volkes regiert werde. Diese Auffassung wurde sogar in einigen der ältesten Demokratien der Welt vertreten.

III. Freiheit von Not

66. In den letzten 50 Jahren hat die Welt beispiellose wirtschaftliche Fortschritte erzielt. Manche Länder, die noch vor einer Generation mit Unterentwicklung zu kämpfen hatten, sind heute dynamische Zentren einer weltweiten Wirtschaftstätigkeit und des innerstaatlichen Wohlstands. In nur zwei Jahrzehnten haben fünfzehn Länder mit einer Bevölkerung von insgesamt über 1,6 Milliarden Menschen den Anteil ihrer Bürger halbiert, die in äußerster Armut leben. Asien hat sich von der Finanzkrise von 1997-1998 verblüffend gut erholt und damit das Stehvermögen seiner Volkswirtschaften unter Beweis gestellt, wenn auch die Armen Asiens den verloren gegangenen Boden noch nicht wieder wettgemacht haben.

67. Die größten Erfolge, die seit den sechziger Jahren auf dem Gebiet der menschlichen Entwicklung erzielt wurden, sind die Steigerung der Lebenserwartung in den Entwicklungsländern von 46 auf 64 Jahre, die Halbierung der Säuglingssterblichkeitsraten, die Erhöhung des Anteils der Kinder in Primarschulen um mehr als 80 Prozent und die Verdoppelung der Zahl der Menschen, die Zugang zu einwandfreiem Trinkwasser und grundlegenden sanitären Einrichtungen haben.

68. Doch während mehr von uns einen höheren Lebensstandard genießen als je zuvor, leben viele andere nach wie vor in schrecklicher Armut. Fast die Hälfte der Weltbevölkerung muss immer noch mit weniger als 2 Dollar pro Tag auskommen, etwa 1,2 Milliarden Menschen, davon 500 Millionen in Südasien und 300 Millionen in Afrika, mit weniger als einem Dollar (siehe Abb. 1; für weitere Messgrößen der Armut siehe Abb. 2). Die Menschen in Afrika südlich der Sahara sind heute fast genauso arm wie vor 20 Jahren. Diese Art von Entbehrung hat Schmerz, Machtlosigkeit, Verzweiflung und Mangel an Grundfreiheiten zur Folge, die wiederum alle die Armut zementieren. Von einer weltweiten Gesamtbevölkerung von rund 3 Milliarden Menschen sind 140 Millionen Menschen völlig arbeitslos und ein Viertel bis zu einem Drittel unterbeschäftigt.

69. Das Weiterbestehen von Einkommensungleichheiten in den letzten zehn Jahren gibt ebenfalls Anlass zur Besorgnis. Weltweit verdienen die 1 Milliarde Menschen, die in den entwickelten Ländern leben, 60 Prozent des Welteinkommens, die 3,5 Milliarden Menschen in den Niedrigeinkommensländern hingegen weniger als 20 Prozent. In vielen Ländern hat sich das interne Gefälle vergrößert, so auch in einigen Ländern, die sich in einer Phase des Übergangs vom Kommunismus befinden. Von den Entwicklungsländern ist das Einkommensgefälle am ausgeprägtesten in Lateinamerika, dicht gefolgt von Afrika südlich der Sahara.

70. Extreme Armut ist ein Affront gegen unser gemeinsames Menschsein. Darüber hinaus verschlimmert sie viele

andere Probleme. Beispielsweise sind arme Länder, insbesondere diejenigen, in denen eine erhebliche Ungleichheit zwischen ethnischen und religiösen Gemeinschaften besteht, weitaus anfälliger für Konflikte als reiche Länder. Die meisten dieser Konflikte sind interner Art, aber sie schaffen fast unweigerlich Probleme für die Nachbarländer oder erzeugen einen Bedarf an humanitärer Hilfe.

71. Überdies verfügen arme Länder oft nicht über die Kapazität und die Mittel zur Umsetzung umweltgerechter Politiken. Dadurch wird die Zukunftsfähigkeit der von den Menschen gefristeten mageren Existenz in Frage gestellt und nimmt ihre Armut nur noch schlimmere Auswirkungen an.

72. Wenn wir nicht verstärkte und aufeinander abgestimmte Anstrengungen unternehmen, ist es möglich, dass Armut und Ungleichheit noch gravierender werden. Die Weltbevölkerung hat vor kurzem die 6-Milliarden-Schwelle erreicht. Nur zwölf Jahre hat es gedauert, um die letzte Milliarde hinzuzufügen; das ist die kürzeste Zeitspanne in der Geschichte. Bis 2025 werden voraussichtlich weitere 2 Milliarden Menschen hinzukommen, fast alle von ihnen in den Entwicklungsländern und die meisten in den ärmsten davon (siehe Abb. 3). Wir müssen jetzt handeln.

73. Ich fordere die internationale Gemeinschaft auf höchster Ebene – auf der Ebene der auf dem Millenniums-Gipfel zusammengetretenen Staats- und Regierungschefs – auf, sich das Ziel zu Eigen zu machen, bis 2015 den Anteil der in extremer Armut lebenden Menschen zu halbieren und so mehr als 1 Milliarde Menschen aus dieser Armut zu befreien. Ferner fordere ich nachdrücklich, dass keine Mühe gescheut wird, um dieses Ziel bis zu dem genannten Zeitpunkt in allen Regionen und Ländern zu erreichen.

74. Die Geschichte wird die politischen Führer in den Entwicklungsländern danach beurteilen, was sie zur Beseitigung der extremen Armut ihrer Völker getan haben, und danach, ob sie ihre Völker in die Lage versetzt haben, den Zug der sich verändernden Weltwirtschaft zu besteigen, und ob sie dabei sichergestellt haben, dass jeder zumindest einen Stehplatz, wenn nicht sogar einen bequemen Sitzplatz, erhält. Ebenso wird die Geschichte uns andere danach beurteilen, was wir getan haben, um den Armen der Welt zu helfen, geregelt zu diesem Zug zuzusteigen.

75. Es besteht immer engerer Konsens darüber, was getan werden muss, um dieses überragend wichtige Ziel zu erreichen – und es ist ja auch durchaus erreichbar. Dazu möchte ich einige konkrete Bereiche hervorheben, denen der Gipfel seine besondere Aufmerksamkeit widmen sollte.

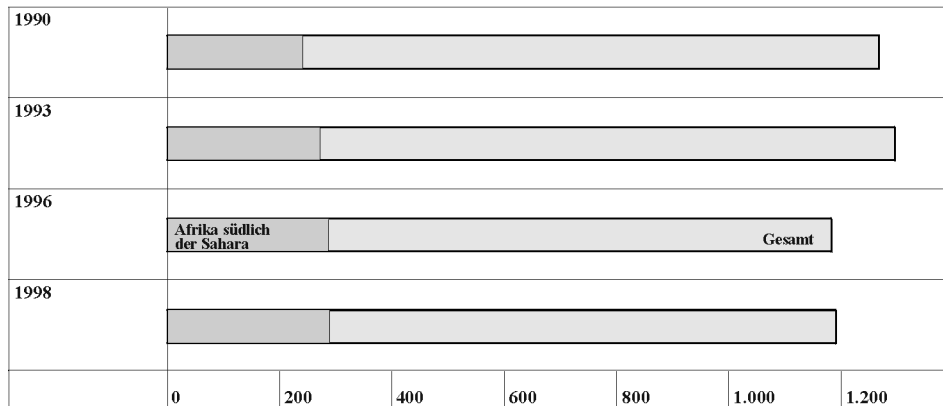


Abbildung 1
Menschen, die mit weniger als \$1 pro Tag auskommen müssen 1990-1998
 (in Millionen)

Anmerkung: Daten für 1998 sind Schätzwerte
 Quelle: Weltbank. *World Development Indicators*, 1999.

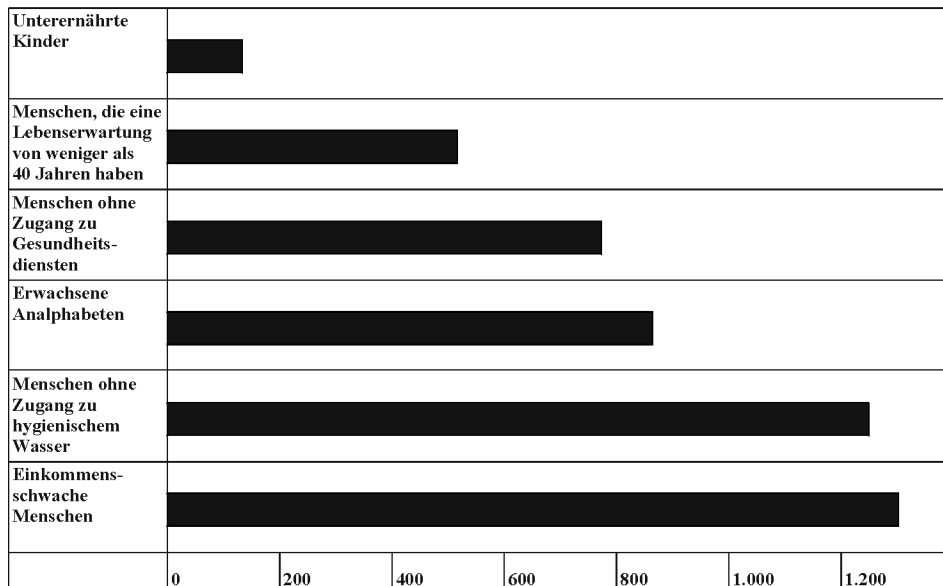


Abbildung 2
Messgrößen der Armut
 (in Millionen)

Quelle: Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen. *Bericht über die menschliche Entwicklung*, 1997.

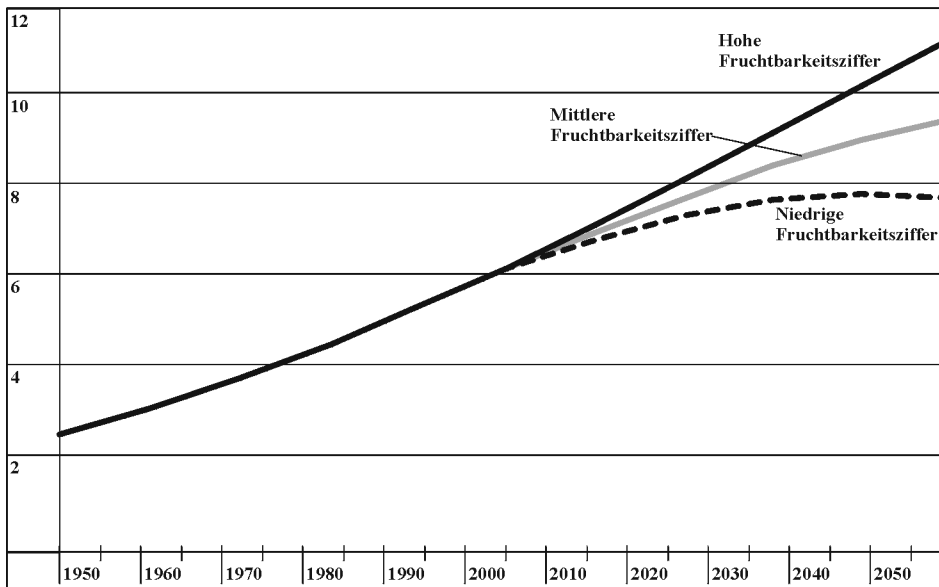


Abbildung 3
Szenarien der Weltbevölkerungsentwicklung, 1950-2050
(in Milliarden)

Quelle: Hauptabteilung Wirtschaftliche und Soziale Angelegenheiten der Vereinten Nationen, *Critical Trends, Global Change and Sustainable Development*, 1997.

A. Ein nachhaltiges Wachstum herbeiführen

76. Unsere einzige Hoffnung auf eine beträchtliche Verringerung der Armut liegt darin, ein nachhaltiges und umfassendes Einkommenswachstum herbeizuführen. Südasien und vor allem Afrika südlich der Sahara werden wesentliche Fortschritte erzielen müssen.

77. Die neuesten Armutszahlen veranschaulichen das Problem. Sie zeigen einen Rückgang in der Gesamtzahl der Menschen, die mit einem Dollar pro Tag auskommen müssen. Bei näherer Betrachtung wird deutlich, dass dieser Rückgang fast gänzlich auf Fortschritte in Ostasien, insbesondere China, zurückzuführen ist, wo der Rückgang der Armut in einem engen Zusammenhang mit den kräftigen Wachstumsraten steht. In der Tat weisen neuere Studien auf eine nahezu perfekte Korrelation zwischen Wachstum und Armutsverringerung in den armen Ländern: eine Erhöhung des Bruttoinlandsprodukts um 1 Prozent führt zu einer entsprechenden Einkommenssteigerung bei den ärmsten 20 Prozent der Bevölkerung. Nur in den Gesellschaften mit dem größten Maß an Ungleichheit kommt Wachstum den Armen nicht zugute.

78. Was zählt also zu den wichtigsten Erfolgsvoraussetzungen?

79. Die Erweiterung des Zugangs zu den durch die Globalisierung gebotenen Chancen gehört mit dazu. Die Länder, die eine höhere Wachstumsrate erzielt haben, sind diejenigen, die sich erfolgreich in die Weltwirtschaft eingebunden und Auslandsinvestitionen angezogen haben. In den letzten 25 Jahren haben Asien und Lateinamerika jährliche Wachstumsraten von 7 beziehungsweise 5 Prozent verzeichnet. Diejenigen Länder, an denen die Globalisierung weitgehend

vorbegegangen ist, sind am schlechtesten gefahren. Dazu gehören weite Teile Afrikas südlich der Sahara.

80. Manche Leute befürchten, dass die Ungleichheit durch die Globalisierung noch verschlimmert wird. Zwischen beiden Phänomenen besteht ein komplexes Verhältnis. Außer bei den Übergangsvolkswirtschaften sind zumeist technologische Veränderungen, die höher qualifizierte Arbeitskräfte gegenüber weniger qualifizierten begünstigen, dafür verantwortlich, dass sich die Einkommensschere in letzter Zeit weiter geöffnet hat. In dem Maße, wie der wirtschaftliche Nutzen von Bildung und beruflichen Qualifikationen zunimmt, wächst auch die Einkommensdisparität zwischen denjenigen, die Bildung und Qualifikationen besitzen, und denjenigen, bei denen dies nicht der Fall ist. Dies gilt sowohl für die Situation innerhalb der jeweiligen Länder als auch im zwischenstaatlichen Vergleich. Die Globalisierung mag diese Unterschiede verschärfen, aber sie ist nicht ihr Auslöser. Außerdem kann der wachsende globale Wettbewerb sich in Ländern mit relativ höheren Löhnen dämpfend auf Einkommenszuwächse auswirken, ein Effekt, der sich bislang hauptsächlich in den Industriestaaten bemerkbar gemacht hat.

81. Eine weitere wichtige Ursache von Einkommensungleichgewichten innerhalb der Länder ist die Diskriminierung der Frau in Bezug auf Löhne, Eigentumsrechte und den Zugang zu Bildungsmöglichkeiten. Hier scheint die Globalisierung einen gewissen positiven Effekt zu haben.

82. In den Entwicklungsländern machen Frauen in der Regel einen großen Anteil der in der Produktion für den Weltmarkt tätigen Erwerbsbevölkerung aus, sei es in der Textilherstellung, in der Elektronik, der Datenverarbeitung oder der Chip-Herstellung. Vielfach arbeiten diese Frauen unter Bedingungen und zu Löhnen, die entsetzlich sind und um

deren Verbesserung wir uns bemühen müssen. Doch allein die Tatsache, *dass* sie beschäftigt sind, bringt bereits wichtige Vorteile mit sich.

83. Auf Grund dieser neuen Beschäftigungsmöglichkeiten können die Frauen ihren Spielraum für wichtige Lebensentscheidungen erweitern. Sie können beispielsweise später heiraten, was oft einen Rückgang der Geburtenraten zur Folge hat. Sie und ihre Kinder finden häufig Zugang zu mehr und besserer Nahrung, Gesundheitsversorgung und Bildung. In dem Maße, wie die Überlebensrate ihrer Kinder ansteigt, wird auch die Geburtenrate zurückgehen. Die Tatsache, dass mehr Frauen einer Beschäftigung nachgehen und ein Einkommen erwerben, kann fernerhin zur Folge haben, dass der "soziale Wert" von Mädchen anders gesehen wird und dass bei Eltern und in der Gesellschaft als Ganzes möglicherweise eine größere Bereitschaft entsteht, Mädchen größeren Zugang zu Bildung, Gesundheitsversorgung und Nahrung zu gewähren.

84. Es wird heute weithin anerkannt, dass wirtschaftlicher Erfolg in erheblichem Maße davon abhängt, wie gut die Staatsgeschäfte in einem Land gelenkt werden. Eine gute Staatsführung beinhaltet Rechtsstaatlichkeit, wirksame staatliche Institutionen, Transparenz und Rechenschaftspflicht bei der Verwaltung der öffentlichen Angelegenheiten, Achtung vor den Menschenrechten und die Teilhabe aller Bürger an den Entscheidungen, die sich auf ihr Leben auswirken. Man mag zwar darüber streiten, wie diese Grundsätze am angemessensten umgesetzt werden sollen, an ihrer Wichtigkeit besteht hingegen kein Zweifel.

85. Ein gerechtes und transparentes öffentliches Ausgaben- und Besteuerungssystem ist eine weitere Schlüsselvoraussetzung. Die Einnahmen müssen umsichtig eingesetzt werden, um den Armen zu helfen und im allgemeinen Interesse solide Investitionen in die materielle und soziale Infrastruktur vorzunehmen. Umgekehrt hemmt eine übermäßige Regulierung die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit und verlangsamt das Wachstum.

86. Gewisse Praktiken widersprechen eindeutig jeder Vorstellung von einer guten Staatsführung. Wenn eine Abfolge von Militärdiktatoren in einem ressourcenreichen Land in einem armen Teil der Erde öffentliche Gelder in Höhe von bis zu 27 Milliarden Dollar für sich abzweigt, werden Wirtschaftsleistung und arme Staatsbürger sicherlich darunter leiden. Die für solche Missbräuche Verantwortlichen und die internationalen Banken, die ihre Gelder beflissen an sicheren Zufluchtsorten deponieren, müssen zur Rechenschaft gezogen werden.

87. Andere Formen der institutionalisierten Korruption sind zwar weitaus weniger extrem, können aber dennoch eine ernste Verzerrung wirtschaftlicher Anreize bewirken und dafür sorgen, dass das Wirtschaftswachstum begrenzt bleibt und die Armen nur geringe Unterstützung erhalten.

88. Nichts ist den Zielen der Wachstumsförderung und der Armutsbekämpfung abträglicher als ein bewaffneter Konflikt. Es ist für alle unvorstellbar schmerzlich, mit anzusehen, wie ein Krieg zwischen zwei der ärmsten Länder Afrikas, der schon etwa 55.000 Menschen das Leben gekostet und 8 Millionen Menschen in einem der Länder an den Rand der Hungersnot getrieben hat, nun bereits in das dritte Jahr geht. Binnenkonflikte in anderen Teilen Afrikas dauern sogar noch länger an und haben das Leben und die Existenzgrundlage von vielen weiteren Millionen von Menschen zerstört.

89. Ein nachhaltiges Wachstum auf breiter Grundlage verlangt ferner Investitionen im Gesundheits- und Bildungsbereich sowie andere sozialpolitische Maßnahmen. Die in den neunziger Jahren abgehaltenen Konferenzen der Vereinten Nationen haben diese Maßnahmen in beträchtlichem Detail formuliert. Ich werde eine Gesundheits- und eine Bildungsinitiative empfehlen.

90. Gebildete und gesündere Menschen sind in der Lage, bessere Entscheidungen zu treffen und ein erfüllteres Leben zu führen. Dies wiederum lässt ihre Arbeitskraft wachsen und erhöht die Wettbewerbsfähigkeit ihrer Volkswirtschaft. Gleichermaßen deutet alles darauf hin, dass Multiplikatoreffekte auf ganze Familien und sogar Gemeinwesen erzielt werden, wenn Frauen und Mädchen Chancengleichheit gewährt wird. Initiativen wie Schulspeisungen und andere gezielte Initiativen zu Gunsten der Armen, die ergänzend zu allgemeinen Sozialprogrammen hinzukommen, haben sowohl einen wirtschaftlichen als auch einen sozialen Zweck.

91. Damit die Entwicklungsziele erreicht werden, ist es schließlich notwendig, dass die Weltgemeinschaft, auf öffentlicher und privater Ebene, Unterstützung in angemessener Höhe und Form gewährt. Auf diese Dimension der Herausforderung werde ich gesondert eingehen.

92. Kurz, die Erfahrung bestätigt einige grundlegende Wahrheiten: Wachstum ist eine notwendige, aber keine ausreichende Voraussetzung für die Verringerung der Armut und der Einkommensungleichheit. Der sicherste Weg zum Wachstum führt über eine erfolgreiche Einbindung in die Weltwirtschaft. Damit muss aber eine wirksame Sozialpolitik einhergehen, das heißt Fortschritte im Hinblick auf Bildung und Gesundheit für alle und bei der Gleichstellung der Geschlechter. Erfolg kann nur dann eintreten, wenn durch die ordnungsgemäße Lenkung der Staatsgeschäfte eine starke Grundlage vorhanden ist, und er erfordert Unterstützung von außen.

B. Chancen für junge Menschen schaffen

93. Heute sind mehr als 1 Milliarde Menschen zwischen 15 und 24 Jahre alt, ja sogar nahezu 40 Prozent der Weltbevölkerung sind jünger als 20 Jahre. Viele dieser jungen Menschen haben bereits eigene Kinder oder stehen kurz vor der

Familiengründung. Der daraus resultierende Überhang an jungen Menschen wird zum größten Teil, zu fast 98 Prozent, in den Entwicklungsländern entstehen.

94. Demografische Entwicklungen sind keine Schicksalsfügungen, doch in diesem Fall stehen wir vor einer gewaltigen Herausforderung – nicht so sehr, weil es um so viele Menschen geht, sondern wegen des Umfeldes der Armut und der Entbehrungen, in dem sie leben müssen, wenn wir jetzt nicht entschlossen handeln. Hätte ich für das neue Jahrtausend einen Wunsch frei, dann wäre es, dass wir diese Herausforderung als eine Chance für alle begreifen und nicht als eine Lotterie, in der die meisten von uns verlieren werden.

95. Junge Menschen sind eine Quelle der Kreativität, der Energie und der Initiative, der Dynamik und der sozialen Erneuerung. Sie lernen schnell und sind anpassungsfähig. Wenn sie die Chance erhalten, in die Schule zu gehen und Arbeit zu finden, werden sie einen enormen Beitrag zur wirtschaftlichen Entwicklung und zum sozialen Fortschritt leisten.

96. Sollten wir ihnen nicht diese Chancen bieten, wären wir im besten Fall an einer unverzeihlichen Verschwendung menschlichen Potenzials mitschuldig. Im schlimmsten Fall trügen wir zu allen Übeln eines Jugenddaseins ohne Hoffnung bei: Demoralisierung und ein gesellschaftlich unproduktives Leben, das unter Umständen für die Jugendlichen selbst, für ihre Gemeinschaften und sogar für labile Demokratien destruktiv ist.

Bildung

97. Bildung ist der Schlüssel zur neuen Weltwirtschaft, von der Grundschule bis zur lebenslangen Weiterbildung. Sie ist eine grundlegende Voraussetzung der Entwicklung, des sozialen Fortschritts und der menschlichen Freiheit.

98. In den letzten 50 Jahren ist das Bildungsniveau in den Entwicklungsländern drastisch gestiegen. Der rasche Rückgang der Armut in Ostasien hat in der Tat sehr viel mit den dortigen Investitionen in die Bildung zu tun. Aber noch liegt ein weiter Weg vor uns. Obschon die meisten Kinder auf der Welt die Schule besuchen, lässt sich das Gleiche nicht von mehr als 130 Millionen Kindern im Grundschulalter sagen, die in Entwicklungsländern, zu über 50 Prozent in Indien, Bangladesch, Pakistan, Nigeria und Äthiopien, leben.

99. Darüber hinaus gehen 250 Millionen Kinder im Alter von 14 Jahren und darunter, gleichviel ob sie eine Schule besuchen oder nicht, einer Arbeit nach, damit ihre in Armut lebenden Familien überleben können. Sie arbeiten unter oft gefährlichen oder gesundheitsschädlichen Bedingungen. Sie mühen sich in ausbeuterischen Hinterhofbetrieben in den Städten, sie schuften in der Landwirtschaft oder als Dienstmädchen, sie verkaufen Kaugummi oder putzen Schuhe auf städtischen Straßen, sie klettern gefährliche Bergwerkschächte hinab und werden in bedrückend hoher Zahl in Schuldknechtschaft oder Sklaverei zur Prostitution gezwun-

gen. Die Mitgliedstaaten haben das Übereinkommen der Internationalen Arbeitsorganisation über die schlimmsten Formen der Kinderarbeit verabschiedet. Es ist nunmehr geboten, es in vollem Umfang umzusetzen.

100. Um den 130 Millionen Kindern in den Entwicklungsländern, die derzeit keine Grundschulbildung genießen, den Besuch einer Grundschule zu ermöglichen, müssten die Bildungsaufwendungen über zehn Jahre hinweg jährlich um schätzungsweise 7 Milliarden Dollar erhöht werden. Schulgebäude allein reichen jedoch nicht aus. Die Schulen müssen zugänglich sein, über qualifizierte Lehrkräfte verfügen und solche Sonderleistungen bereitstellen wie Schulbücher und Unterrichtsmaterial für die Armen.

101. Etwa 60 Prozent der Kinder, die nicht zur Schule gehen, sind Mädchen. In ländlichen Gebieten sind die Einschulungsraten von Mädchen nach wie vor schockierend niedrig. Die Benachteiligung von Mädchen ist nicht nur eine Frage der Diskriminierung auf Grund der Geschlechtszugehörigkeit, sie ist auch schlechte Wirtschafts- und Sozialpolitik. Immer wieder hat die Erfahrung gezeigt, dass Investitionen in die Bildung von Mädchen unmittelbar und rasch zu einer besseren Ernährung für die ganze Familie, einer besseren Gesundheitsversorgung, sinkenden Geburtenraten, geringerer Armut und einer besseren wirtschaftlichen Gesamtleistung führen. Dies bestätigten auch die führenden Staatsmänner der Welt, als sie auf den VN-Konferenzen der neunziger Jahre anerkannten, dass die Armut nicht überwunden werden kann, wenn der Bildung von Mädchen keine besondere, sofortige und dauerhafte Aufmerksamkeit geschenkt wird.

102. Dennoch besteht in 47 Ländern selbst auf der Primarebene nach wie vor ein beträchtliches Gefälle zwischen der Zahl der Jungen und der Zahl der Mädchen, die zur Schule gehen. Vereinzelt ist dieses Gefälle durch die Bemühungen um eine Anhebung der Gesamteinschulungsrate noch steiler geworden.

103. Familien, die in Armut leben, stehen vor einer schwierigen Wahl. Der Schulbesuch ist oft teuer, Mädchen dienen traditionell als kostenlose Arbeitskräfte im Haushalt, und die Eltern sind nicht davon überzeugt, dass eine Tochter mit Schulbildung der Familie so viel nutzen wird wie ein Sohn mit Schulbildung. Um diese Diskrepanz zwischen den Prioritäten eines Haushalts und denjenigen der Gesellschaft als Ganzes zu überwinden, benötigen die Familien die Unterstützung ihrer örtlichen Gemeinschaften und ihrer Regierungen; diese wiederum müssen Rückhalt in der internationalen Gemeinschaft finden. Die Schaffung von Beschäftigungsmöglichkeiten für Frauen hätte eine ähnliche Wirkung.

104. Der allgemeine Zugang zur Primar- und Sekundarbildung ist unerlässlich und kann nur durch eine Überwindung des Bildungsgefälles zwischen Jungen und Mädchen erreicht werden. Das Kinderhilfswerk der Vereinten Nationen (UNICEF) hat in Zusammenarbeit mit anderen Partnern der Vereinten Nationen eine Initiative entwickelt, die sich sowohl auf die Primar- als auch auf die Sekundar-

schulbildung erstreckt und deren Erfolg von einzelstaatlichen Strategien und Plänen sowie von internationaler finanzieller Unterstützung abhängt. Ich fordere alle Regierungen auf, im Hinblick auf den Erfolg dieser Initiative mit uns zusammenzuarbeiten, und schlage vor, dass wir noch einen Schritt weiter gehen:

105. Ich fordere den Millenniums-Gipfel nachdrücklich auf, sich die Ziele zu Eigen zu machen, das Gefälle in der Primar- und Sekundarschulbildung von Jungen und Mädchen bis 2005 nachweislich zu verringern sowie allen Kindern bis 2015 eine abgeschlossene Primarschulbildung zu ermöglichen.

Beschäftigung

106. Bildung ist der erste Schritt. Die Schaffung von Beschäftigungsmöglichkeiten ist der nächste.

107. Die Welt ist mit dem großen Problem der Jugendarbeitslosigkeit konfrontiert, einem Problem, das sich mit dem künftigen Anstieg der Zahl junger Menschen noch verschlimmern dürfte. Schätzungen der Internationalen Arbeitsorganisation zufolge suchen 60 Millionen junge Menschen erfolglos nach Arbeit; etwa 80 Prozent von ihnen leben in den Entwicklungs- und Übergangsländern. Diejenigen in der Altersgruppe von 15 bis 24 Jahren sind mit nahezu doppelt so hoher Wahrscheinlichkeit arbeitslos wie Erwachsene; in einigen Entwicklungsländern ist die Proportion noch höher. Jüngeren Arbeitnehmern droht außerdem viel eher als älteren das Los, als letzte eingestellt und als erste entlassen zu werden, und die Wahrscheinlichkeit, dass sie durch arbeitsrechtliche Regelungen geschützt werden, ist geringer.

108. Arbeitslosigkeit unter Jugendlichen kann niederschmetternd sein, und die Regierungen haben auf verschiedenartige Weise versucht, des Problems Herr zu werden. Gezielte Maßnahmen zu Gunsten junger Menschen, namentlich Bevorzugung bei Einstellungen, haben sich jedoch größtenteils als erfolglos erwiesen, einfach deshalb, weil sie wirtschaftlich nicht tragbar sind.

109. Das Problem liegt in einer unzulänglichen Gesamtnachfrage. Länder mit niedrigen Wachstumsraten können keine ausreichenden Beschäftigungsmöglichkeiten für ihre eigenen jungen Menschen schaffen. Dieses Unvermögen wiederum zieht eine weitere Wachstumsdämpfung nach sich und sorgt für die Fortschreibung der Armut. Niemand hat bislang eine einfache oder offensichtliche Lösung gefunden, um diesen Teufelskreis zu durchbrechen.

110. Gemeinsam mit den Leitern der Weltbank und der Internationalen Arbeitsorganisation werde ich unter Beteiligung der kreativsten Führungskräfte aus der Privatindustrie, der Zivilgesellschaft und der Wirtschaftspolitik ein globales Politiknetzwerk auf hoher Ebene zur Frage der Jugendarbeitslosigkeit einrichten, mit dem Auftrag, unkonventionelle Ansätze zur Lösung dieses schwierigen Problems auszuloten.

111. Ich werde dieses globale Politiknetzwerk bitten, einen Katalog von Empfehlungen vorzulegen, die ich innerhalb eines Jahres den politischen Führungsspitzen der Welt übermitteln kann. Mögliche Ausgangspunkte für Lösungen werden das Internet und den informellen Sektor umfassen und insbesondere auf den Beitrag abstellen, den kleine Unternehmen zur Schaffung von Arbeitsplätzen leisten können.

C. Die Gesundheit fördern, HIV/Aids bekämpfen

112. In den letzten Jahrzehnten haben medizinische Neuerungen, Fortschritte in der gesundheitlichen Grundversorgung und unterstützende sozialpolitische Maßnahmen zu einer drastischen Steigerung der Lebenserwartung und einem massiven Rückgang der Säuglingssterblichkeit geführt. Bessere Gesundheit stimuliert ihrerseits das Wirtschaftswachstum und reduziert die Armut und die Einkommensdisparitäten. Investitionen im Bereich der Gesundheitsversorgung kommen nachweislich besonders den Armen zugute, die weitgehend auf ihre eigene Arbeitskraft angewiesen sind, um ihren Lebensunterhalt zu sichern.

113. Nicht alle Regionen haben die gleichen Fortschritte erzielt. Ostasien ist am weitesten vorangekommen, Afrika südlich der Sahara am weitesten zurückgeblieben. Fehlender Zugang zu grundlegender Gesundheitsversorgung ist einer der Hauptgründe dafür, dass die Armen arm bleiben. In den meisten Niedrigeinkommensländern liegen die staatlichen Ausgaben im Gesundheitsbereich pro Kopf oft unter 10 Dollar im Jahr. In Afrika sind die Familien infolge der hohen Belastung auf Grund von Krankheiten nicht nur gezwungen, ihre ohnehin bereits mageren Ressourcen noch weiter zu strecken, sondern sehen sich auch in einer durch hohe Geburten- und Sterblichkeitsraten gekennzeichneten Armutsfalle gefangen.

114. In einigen Übergangsländern ist die Lebenserwartung in den letzten Jahren steil zurückgegangen, was auf rückläufige öffentliche Gesundheitsausgaben und den generelleren Abbau der sozialen Dienstleistungen zurückzuführen ist.

115. Obwohl weltweit mehr als 56 Milliarden Dollar pro Jahr für Gesundheitsforschung ausgegeben werden, entfallen davon weniger als 10 Prozent auf die Gesundheitsprobleme, von denen 90 Prozent der Weltbevölkerung betroffen sind. Weniger als 1 Prozent der weltweiten Forschungsetats im Gesundheitsbereich dient der Erforschung von Lungenzündung, Durchfall, Tuberkulose und Malaria, allesamt Krankheiten von großer Folgeschwere für die Entwicklungsländer.

116. Die Folgen sind niederschmetternd. Allein der Malaria fallen in jeder Minute zwei Menschen zum Opfer, hauptsächlich Kinder unter fünf Jahren und schwangere Frauen. Die von der Weltgesundheitsorganisation geleitete Anti-Malaria-Kampagne "Roll Back Malaria" verdient volle Unterstützung

bei ihren Bemühungen um die Bekämpfung und Verhütung dieser tödlichen Krankheit.

117. Was die allgemeine Situation betrifft, könnte ein breiterer Zugang zu wesentlichen Medikamenten, Impfstoffen und so einfachen und kostenwirksamen Lösungen wie mit Insektiziden behandelte Moskitonetze zu einer drastischen Senkung der hohen Sterblichkeits- und Invaliditätsraten unter den Armen auf der ganzen Welt führen.

118. Es würde den Rahmen dieses Berichts sprengen, allen diesen Herausforderungen im Einzelnen nachzugehen. Ich möchte hier vielmehr schwerpunktmäßig auf eine spezifische Gesundheitskrise eingehen, die die Fortschritte umzukehren droht, die im Laufe einer Generation auf dem Gebiet der menschlichen Entwicklung erzielt worden sind und die sich unaufhaltsam auch zu einer sozialen Krise weltweiten Ausmaßes entwickelt: die Verbreitung von HIV/Aids.

119. Etwa 50 Millionen Menschen haben sich seit Anfang der siebziger Jahre mit HIV infiziert; 16 Millionen Menschen sind daran gestorben. Allein 1999 gab es 5,6 Millionen Neuinfizierte, die Hälfte davon unter 25 Jahren. Es ist eine Krankheit, die sich ihre Opfer in unverhältnismäßig hohem Umfang unter jungen Menschen sucht, ihre schlimmsten Auswirkungen in armen Ländern hat und ein furchterregendes Ausweitungspotenzial in sich birgt.

120. Von den annähernd 36 Millionen Menschen, die heute weltweit mit HIV/Aids leben, wohnen 23 Millionen in Afrika südlich der Sahara. In Côte d'Ivoire stirbt jeden Schultag ein Lehrer an Aids. Ein Kind, das heute in Botsuana zur Welt kommt, hat eine durchschnittliche Lebenserwartung von 41 Jahren. Ohne Aids läge seine Lebenserwartung bei 70 Jahren. In den am schlimmsten betroffenen Städten im südlichen Afrika sind 40 Prozent der schwangeren Frauen HIV-positiv.

121. In derselben Region haben bereits mehr als 10 Prozent aller Kinder ihre Mütter durch Aids verloren. Man schätzt, dass es bis 2010 40 Millionen Waisen in Afrika südlich der Sahara geben wird, größtenteils auf Grund von HIV/Aids. Die Wahrscheinlichkeit, dass diese Waisen weiter zur Schule gehen oder gegen Krankheiten geimpft werden, ist weitaus geringer als für andere gleichaltrige Kinder, und die Wahrscheinlichkeit, dass sie an ernster Mangelernährung leiden, ist weitaus größer. Tragischerweise ist es heute keineswegs mehr ungewöhnlich, Waisen unter 15 Jahren in der Position des Haushaltsvorstands zu sehen.

122. Staatlichen Hochrechnungen zufolge werden in Simbabwe 2005 60 Prozent des Gesundheitsetats für HIV/Aids aufgewendet werden, und selbst das wird gänzlich unzureichend sein. Menschen, die über berufliche Qualifikationen und Bildungsabschlüsse verfügen, werden in der Blüte ihres Lebens von Aids dahingerafft, unausweichlich mit tragischen Folgen für jedes betroffene Land und die gesamte Region.

123. Die Seuche dehnt sich heute weit über Afrika hinaus aus. In Asien sind die HIV-Neuinfektionen zwischen 1996 und 1998 um 70 Prozent gestiegen. Man schätzt, dass in In-

dien mittlerweile mehr Menschen mit HIV leben als in jedem anderem Land der Welt. Kurz, die Krise hat weltweite Proportionen angenommen.

124. Auf der Grundlage der Vereinbarung, die auf der 1999 abgehaltenen Sondertagung der Generalversammlung über Bevölkerung und Entwicklung erzielt wurde, schlage ich eine auf junge Männer und Frauen im Alter von 15 bis 24 Jahren ausgerichtete Strategie vor, mit dem Ziel, die Ausbreitung von HIV/Aids einzudämmen und zu verringern und den mit dieser Krankheit lebenden Personen eine bessere Fürsorge zukommen zu lassen.

125. Aktive Unterstützung von Seiten der Regierungen ist ausschlaggebend. Mehrere Entwicklungsländer, darunter Senegal, Thailand und Uganda, haben mit groß angelegten Verhütungsprogrammen einige Erfolge erzielen können. Derartige Bemühungen sind jedoch rar und werden in der Regel nicht hinlänglich finanziert. In zu vielen Ländern sind durch den Mantel des Schweigens, der von offizieller Seite über Aids gedeckt wurde, den Menschen Informationen vorenthalten worden, die ihr Leben hätten retten können. Mit Hilfe von Informationen und eines unterstützenden sozialen Umfeldes, durch das ihre Anfälligkeit für eine Infektion verringert wird, müssen wir junge Menschen in die Lage versetzen, sich zu schützen.

126. Als Nächstes gilt es, problemlos Zugang zu lebenswichtigen Dienstleistungen und Verhütungsmethoden zu schaffen, wozu auch Kondome für Männer und Frauen gehören. Besonders wichtig ist es, die Übertragung der Krankheit von Müttern auf ihre Kinder zu verhüten. Dadurch könnten pro Jahr eine halbe Million Säuglinge vor Neuinfektionen geschützt werden. Nach ersten Erkenntnissen ist ein Medikament namens "Neviripine" ebenso wirksam wie vergleichsweise preiswert. Sieht man von den Kosten für Tests und eine freiwillige Beratung ab, kann eine einzige Dosis im Wert von 4 Dollar anscheinend fast genauso wirkungsvoll sein wie kompliziertere und weitaus kostspieligere Behandlungsgänge. Wenn das zutrifft, sollte dieses Medikament allgemein verfügbar gemacht werden.

127. Die Staats- und Regierungschefs der Welt müssen handeln, um ihre Jugendlichen und Kinder davor zu schützen, dass sie auf Grund einer vermeidbaren HIV-Infektion vorzeitig erkranken und sterben. Das Gemeinsame Programm der Vereinten Nationen für HIV/Aids wird mit den Regierungen und anderen Partnern zusammenarbeiten, um nationale Aktionspläne auszuarbeiten und umzusetzen. Darum lege ich es allen schwer betroffenen Ländern eindringlich nahe, binnen eines Jahres nach dem Gipfel Vorsorge für die Einrichtung nationaler Aktionspläne getroffen zu haben. Darüber hinaus

128. empfehle ich dem Millenniums-Gipfel, sich konkret zum Ziel zu setzen, die HIV-Infektionsraten bei 15- bis 24-jährigen bis 2005 in den am stärksten betroffenen Ländern um 25 Prozent und bis 2010 weltweit um 25 Prozent zu senken.

Kasten 2

Globale Allianz für Impfstoffe und Immunisierung

Zu Beginn des neuen Jahrtausends verfügt ein Viertel aller Kinder der Welt, die meisten von ihnen in den armen Ländern, noch immer nicht über Impfschutz gegen die sechs wichtigsten Krankheiten – Kinderlähmung, Diphtherie, Keuchhusten, Masern, Wundstarrkrampf und Tuberkulose. Diese Kinder tragen ein zehnfach höheres Risiko, an diesen Krankheiten zu sterben, als Kinder, die dagegen geimpft sind.

Die Globale Allianz für Impfstoffe und Immunisierung (GAVI) wurde 1999 ins Leben gerufen und verfolgt das Ziel, den Schutz aller Kinder der Welt vor Krankheiten zu gewährleisten, die durch Impfung vermeidbar sind.

Die Allianz ist eine kreative Koalition von einzelstaatlichen Regierungen, Entwicklungsbanken, Führungspersonlichkeiten der Wirtschaft, philanthropischen Stiftungen, der Weltgesundheitsorganisation, der Weltbankgruppe und dem Kinderhilfswerk der Vereinten Nationen (UNICEF). Sie verfolgt die nachstehenden strategischen Ziele:

- Verbesserung des Zugangs zu nachhaltigen Immunisierungsdiensten;
- Beschleunigung der Erforschung und Entwicklung neuer Impfstoffe gegen Krankheiten, die mit besonderer Häufigkeit in den Entwicklungsländern vorkommen, darunter HIV/Aids, Malaria, Tuberkulose und Durchfallerkrankungen;
- Breiterer Einsatz aller vorhandenen kostengünstigen Impfstoffe;
- Erhebung der Immunisierung zu einem zentralen Element der Konzipierung und Bewertung internationaler Entwicklungsanstrengungen.

Im Januar 2000 richtete die Globale Allianz auf dem Weltwirtschaftsforum in Davos (Schweiz) den Globalen Kinderimpfstoff-Fonds ein. Der Fonds wird mit Hilfe eines Zuschusses der Bill and Melinda Gates Foundation in Höhe von 750 Millionen Dollar Mittel zur Verfügung stellen, um die geographische Einsatzbreite der bereits vorhandenen Impfstoffe zu erhöhen und die Infrastrukturen zu stärken, die für die Auslieferung von Impfstoffen in den ärmsten Ländern erforderlich sind. Darüber hinaus wird der Fonds Forschungsarbeiten zur Entwicklung neuer Impfstoffe unterstützen.

Die Globale Allianz für Impfstoffe und Immunisierung verdeutlicht auf beispielhafte Weise den Wert der Zusammenarbeit von öffentlichem und privatem Sektor bei der Suche nach globalen Lösungen für globale Probleme.

129. Zu diesem Zweck empfehle ich den Regierungen ferner, konkrete Verhütungsziele festzusetzen: bis 2005 müssen mindestens 90 Prozent und bis 2010 mindestens 95 Prozent aller jungen Männer und Frauen Zugang zu den Informationen, der Aufklärung und den Dienstleistungen haben, die sie zum Schutz vor einer HIV-Infektion benötigen.

130. Schließlich besteht in der Welt verzweifelter Bedarf nach einem Impfstoff gegen HIV. Von den 2 Milliarden Dollar, die bislang in Forschungsarbeiten zur Behandlung von Aids eingeflossen sind, wurden nur 250 Millionen Dollar auf die Entwicklung von Impfstoffen verwendet, deren potenzieller Nutzwert für arme Länder, in denen sich

etwa 95 Prozent der HIV-Infektionen ereignen, zumeist begrenzt ist.

131. Ich fordere daher die entwickelten Länder auf, mit ihren pharmazeutischen Industrien und anderen Partnern zusammenzuarbeiten, um einen wirksamen und erschwinglichen Impfstoff gegen HIV zu entwickeln.

132. Die wissenschaftlichen Schwierigkeiten sind schier unüberwindlich und der Bedarf an Finanzmitteln gewaltig. Doch bin ich der Überzeugung, dass innovative Partnerschaften zwischen dem öffentlichen und dem privaten Sektor, unterstützt durch öffentliche Anreizsysteme, bewirken können, dass die so dringend benötigten zusätzlichen Investitionen getätigt werden. Das Globale Bündnis für Impfstoffe

Aktionsplan "Städte ohne Elendsviertel"

Maßnahmen	2000	2001	2006-2020
	<ul style="list-style-type: none"> Weltweite politische und finanzielle Verpflichtungen zu Gunsten der Sanierung von Elendsvierteln mobilisieren und Kapazität für groß angelegte Maßnahmen aufbauen 	<ul style="list-style-type: none"> 20 stadt- und/oder landesweite Programme in fünf Regionen in Angriff nehmen, die die Lebensbedingungen von 5 Millionen Armen in den Städten verbessern 	<ul style="list-style-type: none"> 50 landesweite Programme eingeleitet, mit der Sanierung von Elendsvierteln als einem zentralen Bestandteil der Stadtentwicklungs-Strategien in den meisten Ländern Grundlegende Dienste für 100 Millionen Bewohner von Elendsvierteln Der Entstehung von Elendsvierteln Einhalt geboten
Unterstützung durch Zuschüsse	\$ 4 Millionen	\$ 111 Millionen	\$ 180 Millionen
Städtischer Haushaltszuwachs	\$ 3,5 Millionen	\$ 35 Millionen	\$ 100 Millionen
Investitionen für Sanierungen	\$ 200 Millionen	\$ 2,3 Milliarden	\$ 47,5 Milliarden

Quelle: Cities Alliance for Cities without Slums (Bündnis der Städte für Städte ohne Elendsviertel), Weltbank, Zentrum der Vereinten Nationen für Wohn- und Siedlungswesen (Habitat), 1999.

und Immunisierung dient als ein Modell für das, was solche Partnerschaften leisten können (siehe Kasten 2).

133. Schließlich müssen wir auch dafür sorgen, dass die Systeme, die für die Betreuung und Unterstützung der 36 Millionen Menschen mit HIV/Aids bestehen, verbessert werden. Selbst relativ preiswerte Behandlungsmethoden und eine bessere Fürsorge können im Kampf gegen die Symptome von Aids helfen und Menschen mit Aids ein längeres, produktiveres und menschenwürdiges Leben ermöglichen. Ferner müssen die Regierungen, die pharmazeutische Industrie und die internationalen Institutionen durch gemeinsame Maßnahmen den Entwicklungsländern breiteren Zugang zu Medikamenten gegen HIV verschaffen.

D. Die Elendsviertel sanieren

134. Im Laufe der nächsten Generation wird sich die Zahl der in Städten lebenden Menschen weltweit von 2,5 Milliarden auf 5 Milliarden verdoppeln. Diese Zunahme wird fast ausschließlich in den Entwicklungsländern zu verzeichnen sein. Städte werden häufig als Wiegen der Zivilisation und Quellen der kulturellen und wirtschaftlichen Erneuerung beschrieben. Doch für grob ein Drittel der Stadtbewohner in den Entwicklungsländern, die in extremer Armut leben, entspricht diese Beschreibung in keiner Weise der Realität. Die meisten dieser armen Stadtbewohner haben keine andere Wahl, als in schmutzigen und unsicheren Squattersiedlungen

oder Elendsvierteln eine Behausung zu finden. Und obwohl das Durchschnittsalter der städtischen Bevölkerung, wie auch der Landesbevölkerung insgesamt, zugenommen hat, werden die Bewohner der Elendsviertel immer jünger.

135. Elendsviertel haben verschiedene Namen: *Favelas*, *Kampungs*, *Bidonvilles*, *Tugurios*, *Gecikondus*. Aber die Bedeutung ist überall dieselbe: erbärmliche Lebensbedingungen. Elendsvierteln mangelt es an grundlegenden städtischen Diensten wie Trinkwasserversorgung, Abwasserbeseitigung, Abfallentsorgung und Kanalisation. In der Regel gibt es keine nahe gelegenen Schulen oder Krankenhäuser, keine Gemeindezentren, keine gefahrlosen Spielplätze für Kinder. Die Bewohner in den Elendsvierteln leben und arbeiten unter Bedingungen ständigen Bedrohseins – durch Krankheiten, Kriminalität und Umweltgefahren.

136. Ursache für die Entstehung solcher Elendsviertel und Squattersiedlungen ist nicht allein eine systemimmanente Ressourcenknappheit. Ebenso daran schuld sind schlecht funktionierende Immobilien- und Grundstücksmärkte, reaktionsuntüchtige Finanzsysteme, fehlgeschlagene Politiken, Korruption und ein grundlegender Mangel an politischem Willen. Dennoch sprudeln diese "Städte innerhalb von Städten" vor unternehmerischer Energie, die dafür mobilisiert werden kann, ihren eigenen Bewohnern ebenso wie der Gesellschaft als Ganzes einen Wohlfahrtsgewinn zu verschaffen.

137. Um dieser Herausforderung zu begegnen, haben sich die Weltbank und die Vereinten Nationen zusammengetan und ein weltweites Bündnis von Städten und ihren Entwicklungspartnern aufgebaut. Im Dezember 1999 wurde mit der Umsetzung des ehrgeizigen Aktionsplans "Cities without Slums" (Städte ohne Elendsviertel) unter der Schirmherrschaft von Nelson Mandela begonnen. Der Plan will bis zum Jahr 2020 das Leben von 100 Millionen Bewohnern von Elendsvierteln verbessern. (Die wichtigsten Punkte des Plans sind der Tabelle zu entnehmen.) Er verlangt von den politischen Führern der Welt, sich darauf zu verpflichten, die Lebensbedingungen der Armen in den Städten zu verbessern, und von der internationalen Entwicklungsgemeinschaft, diese Aufgabe zu einem Schwerpunkt zu machen.

138. Ich unterstütze die Initiative "Cities without Slums" mit allem Nachdruck und fordere alle Mitgliedstaaten auf, sich ihr anzuschließen und entsprechende Maßnahmen zu ergreifen.

E. Afrika mit einbeziehen

139. Nirgends wird eine weltweite Verpflichtung zur Armutreduzierung mehr gebraucht als in Afrika südlich der Sahara, da keine Region der Welt größeres menschliches Leid zu erdulden hat. Jüngsten Schätzungen zufolge weist Afrika südlich der Sahara den größten Anteil der Menschen auf, die mit weniger als einem Dollar pro Tag auskommen müssen. In den sechziger Jahren stieg das Pro-Kopf-Einkommen im Durchschnitt um 1,5 Prozent und in den siebziger Jahren um 0,8 Prozent, doch in den achtziger Jahren ging es um 1,2 Prozent zurück. In den neunziger Jahren verzeichnete die Region ein langsames Wachstum als jede andere Gruppe von Ländern mit mittlerem oder niedrigem Einkommen.

140. Heute beläuft sich das Pro-Kopf-Einkommen auf gerade 500 Dollar pro Jahr. Die Afrika zufließenden privaten Kapitalströme stellen nur einen winzigen Bruchteil der weltweiten Kapitalströme dar, und in einigen Ländern beträgt die Kapitalflucht ein Vielfaches ihres Bruttoinlandsprodukts. Insgesamt übersteigt die zu tilgende Auslandsverschuldung oft das gesamte Bruttoinlandsprodukt, und nicht selten belaufen sich die für den Schuldendienst benötigten Beträge auf mehr als 25 Prozent der Exporterlöse. Die Umkehr dieses Trends stellt einheimische wie internationale Entscheidungsträger vor ungeheuer große Herausforderungen. Die an sich schon schwierige Aufgabe wird durch die gravierende Aids-Krise in Afrika noch um ein Vielfaches erschwert.

141. Die Bergbauindustrie dominiert die Wirtschaft der Region, und die Bodenschätze erschöpfen sich mit alarmierender Geschwindigkeit. Der Infrastrukturbedarf ist enorm, insbesondere auf dem Gebiet der Stromerzeugung und der Telekommunikation. Der Stromverbrauch pro Kopf ist der niedrigste der Welt. In Afrika entfallen auf 1.000 Menschen

14 Telefonanschlüsse, und weniger als 0,5 Prozent aller Afrikaner haben je das Internet benutzt. Lediglich 17 Prozent der Straßen sind asphaltiert. Diese Aufzählung ließe sich endlos weiter fortsetzen.

142. Dennoch stand Mosambik vergangenes Jahr – vor den verheerenden Überschwemmungen der letzten Wochen – in Bezug auf das Wachstum des Bruttoinlandsprodukts weltweit an erster Stelle. Gewiss waren höhere Rohstoffpreise ein maßgeblicher Faktor, doch hat Mosambik, das noch vor wenigen Jahren völlig verarmt und in einen Bürgerkrieg verstrickt war, der kaum einer Lösung zugänglich zu sein schien, aus eigener Kraft große Fortschritte gemacht. Botswana, das auf dieser Liste an zweiter Stelle rangierte, und mehrere andere Länder der Region können seit einiger Zeit auf eine gute Wirtschaftsleistung und eine gute Regierungs- und Verwaltungsführung stolz sein. Woran mangelt es also anderswo?

143. Was den Wirtschaftsbereich angeht, hat Afrika Produktivitätseinbußen erlitten, weil die Wirtschaftsordnung zu meist unter enger staatlicher Kontrolle steht und vom Staat ineffizient gesteuert wird. Dies resultiert in hohen Handelschranken und schlechten öffentlichen Dienstleistungen. Es bedeutet auch, dass die Korruption weit verbreitet ist. Unternehmen im privaten Sektor sind international nicht wettbewerbsfähig, da sie keinen Zugang zu geeigneten Technologien und Informationen haben.

144. In Afrika hat der Agrarsektor noch keine "grüne Revolution" erlebt. Im Gegensatz zur übrigen Welt sind die Erträge bei Grundnahrungsmitteln nicht erheblich gestiegen. Unbeständige Regenfälle, stark verwittrte Böden, Krankheiten und Ungeziefer fordern ihren Tribut. In anderen Klima- und Umweltzonen entwickelte Agrartechniken haben sich nicht gut in diese Region verpflanzen lassen. Produktionsfaktoren wie Düngemittel unterliegen häufig der Kontrolle von Staatsmonopolen und stehen den Bauern nicht zu freien Marktpreisen zur Verfügung. So waren beispielsweise die Düngerpreise zu Beginn der neunziger Jahre in Afrika schätzungsweise zwei- bis viermal so hoch wie in Asien. Infolge der schlechten Infrastruktur können Güter nicht jederzeit überallhin transportiert werden, so dass Transport- und Speiditionskosten nach wie vor untragbar hoch sind.

145. Somit ist der afrikanische Agrarsektor nach wie vor nicht in der Lage, die stete, kostengünstige Nahrungsmittelversorgung der Stadtbewohner zu gewährleisten. Ein Großteil der Nahrungsmittelversorgung in Afrika südlich der Sahara wird vielmehr durch Importe gedeckt. An internationalen Maßstäben gemessen, sind die städtischen Zentren nach wie vor klein und haben bisher noch nicht das notwendige menschliche Kapital für eine industrielle Expansion bereitgestellt.

146. Ich fordere die führenden Experten in der ganzen Welt heraus, die Hürde der niedrigen Produktivität des Agrarsektors in Afrika durch ihre Ideen zu überwinden.

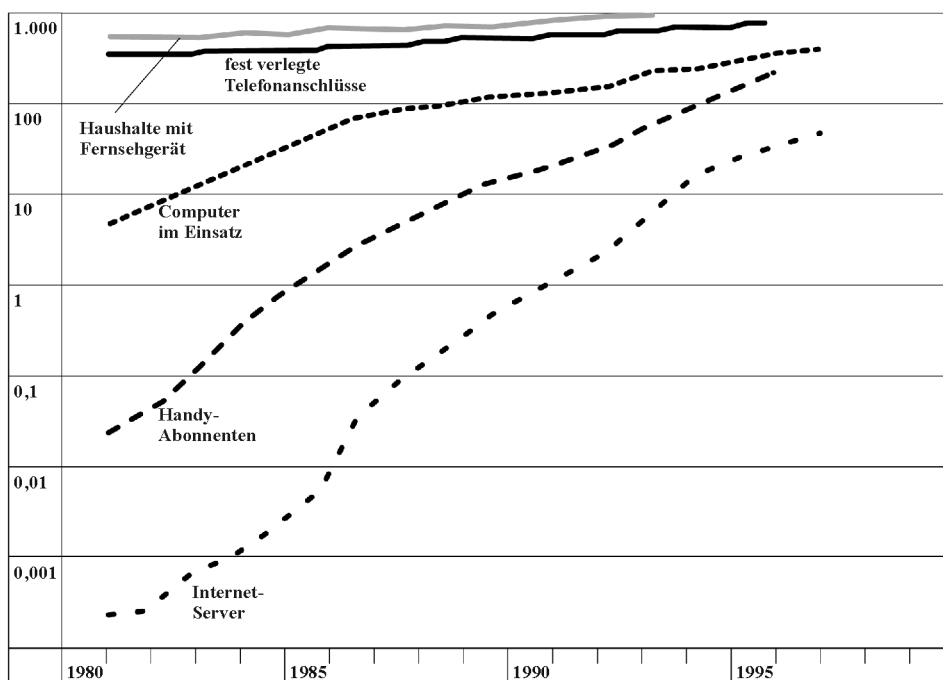


Abbildung 4
Wachstum der Informations-technologie

(in Millionen)

Quelle: World Watch Institute,
Internationale Fernmeldeunion, 2000.

Außerdem bitte ich die großen philanthropischen Stiftungen, die den Anstoß zu so vielen guten und praxisbezogenen Forschungsarbeiten auf dem Gebiet der Landwirtschaft gegeben haben, inständig, diese lebenswichtige Herausforderung anzunehmen.

147. In vielen afrikanischen Ländern stehen dem Fortschritt auf wirtschaftlichem Gebiet auch politische Hindernisse entgegen. Auf diese Probleme bin ich im April 1998 in einem Bericht an den Sicherheitsrat eingegangen. Sie laufen letztlich darauf hinaus, dass bei einem politischen Kräftemessen Wohlstand und Ressourcen der Gesellschaft, das Recht zur Ämterbesetzung und die Vorrechte des Amtes ausschließlich dem Sieger zufallen. Nur allzu oft geht dies einher mit furchtbaren Verletzungen der Grundrechte und mit der Bereitschaft zur Gewaltanwendung, um Streitigkeiten beizulegen oder an der Macht festzuhalten.

148. Nur die Afrikaner selbst, so schloss ich diesen Bericht, können diese Teufelskreise durchbrechen. Ich freue mich, dass sich so viele dazu entschlossen haben und dass Führer, die Verbrechen gegen ihr eigenes Volk verübt haben, zunehmend dafür zur Rechenschaft gezogen werden. Dagegen lassen unerklärlicherweise jedoch selbst heute relativ wenige afrikanische Regierungen in ihrer innerstaatlichen Wirtschafts- und Sozialpolitik die erforderliche Entschlossenheit zur Armutsverminderung erkennen.

149. Es liegt in unserer Hand, eine Umkehr herbeizuführen. In Afrika hat sich viel Positives getan, und die internationale Gemeinschaft beweist ein zunehmendes Interesse daran, denjenigen afrikanischen Ländern zu helfen, in denen noch immer Unruhen und tragische Verhältnisse herrschen. Wir dürfen in unseren Anstrengungen jetzt nicht nachlassen.

F. Digitale Brücken bauen

150. Die Welt steht am Anfang einer neuen technologischen Revolution. Wir sehen dies auf dem Gebiet der Medizin, der Pharmazie und der Biotechnologie. Dieses neue Grenzland erweckt Hoffnungen und Ängste. Bessere Gesundheit und größere Ernährungssicherheit liegen in unserer Reichweite, doch wenn wir die Chancen ergreifen, die die Biotechnologie bietet, dürfen wir nicht die damit verbundenen Gefahren übersehen. Vor allem müssen wir für freien Zugang zu den Informationen sorgen, die von den Forschern zusammengetragen werden, die den genetischen Code entziffern. Der genetische Schlüssel menschlichen Lebens ist Eigentum der gesamten Menschheit.

151. Ich möchte mich hier auf die Behandlung einer technologischen Umwälzung beschränken, die bereits jetzt das soziale und wirtschaftliche Leben verändert, nämlich die digitale Revolution. In der Kommunikations- und Informationsindustrie vollziehen sich – fast blitzartig – grundlegende Veränderungen (siehe Abb. 4).

152. Das Radio brauchte 38 und das Fernsehen 13 Jahre, um zu 50 Millionen Menschen vorzudringen. Die gleiche Zahl von Menschen machte sich in nur vier Jahren das Internet zu Eigen. 1993 gab es auf dem World Wide Web 50 Seiten; heute sind es über 50 Millionen. 1998 wählten sich lediglich 143 Millionen Menschen ins Internet ein; bis zum Jahr 2001 wird die Zahl der Benutzer auf 700 Millionen ansteigen. 1996 belief sich der Markt für den elektronischen Handel auf 2,6 Milliarden Dollar; bis 2002 wird er voraussichtlich auf 300 Milliarden Dollar anwachsen. Bereits jetzt hat das Internet einen weitaus größeren Anwendungsbereich als jedes andere Kommunikationsmedium, das je erfunden wurde.

Kasten 3

Indien und die Informationsrevolution

Kein anderes Entwicklungsland hat so viel aus der digitalen Revolution profitiert wie Indien, dessen Software-Industrie bis zum Jahr 2008 voraussichtlich um das Achtfache auf 85 Milliarden Dollar wachsen wird. Dieser Industriezweig hat eine beträchtliche Zahl an Arbeitsplätzen und erheblichen Wohlstand hervorgebracht und eine ganz neue Schicht von Unternehmern im Spitzentechnologiebereich entstehen lassen. Ein indisches Unternehmen, Infosys Technologies, konnte seinen Marktwert seit seiner Zulassung zur Notierung an der NASDAQ-Börse in den Vereinigten Staaten im März 1999 verzehnfachen.

Die Software-Revolution in Indien ist durch Auslandsinvestitionen beschleunigt und durch die Wirtschaftsliberalisierung und die Einrichtung staatlich geförderter Technologiezentren für Software-Entwicklung unterstützt worden. Indien verfügt darüber hinaus über zahlreiche weltweit mobile Software-Experten.

Indische Unternehmen sind mittlerweile bei der Entwicklung von Internet-Portalen und internetgestützten Anwendungen weltweit führend, und sie konnten bürokratische Verzögerungen und eine veraltete Infrastruktur dadurch umgehen, dass sie ihre eigenen Telekommunikationssysteme aufbauen und ihre Software-Erzeugnisse per Satellit rund um die Welt verschicken. Die Zahl der Internet-Zugänge in Indien steigt ebenfalls steil an, und man schätzt, dass im Jahr 2001 etwa 6 Millionen Menschen in Indien das Internet nutzen werden, was durch die Deregulierung der Sektoren Telekommunikation und Informationstechnologie gefördert wird.

Und doch steht Indien, wie so viele andere Länder auch, vor der Herausforderung der "digitalen Kluft". Noch immer besteht dort eine ungeheure Lücke zwischen denen, die Teil der Internet-Revolution sind, und denen, die daran nicht teilhaben. Am Vorabend des fünfzigjährigen Bestehens Indiens als konstitutionelle Republik warnte der Präsident Indiens, sein Land hätte "eines der weltweit größten Reservoirs an technischen Fachkräften, doch auch die weltweit höchste Zahl an Analphabeten, an Menschen, die unterhalb der Armutsgrenze leben, und an unterernährten Kindern".

Indiens erfolgreiche Teilhabe an der Informationsrevolution steht in direktem Zusammenhang damit, dass es ihm gelungen ist, an seinen Hochschulen zahlreiche hoch qualifizierte technische und wissenschaftliche Nachwuchskräfte auszubilden. Die Informationsnetze, die diese jetzt aufbauen, bergen ein ungeheures Potenzial, auch die weniger Begünstigten in den Genuss der Bildungsvorteile kommen zu lassen.

153. Zur Zeit durchtrennt die Welt noch eine tiefe digitale Kluft. In den Vereinigten Staaten von Amerika gibt es mehr Computer als in der gesamten übrigen Welt. In Tokio gibt es so viele Telefone wie in ganz Afrika.

154. Diese digitale Kluft kann und wird überbrückt werden. Schon jetzt hat sich die indische Stadt Bangalore zu einem dynamischen Innovationszentrum mit über 300 High-tech-Firmen entwickelt. Indiens Software-Ausfuhren allein werden in diesem Jahr 4 Milliarden Dollar übersteigen – was etwa 9 Prozent seiner Gesamtausfuhren ausmacht –, und die Industrie rechnet bis zum Jahr 2008 mit einem Volumen von 50 Milliarden Dollar (siehe Kasten 3).

155. Dank der Exporte aus seiner Mikrochip-Industrie, auf die inzwischen 38 Prozent seiner Gesamtexporte entfallen, schnellte Costa Ricas wirtschaftliche Wachstumsrate 1999 auf 8,3 Prozent empor, die höchste Wachstumsrate Lateinamerikas. Ich könnte noch viele weitere Beispiele nennen, wo Entwicklungsländer sich die Chance dieser Revolution zunutze machen. Potenziell eröffnet sie allen Ländern vielversprechende Aussichten auf Wirtschaftswachstum und Entwicklung.

156. Um wirklich zu begreifen, wie die digitale Revolution Wirtschaftswachstum und Entwicklung anregen kann, müssen wir mehrere ihrer grundlegenden Eigenschaften verste-

hen. Erstens hat sie einen gänzlich neuen Wirtschaftssektor hervorgebracht, den es vorher einfach nicht gab. Diesem Sektor wenden die Länder in vorderster Front immer größere Teile ihrer Volkswirtschaft zu und machen auf diese Weise hochwertige wirtschaftliche Räume frei, in die andere nachrücken können – eine Entwicklung, die sich quer durch die gesamte Weltwirtschaft fortsetzt. Das Freiwerden gewisser Sektoren war es auch, das den sogenannten Schwellenländern zunächst zum Durchbruch verhalf. Die Globalisierung erleichtert solche Verschiebungen.

157. Zweitens handelt es sich bei dem Kapital, auf das es in der digitalen Revolution am meisten ankommt, in zunehmendem Maße um geistiges Kapital. Die Hardware-Kosten gehen zurück. Die Verlagerung von der Hardware zur Software als Kriterium für eine Spitzenstellung in der Industrie trägt mit dazu bei, ein schwerwiegendes Entwicklungshindernis, die Kapitalknappheit, zu überwinden. Außerdem gibt es den armen Ländern eine bessere Chance, manche langwierigen und schwierigen Phasen des Entwicklungsprozesses zu überspringen. Gewiss, das notwendige geistige Kapital ist nicht überall vorhanden; in den Entwicklungsländern und in den Übergangsländern gibt es davon jedoch weit mehr als Finanzkapital.

158. Die digitale Revolution hat nicht nur einen neuen Wirtschaftssektor hervorgebracht, sondern dient drittens in vielerlei Hinsicht selbst als Mittel zur Neugestaltung und Verbesserung. Beispielsweise bedient sich Mauritius des Internets, um seiner Textilindustrie eine Position auf dem Weltmarkt zu verschaffen. Das Handelspunkte-Programm der UNCTAD ermöglicht es den Teilnehmern, online mit Produkten zu handeln. Die Regierung von Mali hat ein Intranet geschaffen, mit dessen Hilfe wirksamere Verwaltungsdienste geleistet werden sollen. Es gibt viele andere Anwendungsmöglichkeiten, so etwa für die Telemedizin und das Fernstudium, für "virtuelle" Bankgeschäfte im Verein mit Mikrokrediten, für die Einholung von Wettervorhersagen vor der Aussaat und von Agrarpreisen vor der Ernte, für den jederzeitigen Zugriff auf die Bestände der größten Bibliothek der Welt und so weiter. Kurz gesagt, die Informationstechnologie kann in vielen, wenn nicht gar in den meisten wirtschaftlichen und sozialen Tätigkeitsbereichen einen Wandel herbeiführen.

159. Und schließlich weist das Schlüsselprodukt dieses Sektors, die Information, einmalige Eigenschaften auf, die keinem anderen Produkt eigen sind. Der zum Bau eines Gebäudes verwendete Stahl oder die von den Bauarbeitern getragenen Schuhe können von niemand anderem verbraucht werden. Anders verhält es sich bei der Information. Nicht nur steht sie für mehrere Anwendungen und Benutzer zur Verfügung, sie gewinnt mit zunehmendem Gebrauch immer mehr an Wert. Das Gleiche gilt für die Netzwerke, die die verschiedenen Informationsquellen miteinander verbinden. Wir als politische Entscheidungsträger müssen besser verstehen lernen, wie sich Information und inhärent knappe materielle

Güter in wirtschaftlicher Hinsicht voneinander unterscheiden, und müssen davon Gebrauch machen, um unsere Programmziele voranzubringen.

160. Das soll nicht heißen, dass der Übergang für die Entwicklungsländer, insbesondere die ärmsten unter ihnen, einfach sein wird. Ressourcen- und Qualifikationsmangel sind ein Teil dieses Problems; hinzu kommen des Weiteren eine unzureichende grundlegende Infrastruktur, drittens das Analphabetentum und sprachliche Hindernisse und natürlich die Sorge um den Schutz der Privatsphäre und den Inhalt. Für viele dieser Probleme werden sich technische Lösungen finden, namentlich der drahtlose Zugriff, ja sogar einfache automatische Übersetzungsprogramme, die es uns ermöglichen, uns über Sprachbarrieren hinweg zu verständigen und elektronischen Handel zu treiben.

161. Für die unmittelbare Zukunft wird sich das in den Industrieländern vorherrschende Modell des Einzelkonsums von Informationstechnologie für viele Entwicklungsländer als unerschwinglich erweisen. Aber auch dieses Hemmnis kann überwunden werden. Vielerorts, von Peru bis Kasachstan, sind öffentliche Telezentren eingerichtet worden. In Ägypten beispielsweise war das Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen (UNDP) bei der Errichtung von Kommunalzentren für den Technologiezugang behilflich, die das Internet und Faxdienste in arme und ländliche Gebiete bringen sollen. Mit Unterstützung seitens der Organisationen der Zivilgesellschaft sowie des Privatsektors können wir diese Pilotprogramme so ausweiten, dass sie selbst die abgelegensten Winkel der Erde erreichen.

162. Nicht so leicht beseitigen lassen sich hingegen die institutionellen Hindernisse, die in vielen Entwicklungsländern bestehen, allen voran ein wenig förderliches ordnungsrechtliches Umfeld und die von den staatlichen Behörden erhobenen exorbitanten Gebühren.

163. Ich möchte den Mitgliedstaaten eine Überprüfung ihrer Politiken und Regelungen auf diesem Gebiet nahe legen, um sicherzustellen, dass sie ihrer Bevölkerung nicht die Chancen vorenthalten, die die digitale Revolution bietet.

164. Als ein konkretes Beispiel dafür, wie wir digitale Klüfte überbrücken können, freue ich mich, die Schaffung eines neuen "Gesundheits-InterNetzwerks" für die Entwicklungsländer ankündigen zu dürfen.

165. Im Rahmen dieses Netzwerks werden in Krankenhäusern, Kliniken und öffentlichen Gesundheitseinrichtungen in Entwicklungsländern in der ganzen Welt 10.000 Online-Stellen eingerichtet und in Betrieb genommen. Es soll, spezifisch zugeschnitten auf bestimmte Länder oder Ländergruppen, den Zugang zu den neuesten einschlägigen Gesundheits- und medizinischen Informationen ermöglichen. Die Geräte und der Internet-Zugang, der nach Bedarf drahtlos sein kann, werden von einem von der WebMD-Stiftung geführten Kon-

sortium in Zusammenarbeit mit anderen Stiftungen und Partnerfirmen zur Verfügung gestellt. Ausbildung und Kapazitätsaufbau in den Entwicklungsländern sind feste Bestandteile dieses Projekts. Auf Seiten der Vereinten Nationen ist die Weltgesundheitsorganisation (WHO) federführend bei der weiteren Fortentwicklung dieser Initiative mit Partnern außerhalb des Systems, so auch mit der Stiftung der Vereinten Nationen.

166. Ich kündige des weiteren eine zweite Initiative im Bereich "Digitale Brücken" an, nämlich einen Informationstechnologiedienst der Vereinten Nationen, dem ich das Akronym UNITEs geben möchte.

167. Es handelt sich dabei um ein Konsortium von High-tech-Freiwilligenkorps, einschließlich der Net Corps Canada und Net Corps America, wobei Freiwillige der Vereinten Nationen bei der Koordinierung behilflich sein werden. UNITEs wird Gruppen in den Entwicklungsländern in der Anwendung der Informationstechnologie unterweisen und sie über die Chancen aufklären, die sie bietet, sowie die Schaffung weiterer digitaler Korps in Nord und Süd fördern. Wir sondieren zurzeit Fremdfinanzierungsmöglichkeiten zur Unterstützung des UNITEs.

G. Weltweite Solidarität unter Beweis stellen

168. Die Schaffung eines niemanden ausschließenden weltweiten Marktes stellt eine der Hauptherausforderungen an die Menschheit im 21. Jahrhundert dar. Wir alle sind ärmer, wenn den Armen die Chance verwehrt wird, sich ihren Lebensunterhalt zu verdienen, liegt es doch in unserer Macht, allen Menschen diese Chance zu bieten.

169. Den reichen Ländern kommt eine unverzichtbare Rolle dabei zu, ihre Märkte weiter zu öffnen, tiefer greifende, raschere Schuldenerleichterungen sowie mehr und gezieltere Entwicklungshilfe zu gewähren.

Zugang zum Handel

170. Trotz jahrzehntelanger Liberalisierung lasten auf dem Welthandelssystem nach wie vor Zölle und Quoten. Die Mehrzahl der Industrieländer schirmt ihre Märkte noch immer stark gegen Agrarprodukte ab, und alle ergreifen Schutzmaßnahmen im Textilsektor – die beiden Sektoren, in denen die Entwicklungsländer einen anerkannten komparativen Vorteil besitzen. Fernerhin drücken Agrarsubventionen in den Industrieländern die Weltmarktpreise, was den Bauern in armen Ländern noch mehr schadet.

171. Jeden von uns kommen diese Praktiken teuer zu stehen. Die Kosten für jeden "geretteten" Arbeitsplatz in den Industrieländern bewegen sich je nach Industriezweig schätzungsweise zwischen 30.000 und 200.000 Dollar. Der Welt-

wirtschaft gehen auf Grund des landwirtschaftlichen Protektionismus bis zu 150 Milliarden Dollar pro Jahr verloren – davon entfallen etwa 20 Milliarden Dollar auf die den Entwicklungsländern entgehenden Exporterlöse. Allerdings fügen sich die Entwicklungsländer durch ihre eigenen protektionistischen Politiken in der Landwirtschaft und in anderen Bereichen auch selbst großen Schaden zu.

172. Anstatt zu versuchen, sterbende Industrien zu retten, was langfristig immer zum Scheitern verurteilt ist, sollten die führenden Politiker sich für die berufliche Weiterbildung mit Hilfe von Weiterbildungs- und Umschulungsmaßnahmen sowie für die Bereitstellung einer Übergangsunterstützung einsetzen.

173. Auf der vor kurzem in Bangkok abgehaltenen zehnten Tagung der Handels- und Entwicklungskonferenz der Vereinten Nationen wurde hervorgehoben, dass die Agrar- und Industriexporte der am wenigsten entwickelten Länder besseren Marktzugang haben müssen. Dies wäre insbesondere für die afrikanischen Länder südlich der Sahara von Nutzen.

174. Ich fordere die Industrieländer nachdrücklich auf, zu erwägen, im Grunde allen Exporten aus den am wenigsten entwickelten Ländern zoll- und quotenfreien Marktzugang zu gewähren, und bereit zu sein, diese Verpflichtung auf der Dritten Konferenz der Vereinten Nationen über die am wenigsten entwickelten Länder im März 2001 einzugehen.

175. In diesen Problemkomplex fällt auch die seit einigen Jahren aktuelle Frage der Handelsauflagen. Ich meine damit das Bestreben einiger Kreise, die Handelsliberalisierung davon abhängig zu machen, dass die Entwicklungsländer bestimmte Beschäftigungs-, Umwelt- und Menschenrechtsnormen erfüllen. Diese Frage muss mit größter Vorsicht gehandhabt werden, damit sie nicht zu einem weiteren Vorwand für Protektionismus wird.

176. Ich möchte eine andere Vorgehensweise vorschlagen. Erstens gibt es auf den meisten dieser Gebiete als Ergebnis zahlreicher Konferenzen und langwieriger Verhandlungen bereits Übereinkünfte, die universelle Werte und gemeinsame Normen festlegen. Jetzt ist es notwendig, dass die Staaten den von ihnen eingegangenen Verpflichtungen nachkommen und dass die zuständigen VN-Organisationen die Mittel und die Unterstützung erhalten, die sie benötigen, um ihnen dabei behilflich zu sein. Wenn dies bedeutet, dass die Welt beispielsweise eine robustere weltweite Umweltorganisation braucht oder dass die Internationale Arbeitsorganisation (IAO) gestärkt werden muss, dann sollten wir uns mit diesen Möglichkeiten auseinandersetzen.

177. Zweitens müssen die weltumspannenden Unternehmen eine führende Rolle übernehmen. Ohne dass es sie viel oder auch nur irgendetwas kostet, können sie in ihrer eigenen unternehmerischen Sphäre überall dort, wo sie tätig sind, gute Praktiken anwenden. Dies hätte in der ganzen Welt eine

Kasten 4

Der Globale Pakt: ein Rahmen für Partnerschaften zwischen den Vereinten Nationen und dem privaten Sektor

Der Anfang 1999 vom Generalsekretär in die Wege geleitete Globale Pakt ist ein gemeinsames Unterfangen der Internationalen Arbeitsorganisation, des Umweltprogramms der Vereinten Nationen und des Amtes des Hohen Kommissars der Vereinten Nationen für Menschenrechte.

Der Pakt will Unternehmen zur Förderung gerechter Arbeitsnormen, der Achtung der Menschenrechte und des Umweltschutzes veranlassen. Die Unternehmen sollen in diesen drei Bereichen eingegangene Verpflichtungen auf allgemeine Grundsätze in konkrete Managementpraktiken umsetzen. Der Globale Pakt gründet auf der Überzeugung, dass die Einbeziehung universaler Werte in das System der Weltmärkte und Unternehmenspraktiken dazu beitragen wird, allgemeine gesellschaftliche Ziele zu fördern und dabei gleichzeitig offene Märkte zu sichern.

Um bei der Verfolgung dieser ehrgeizigen Agenda Hilfestellung zu leisten, hat das für den Pakt zuständige Team der Vereinten Nationen eine Web-Seite eingerichtet, die Informationen über den Pakt enthält und Zugang zu umfassenden länderspezifischen Datenbanken der Vereinten Nationen gewährt. Sie enthält eine Beschreibung der "besten Unternehmenspraktiken" auf den Gebieten Menschenrechte, Arbeitsnormen und Umweltschutz und fördert den Dialog über flankierende Partnerschaftsprogramme. Die Web-Seite kann über die folgende Adresse aufgerufen werden: <http://unglobalcompact.org>.

Der Globale Pakt wird von den folgenden Stellen aktiv unterstützt:

- Weltweite Unternehmensverbände: Internationale Handelskammer (ICC), Internationale Arbeitgeberorganisation (IOE), Weltunternehmerrat für Nachhaltige Entwicklung (WBCSD), Prince of Wales Business Leaders Forum und Business for Social Responsibility
- Weitere weltweite Vereinigungen, die dem Pakt beigetreten sind oder ihren Beitritt erwägen: Internationaler Verband der Düngemittelindustrie (IFA), Internationale Vereinigung Beratender Ingenieure (FIDIC), Weltverband der Sportartikel-Industrie (WFSGI), Internationales Eisen- und Stahlinstitut (IISI), Verband für Umwelterhaltung der internationalen Erdölindustrie (IPIECA) und Internationaler Rat der Chemieverbände (ICCA)
- Internationaler Bund Freier Gewerkschaften (ICFTU)
- Auf bestimmte Einzelthemen spezialisierte nichtstaatliche Organisationen, die sich mit den Bereichen Umwelt, Menschenrechte und Entwicklung befassen

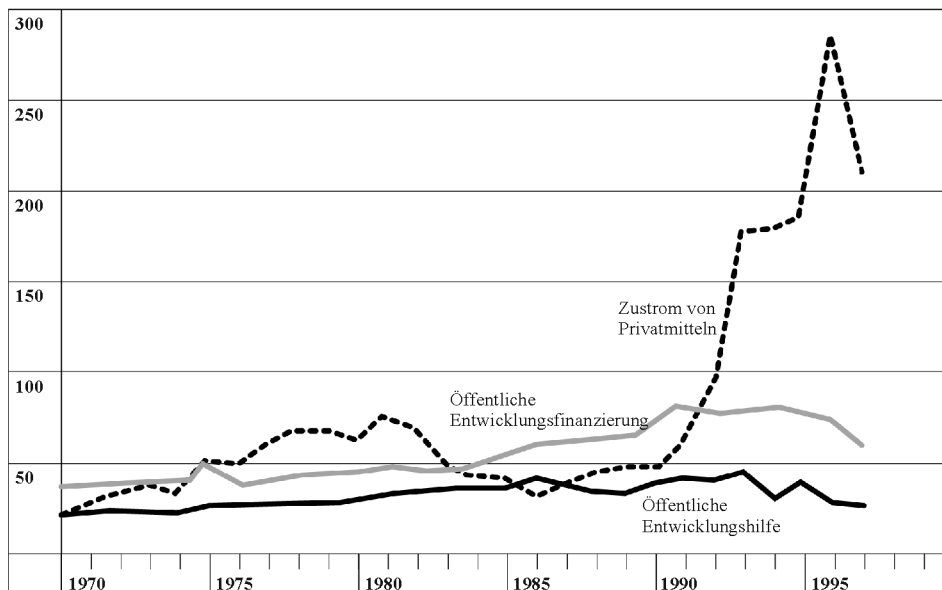


Abbildung 5
Finanzströme in die
Entwicklungsländer

(in Milliarden US-Dollar;
in Preisen von 1995)

Quelle: Weltbank,
Global Development Finance, 1998.

nützliche Beispielwirkung. Ich habe daher die Privatwirtschaft eingeladen, mit mir einen "Globalen Pakt" zu schließen, dahin gehend, in ihrer eigenen Unternehmenspraxis ein Paket von Kernwerten in drei Bereichen zur Anwendung zu bringen, nämlich auf dem Gebiet der Beschäftigungsnormen, der Menschenrechte und der Umwelt (siehe Kasten 4). Diese Initiative wurde von den verschiedensten Unternehmerverbänden, Arbeitnehmergruppen und nichtstaatlichen Organisationen befürwortet, und ich hoffe, schon bald die Namen der ersten Führungspersonlichkeiten aus der Wirtschaft nennen zu können, die sich mit uns zusammenschließen, um den Globalen Pakt alltägliche Wirklichkeit werden zu lassen.

Schuldenerleichterung

178. Eine hohe Auslandsverschuldung erdrückt mit ihrer Last das Wirtschaftswachstum in vielen der ärmsten Länder. Da diese Länder den Schuldendienst in harter Währung leisten müssen, können sie nicht ausreichend in die Bildung und die gesundheitliche Versorgung investieren und wirksam auf Naturkatastrophen und andere Notsituationen reagieren. Schuldenerleichterungen für diese hoch verschuldeten armen Länder müssen daher fester Bestandteil des Entwicklungsbeitrags der internationalen Gemeinschaft sein.

179. Auch die wiederholte Umschuldung der bilateralen Schulden dieser Länder hat deren Schuldenbelastung insgesamt nicht wesentlich gesenkt. 1996 leitete die internationale Gebergemeinschaft daher eine Initiative ein, mit deren Hilfe die Verschuldung dieser Länder auf eine tragbare Höhe reduziert werden soll, die sogenannte "Initiative für die hoch verschuldeten armen Länder". In den drei Jahren ihres Bestehens haben sich jedoch erst vier Länder voll qualifiziert. Weitere neun stehen kurz davor, und weitere fünf haben mit

Vorgesprächen begonnen. Insgesamt geht es allerdings nur langsam voran.

180. Im Rahmen einer auf dem Kölner Gipfeltreffen der G-8 im Juni 1999 vereinbarten und von den internationalen Finanzinstitutionen im September gebilligten geplanten Ausweitung des Programms für die hoch verschuldeten armen Länder sind tiefer gehende, raschere und weiter reichende Schuldenerleichterungen vorgesehen. Ihre Umsetzung steht allerdings noch aus. Auch andere Hindernisse gilt es zu überwinden. So gibt es beispielsweise keinen Mechanismus für die groß angelegte Umstrukturierung derjenigen Schulden, die zahlreiche private Kreditnehmer im Bank- und Unternehmenssektor in den Entwicklungsländern bei ausländischen Kreditgebern haben.

181. Ich fordere die Geberländer und die internationalen Finanzinstitutionen auf, die Streichung aller öffentlichen Schulden der hoch verschuldeten armen Länder zu erwägen, wenn sich diese Länder im Gegenzug zur nachweislichen Verminderung der Armut verpflichten.

182. Bei der Ausarbeitung solcher nationalen Armutsmindeungsprogramme sollte den Regierungen nahegelegt werden, sich eng mit der Zivilgesellschaft ins Benehmen zu setzen.

183. Ich würde sogar noch einen Schritt weiter gehen und vorschlagen, dass wir erwägen, in Zukunft mit einem völlig neuen Ansatz an die Schuldenproblematik heranzutreten. Die wichtigsten Komponenten eines solchen Ansatzes könnten unter anderem sein: die sofortige Streichung der Schulden von Ländern, die Opfer größerer Konflikte oder Naturkatastrophen sind; die Erhöhung der Zahl der Länder in dem Programm für hoch verschuldete arme Länder, indem ihnen die Möglichkeit eingeräumt wird, sich allein auf Grund ihrer

Armut zu qualifizieren; die Fixierung der Schuldentrückzahlungen auf einen maximalen Prozentsatz der Devisenerlöse; und die Einführung eines Schuldenschiedsverfahrens, in dem die Interessen der Gläubiger und der souveränen Schuldner gleichermaßen berücksichtigt werden und in dem für mehr Disziplin in ihren Beziehungen gesorgt wird.

184. Wir müssen uns vor allem darüber im Klaren sein, dass unser Ziel, die Armut bis zum Jahr 2015 weltweit auf die Hälfte zu reduzieren, nur Illusion bleiben wird, wenn wir am Beginn dieses neuen Millenniums über kein überzeugendes Schuldenerleichterungsprogramm verfügen.

Öffentliche Entwicklungshilfe

185. Die öffentliche Entwicklungshilfe, die dritte Säule der von der internationalen Gemeinschaft gewährten Unterstützung, geht seit mehreren Jahrzehnten stetig zurück. Es gibt einige Anzeichen dafür, dass sich dieser Rückgang nunmehr abzuflachen beginnt. Trotz der höheren Beiträge, die fünf Länder in jüngster Zeit geleistet haben, ist im Großen und Ganzen jedoch noch keine Aufwärtsentwicklung zu erkennen (siehe Abb. 5). Es stimmt zwar, dass die privaten Investitionsströme beträchtlich zugenommen haben, doch sind viele arme Länder noch nicht voll in der Lage, solche Investitionen anzuziehen.

186. Damit die Art der Prioritäten realisiert werden kann, die ich beschrieben habe, nämlich die Förderung des Wachstums und die Gewährung von Hilfe an die Armen, sollten zusätzliche Finanzmittelströme eingesetzt werden. Diese Mittel sollten außerdem inländische und ausländische Investitionschancen fördern. So könnten sie beispielsweise zur

Deckung eines Teils der Risikoprämie für privatrechtliche Investitionen in armen Ländern verwendet werden. Der Privatsektor kann auch dadurch behilflich sein, dass er Vorinvestitionshilfe gewährt, wie beispielsweise im Rahmen der Partnerschaft zwischen der Handels- und Entwicklungskonferenz der Vereinten Nationen (UNCTAD) und der Internationalen Handelskammer zur Erstellung von Investitionsleitfäden für die am wenigsten entwickelten Länder (siehe Kasten 5).

187. Wenn Auslandshilfeprogramme optimale Ergebnisse erbringen sollen, dann muss dafür gesorgt werden, dass in den Ländern, denen sie zugute kommen sollen, ein erheblich geringerer Verwaltungsaufwand anfällt, und dass diese Länder voll in ihre Konzipierung einbezogen werden. Der Entwicklungshilfe-Programmrahmen der Vereinten Nationen stellt einen sinnvollen und allem Anschein nach erfolgreichen Schritt in diese Richtung dar (siehe Kasten 6). Das Gleiche gilt für die Neuerungen, die andere Organisationen, namentlich die Weltbank, in letzter Zeit eingeführt haben. Bilaterale Programme indessen müssen noch wesentlich besser koordiniert werden.

188. Als Ergebnis der Globalisierung wird das Engagement der Weltgemeinschaft für die Armen nicht mehr nur allein als ein ethisches Gebot gesehen, sondern mehr und mehr auch als eine Aufgabe, die in ihrem gemeinsamen Interesse liegt. Jedes Land trägt nach wie vor die Hauptverantwortung für seine Programme zur Förderung des Wirtschaftswachstums und zur Verminderung der Armut. Die Befreiung der Welt von der Geißel extremer Armut ist jedoch eine Herausforderung, die jeden von uns angeht und bei der wir nicht versagen dürfen.

Kasten 5**Schaffung von Investitionsanreizen in den ärmsten Ländern: eine Initiative der Vereinten Nationen und des Privatsektors**

Ausländische Direktinvestitionen tragen in hohem Maße zum Wirtschaftswachstum in den Entwicklungsländern bei. Ein Großteil dieser Investitionen fließt in die Industrieländer, doch der Anteil der Entwicklungsländer, derzeit etwa ein Viertel der Gesamtsumme, ist im Steigen begriffen. Während der vergangenen zehn Jahre haben diese privaten Kapitalströme für viele Entwicklungsländer die öffentliche Entwicklungshilfe als Quelle der Entwicklungsfinanzierung in ihrer Bedeutung bei weitem übertroffen.

Die Ströme der ausländischen Direktinvestitionen fließen jedoch nicht ausgewogen in alle Entwicklungsländer. Auf die asiatischen Länder entfällt beinahe die zwanzigfache Menge an Auslandsinvestitionen wie auf Afrika südlich der Sahara, wo der Bedarf am größten ist.

Warum erhalten die ärmsten und bedürftigsten Länder den geringsten Anteil an privatem Investitionskapital? Die Gründe dafür sind komplex. Schlecht funktionierende Kapital- und Arbeitsmärkte, eine schwache Regierungs- und Verwaltungsführung und hohe Transportkosten sind Teil des Problems. Doch selbst wenn Entwicklungsländer die für die Bewältigung dieser Probleme erforderlichen Reformen in Angriff nehmen, erhalten sie oftmals nicht die so dringend benötigten ausländischen Direktinvestitionen.

Häufig liegt das Hauptproblem darin, potenzielle Investoren wissen zu lassen, dass die notwendigen Reformen durchgeführt worden sind und dass reelle Investitionschancen bestehen. Dies ist demzufolge auch eines der wichtigsten Ziele der gemeinsamen Initiative der Handels- und Entwicklungskonferenz der Vereinten Nationen (UNCTAD) und der Internationalen Handelskammer (ICC).

Im Zuge dieser Initiative sollen eine Reihe von Investitionsleitfäden veröffentlicht werden, in denen die Chancen und die Rahmenbedingungen für Investitionen in den am wenigsten entwickelten Ländern beschrieben werden und die der Förderung des Dialogs zwischen den Regierungen und den potenziellen Investoren dienen. Ein zentrales Ziel besteht darin, die ärmsten Länder besser zur Schaffung von Investitionsanreizen zu befähigen.

Achtundzwanzig in vielen Teilen der Welt wohlbekannte Unternehmen unterstützen die Partnerschaft und tragen zu dem von der UNCTAD und der Internationalen Handelskammer gemeinsam getragenen Projekt ebenso bei wie China, Finnland, Frankreich, Indien und Norwegen.

Das von der UNCTAD und der Internationalen Handelskammer gemeinsam getragene Projekt ist eines von vielen Kooperationsprojekten zwischen dem öffentlichen und dem privaten Sektor, die von den Vereinten Nationen derzeit durchgeführt werden. Angesichts des Rückgangs der Entwicklungshilfe in den neunziger Jahren gewinnt diese Form der Zusammenarbeit als Mittel, den ärmsten Ländern bei ihrem Entwicklungsprozess zu helfen, zunehmend an Bedeutung.

Kasten 6

Entwicklungszusammenarbeit: Entwicklungshilfe-Programmrahmen der Vereinten Nationen

Die Entwicklungszusammenarbeit hat sich in den letzten zehn Jahren drastisch verändert. Viel stärkeres Gewicht wird heute auf die Menschenrechte, auf die menschliche Entwicklung und auf Umweltbelange gelegt. Die Hilfsnachfrage hat zugenommen; die Ressourcen zur Befriedigung dieser Nachfrage sind jedoch zurückgegangen.

Von den Vereinten Nationen wird in zunehmendem Maße verlangt, dass sie mit weniger mehr bewirken. Dies wiederum macht eine verstärkte Zusammenarbeit zwischen unseren Organisationen sowie mehr Partnerschaften mit den Akteuren der Zivilgesellschaft und des Privatsektors erforderlich. Mit einer zunehmenden Zahl im Feld tätiger Entwicklungsorganisationen und nichtstaatlicher Organisationen ist auch die Notwendigkeit einer besseren Koordinierung gestiegen.

Um bei der Tätigkeit der Vereinten Nationen auf Landesebene eine stärkere Zusammenarbeit, Kohärenz und Wirkung zu erzielen, wurde 1997 als Teil des Reformpakets des Generalsekretärs der Entwicklungshilfe-Programmrahmen der Vereinten Nationen (UNDAF) eingerichtet. Der UNDAF ist ein gemeinsamer Programmrahmen, der von einer gemeinsamen Zielvorstellung ausgeht und auf einer gemeinsamen Landesbewertung aufbaut.

Sein Ziel ist es, im Hinblick auf die Unterstützung der von den jeweiligen Ländern gesetzten Prioritäten die Koordinierung zwischen den Organisationen der Vereinten Nationen, den Regierungen und den sonstigen Partnern zu verbessern und Doppelarbeit zu vermeiden. Der Programmrahmen wird unter Führung des jeweiligen Residierenden Koordinators der Vereinten Nationen in derzeit 74 Ländern rund um die Welt angewendet. Er ist Teil eines breiteren Trends im System der Vereinten Nationen, auf umfassendere Weise an Fragen wie etwa die Entwicklung heranzugehen.

Mit dem UNDAF findet darüber hinaus auch eine Verlagerung der Entwicklungsplanung und -durchführung vom Amtssitz in die einzelnen Länder statt. So erleichterte der UNDAF beispielsweise in Indien die Zusammenarbeit zwischen den Vereinten Nationen und der Regierung bei der Auseinandersetzung mit der doppelten Herausforderung der Gleichberechtigung der Geschlechter und der Dezentralisierung. In Rumänien war der Programmrahmen bei der Ausarbeitung der ersten nationalen Armutsstrategie behilflich, die es der Regierung wiederum ermöglichte, bei anderen Gebern zusätzliche Ressourcen zu mobilisieren.

Obschon der Programmrahmen erst kurze Zeit besteht, läßt sich an dem mit seiner Hilfe Geleisteten doch klar erkennen, dass Organisationen, die zusammenarbeiten, weit mehr erreichen können, als wenn sie alleine tätig wären.

IV. Freiheit von Furcht

189. Seit 55 Jahren hat es zwischen den Großmächten keinen Krieg mehr gegeben. Es ist dies der längste derartige Zeitraum in der gesamten Geschichte des modernen Staatensystems. In dem Gebiet Europas, das heute die Europäische Union bildet – ein Gebiet, von dem die Mehrzahl der Kriege in der Neuzeit ihren Ausgang nahm – hat sich eine Sicherheitsgemeinschaft herausgebildet: ein Staatenbündnis, das sich durch die zuverlässige Erwartung auszeichnet, dass Streitigkeiten mit friedlichen Mitteln beigelegt werden.

190. Hinter uns liegen außerdem fast fünf Jahrzehnte des Kalten Krieges, in seiner Fortdauer geprägt durch ein Gleichgewicht des nuklearen Terrors, das uns alle in Sekundenschnelle hätte auslöschen können. Einige Beobachter haben das Ende des Kalten Krieges bedauert und behauptet, dass die Bipolarität stabil und berechenbar war und mit dazu beigetragen hat, den Frieden zu erhalten. Dies trifft jedoch keineswegs auf die Entwicklungsländer zu. Dort war der Kalte Krieg eine Zeit häufiger bewaffneter Konflikte, die von beiden Seiten der bipolaren Welt angefacht wurden. Mit dem Ende des Kalten Krieges versiegte diese Quelle der politischen und materiellen Unterstützung von außen.

191. Dank ihrer Befreiung von den Fesseln des Kalten Krieges konnten die Vereinten Nationen eine maßgeblichere Rolle übernehmen. In den neunziger Jahren nahm sowohl unsere Tätigkeit auf dem Gebiet der Friedenssicherung als auch auf dem Gebiet der Friedensschaffung sprunghaft zu: in diesem Jahrzehnt wurden dreimal so viele Friedensabkommen ausgehandelt und unterzeichnet als in den drei vorangegangenen Jahrzehnten zusammen.

192. Seit einiger Zeit kommt es immer seltener zu Kriegen zwischen Staaten. (Siehe Abb. 6 betreffend den entsprechenden Rückgang der Zahl der Flüchtlinge). Durch die wirtschaftliche Globalisierung fallen die Vorteile eines Gebietsenerwerbs weitgehend weg, während die Kosten der modernen Kriegführung in Anbetracht der entfalteten Zerstörungswirkung gestiegen sind. Ebenso bedeutsam ist die Tatsache, dass sich die Zahl der Demokratien seit 1990 fast verdoppelt hat, da etablierte demokratische Staaten einander aus verschiedenen Gründen nur selten mit militärischen Mitteln bekämpfen (siehe Abb. 7).

193. Die seit den neunziger Jahren geführten Kriege waren hauptsächlich interne Kriege. Sie waren brutal und haben mehr als 5 Millionen Menschenleben gefordert. Dabei wurden nicht so sehr Grenzen verletzt, als dass vielmehr Menschen Leid zugefügt wurde. Humanitäre Übereinkünfte wurden regelmäßig missachtet, Zivilpersonen und Mitarbeiter humanitärer Organisationen wurden zu strategischen Zielen gemacht, und Kinder wurden zum Töten gezwungen. In diesen vielfach durch politische Ambitionen und Habgier angeheizten Kriegen werden ethnische und religiöse Unterschiede

ausgenutzt. Oftmals werden sie durch ausländische wirtschaftliche Interessen am Leben erhalten und von einem überaktiven, großenteils illegalen weltweiten Waffenmarkt mit Material versorgt.

194. Im Gefolge dieser Konflikte bildet sich ein neues Verständnis des Konzepts der Sicherheit heraus. War Sicherheit früher gleichbedeutend mit der Verteidigung des Hoheitsgebiets gegen Angriffe von außen, so gehört dazu heute auch der Schutz der Gemeinwesen und der einzelnen Menschen vor interner Gewalt.

195. Wie sehr es eines Sicherheitskonzepts bedarf, das den Menschen stärker in den Mittelpunkt stellt, wird unterstrichen durch die Gefahr, die der Menschheit nach wie vor durch Massenvernichtungswaffen, allen voran Kernwaffen, droht: schon ihr Name deutet auf ihre Reichweite und auf ihr beabsichtigtes Ziel hin, wenn es je zu ihrem Einsatz käme.

196. Wenn wir den Blick in die Zukunft richten, sehen wir die Gefahr auf uns zukommen, dass die Erschöpfung von Ressourcen, insbesondere die Wasserknappheit, sowie schwere Formen der Umweltschädigung auf nicht vorhersehbare, aber potenziell gefährliche Weise verschärfte soziale und politische Spannungen hervorrufen werden.

197. Kurz gesagt, zwingen uns diese neuen Sicherheitsherausforderungen, kreativ zu denken und die von uns traditionell verfolgten Ansätze so anzupassen, dass sie den Bedürfnissen unserer neuen Ära besser entsprechen. Eine alte Regel gilt heute mehr denn je: es muss bei der Verhütung angesetzt werden.

A. Tödliche Konflikte verhüten

198. Es besteht zwar nahezu universelles Einvernehmen darüber, dass vorbeugen besser ist als heilen und dass Präventionsstrategien an den tieferen Ursachen von Konflikten ansetzen müssen und nicht lediglich an ihren gewaltsamen Symptomen. Die Maßnahmen, die tatsächlich ergriffen werden, decken sich jedoch nicht immer mit diesem Konsens. Die Politiker finden es schwierig, ihren Bürgern zu Hause eine Präventionspolitik im Ausland zu verkaufen, da die Kosten augenfällig sind und sofort anfallen, wohingegen sich der Nutzen – ein nicht erstrebenswertes oder tragisches künftiges Ereignis, das nicht eintritt – schwerer vermitteln lässt und von der Öffentlichkeit schwerer zu begreifen ist. Prävention ist somit in allererster Linie eine Frage der politischen Führungsstärke.

199. Wenn wir tödliche Konflikte mit Erfolg verhüten wollen, müssen wir eine genaue Vorstellung von ihren Ursachen haben. Nicht alle Kriege sind einander gleich; keine einzige



Abbildung 6
Weltweite Gesamtzahl
der Flüchtlinge,
1965-1998

(in Millionen)

Quelle: Amt des Hohen Flüchtlingskommissars der Vereinten Nationen, 2000.

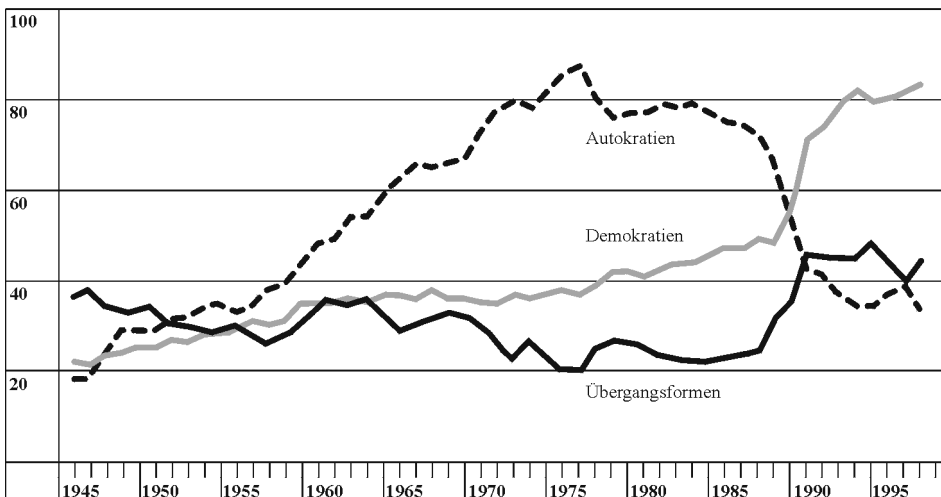


Abbildung 7
Demokratische,
autokratische und im
Übergang befindliche
Staatswesen
1946-1998

Quelle: Marshall; abgeleitet aus dem Polity-III-Datensatz des Zentrums für Internationale Entwicklung und Konfliktbewältigung, Universität Maryland, 1999.

Strategie ist daher immer und überall wirksam. Worin unterscheiden sich die Kriege, unter denen die Menschen seit Beginn der neunziger Jahre gelitten haben?

200. Etliche große Konflikte im vergangenen Jahrzehnt waren Kriege um die politische Nachfolge in der postkommunistischen Zeit, in denen rücksichtslose Politiker die primitivsten Formen ethnischen Nationalismus und religiösen Unterschiedsdenkens ausschlachteteten, um an der Macht zu bleiben oder an die Macht zu kommen. Einige dieser Konflikte spielen bereits heute nur noch in Geschichtsbüchern eine Rolle – wie auch die betreffenden Politiker – und der Rest wird hoffentlich auch bald dorthin verwiesen werden. Bei der Mehrzahl der Kriege der heutigen Zeit handelt es sich stattdessen um Kriege zwischen den Armen. Wie kommt das?

201. Arme Länder verfügen über weniger wirtschaftliche und politische Ressourcen zur Konfliktbewältigung. Sie sind beispielsweise nicht in der Lage, umfassende Ausgleichszahlungen an Minderheitengruppen oder Regionen vorzunehmen, und mögen befürchten, dass ihr Staatsapparat eine Machtdezentralisierung nicht verkraften kann, beides Instrumente, die in den reicheren Ländern routinemäßig zum Einsatz gelangen.

202. Das bedeutet aber, dass jede Maßnahme, die ich im vorangehenden Abschnitt beschrieben habe – jeder Schritt in Richtung auf die Armutverminderung und die Herbeiführung eines breit angelegten Wirtschaftswachstums – ein Schritt auf dem Weg zur Konfliktverhütung ist. Alle, die sich mit Konfliktverhütung und Entwicklung befassen – die Vereinten Nationen, die Bretton-Woods-Institutionen, die Regierungen und die Organisationen der Zivilgesellschaft – sind daher gehalten, sich auf integriertere Weise mit diesen Herausforderungen auseinanderzusetzen.

203. Wir können mehr tun. In vielen armen Ländern, in denen Krieg herrscht, geht die Armut Hand in Hand mit krasser ethnischer oder religiöser Ausgrenzung. Fast immer werden die Rechte untergeordneter Gruppen nicht genügend geachtet, gewähren die staatlichen Institutionen nicht allen Bürgern angemessene Teilhabe und wird bei der Verteilung der Ressourcen der Gesellschaft die dominierende Partei gegenüber den anderen bevorteilt.

204. Es gibt eine augenfällige Lösung, selbst wenn sie sich in der Praxis schwer verwirklichen lässt: nämlich die Förderung der Menschenrechte, der Schutz der Minderheitenrechte und die Schaffung politischer Einrichtungen, in denen alle Gruppen repräsentiert sind. Seit langem offene Wunden werden nicht über Nacht verheilen. Es kann sich aber auch kein Vertrauen bilden und kein Dialog entwickeln, solange neue Wunden zugefügt werden. Es gibt kein Schnellheilmittel und keinen kürzeren Weg. Jede Gruppe muss das Gefühl haben, dass der Staat allen Bürgern gehört.

205. In einigen bewaffneten Konflikten der heutigen Zeit ist Habgier und nicht das Gefühl der Entrechtung die treibende

Kraft. Krieg ist zwar für die Gesellschaft insgesamt kostspielig, aber einige können dennoch davon profitieren. In solchen Fällen geht es häufig um die Kontrolle über natürliche Ressourcen, sind oft Drogen mit im Spiel, werden die Konflikte von opportunistischen Nachbarn angeheizt und machen sich Akteure des privaten Sektors zu Komplizen, indem sie die unrechtmäßig erworbene Kriegsbeute aufkaufen, bei der Geldwäsche behilflich sind und für einen stetigen Zustrom von Waffen in die Konfliktzone sorgen.

206. In diesem Kontext ist Transparenz die beste Präventionsstrategie: "Namen nennen und anprangern". Den Akteuren der Zivilgesellschaft fällt dabei eine außerordentlich wichtige Rolle zu, und die Regierungen und der Sicherheitsrat müssen ihre Verantwortung wahrnehmen. Desgleichen ist größeres soziales Verantwortungsbewusstsein seitens der Weltfirmen, einschließlich der Banken, unverzichtbar.

207. Zuletzt werden Präventionsstrategien nur dann von Erfolg gekrönt sein, wenn wir dafür sorgen, dass die alten Konflikte nicht wieder aufbrechen und dass die für die Friedenskonsolidierung in der Konfliktfolgezeit erforderliche Unterstützung bereitgestellt wird. Bedauerlicherweise genießen wir bei den meisten unserer Missionen nicht das volle Maß an Unterstützung.

208. Wenn Verhütung auch das Kernelement unserer Bemühungen zur Förderung der menschlichen Sicherheit ist, so müssen wir doch einräumen, dass selbst die besten Verhütungs- und Abschreckungsstrategien fehlschlagen können. Unter Umständen bedarf es daher anderer Maßnahmen. Eine solche Maßnahme ist ein stärkeres Engagement zum Schutz der Schwachen.

B. Die Schwachen schützen

209. Trotz zahlreicher internationaler Übereinkünfte zum Schutz der Schwachen kommt es bei bewaffneten Konflikten auch weiterhin zu Brutalität gegenüber Zivilpersonen, insbesondere Frauen und Kindern. Frauen sind heute besonders durch Gewalt und sexuelle Ausbeutung gefährdet, während Kinder leicht für Zwangsarbeit herangezogen oder oftmals benötigt werden, als Kämpfer zur Waffe zu greifen. Zivilbevölkerung und zivile Infrastruktureinrichtungen dienen zur Tarnung der Operationen von Rebellenbewegungen und werden das Ziel von Vergeltungsaktionen und Opfer der chaotischen Brutalität, die nur allzu oft auf den Zusammenbruch der Staatsgewalt folgt. In den allerextremsten Fällen werden Unschuldige zur Hauptzielscheibe der Urheber von ethnischer Säuberung und Völkermord.

210. Internationale Übereinkünfte haben traditionell den Schutz von Zivilpersonen als Aufgabe der Staaten angesehen, doch ist von dieser Annahme heute aus mehrfachen Gründen nicht mehr leichthin auszugehen. Erstens sind mitunter die Staaten die Haupturheber der Gewalthandlungen gegen die Bürger, zu deren Schutz sie nach dem humanitären

Kasten 7

"Child Connect": verloren gegangene Kinder mit Hilfe der Informationsrevolution finden

In Kriegen und bei Naturkatastrophen werden oft Kinder von ihren Eltern getrennt. Sie wieder zu vereinen, kann die Hilfsorganisationen vor eine enorme Herausforderung stellen. Um dieses Problem zu lösen, wurde das Projekt "Child Connect" des International Rescue Committee geschaffen. Es gewährt allen Organisationen im Feld, die bemüht sind, verloren gegangene Kinder wieder mit ihren Eltern zu vereinen, Zugriff auf eine gemeinsame Datenbank. Die Organisationen können Daten und Fotografien von unbegleiteten Kinder sowie Suchaufträge von Eltern einreichen. Suchverfahren, die einst Monate dauerten, können jetzt in Minutenschnelle abgewickelt werden und Kindern und Eltern viel Kummer ersparen.

Damit das Potenzial des Projekts verwirklicht werden kann, müssen alle Suchorganisationen in einer Region in der Lage sein, die Daten über verloren gegangene und aufgefundene Kinder regelmäßig einzureichen und zu überprüfen. Am leichtesten geht dies natürlich über das Internet, aber bewaffnete Konflikte ereignen sich selten an Orten mit robusten Internet- oder Kommunikationsinfrastrukturen.

Im Kosovo hat das International Rescue Committee in Pristina ein über Satelliten oder Funk erreichbares gemeinsames Netz für den Internetzugang eingerichtet (www.ipko.org). Jede Organisation der Vereinten Nationen, die Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa, mehrere einzelstaatliche Vertretungen und die meisten nichtstaatlichen Organisationen sind 24 Stunden täglich über dieses Netz an das Internet angeschlossen.

Da die Grenzkosten dieser Technologie so niedrig sind, ist das Projekt auch in der Lage, der Universität, dem Krankenhaus, den Bibliotheken, den Schulen, den örtlichen Medien und den örtlichen nichtstaatlichen Organisationen kostenlosen Internetzugang zu verschaffen. So verschaffen sich die internationalen Organisationen nicht nur stabile Kommunikationsverbindungen und sparen Geld, sondern sie tragen auch zur Unterstützung der kosovarischen Zivilgesellschaft und zum Aufbau einer langfristigen Internet-Infrastruktur im Kosovo bei. Das Projekt ist inzwischen einer unabhängigen örtlichen nichtstaatlichen Organisation übergeben worden, die sich bereits vollkommen selbst trägt.

Dieses Projekt hat Modellcharakter für künftige humanitäre Notsituationen. Durch den Aufbau einer gemeinsam genutzten Internet-Infrastruktur werden die internationalen Organisationen in den Genuss zuverlässigerer und weitaus kostengünstigerer Kommunikationsverbindungen gelangen und dank des gemeinsamen Zugangs zu Datenbanken und anderen internetgestützten Anwendungen in der Lage sein, ihre Wirksamkeit zu erhöhen.

Nach Beendigung der Krise kann diese Infrastruktur zurückbleiben und mit Hilfe geschulter Ortskräfte weiter aufrechterhalten werden.

Recht verpflichtet sind. Zweitens sind nichtstaatliche Kombattanten, insbesondere in zusammengebrochenen Staaten, oftmals mit dem humanitären Recht entweder überhaupt nicht vertraut, oder sie setzen sich einfach darüber hinweg. Zum Dritten gehen internationale Übereinkünfte nicht in ausreichendem Maße auf die besonderen Bedürfnisse schwächerer Gesellschaftsgruppen, wie Binnenvertriebene oder Frauen und Kinder, in komplexen Notsituationen ein.

211. Um diesen Schutz zu verstärken, müssen wir dem humanitären Völkerrecht und den Menschenrechten wieder zu ihrer zentralen Bedeutung verhelfen. Wir müssen danach streben, der Kultur der Straflosigkeit ein Ende zu setzen, weswegen die Schaffung des Internationalen Strafgerichtshofs so wichtig ist. Darüber hinaus müssen wir neue Strategien finden, um den sich wandelnden Bedürfnissen Rechnung zu tragen.

212. Zu den neuen Ansätzen auf diesem Gebiet könnte die Einrichtung eines Mechanismus gehören, der überwacht, inwieweit alle Beteiligten die bestehenden Bestimmungen des humanitären Völkerrechts einhalten. Wirksame Rechtsnormen sind notwendig, um für den Schutz humanitärer Helfer Sorge zu tragen. Ferner ist der Abschluss eines internationalen Übereinkommens zu erwägen, das die Tätigkeit privater oder unternehmenseigener Sicherheitsanbieter regelt, die wir in immer größerer Zahl an Binnenkonflikten beteiligt sehen.

213. Darüber hinaus kann ein verstärkter Einsatz der Informationstechnologie helfen, das Leid und die Belastungen zu mindern, die von komplexen Notsituationen für die Betroffenen ausgehen. Ein Beispiel dafür ist das Programm "Child Connect", das dabei hilft, Kinder, die durch Kriege oder Naturkatastrophen von ihren Eltern getrennt wurden, wieder mit diesen zusammenzuführen (siehe Kasten 7).

214. Eines jedoch ist sicher: Wenn wir nicht die Schwachen schützen, werden unsere Friedensinitiativen nicht von Bestand sein und keine echten Lösungen anbieten.

C. Sich mit dem Interventionsdilemma auseinander setzen

215. In meiner Rede vor der Generalversammlung im vergangenen September forderte ich die Mitgliedstaaten auf, gemeinsam wirksamere Maßnahmen zu ergreifen, um organisiertem Massenmord und ungeheuerlichen Menschenrechtsverletzungen Einhalt zu gebieten. Obwohl ich betonte, dass der Begriff der Intervention ein breites Spektrum von Antwortmaßnahmen beinhaltet, von der Diplomatie bis hin zum Einsatz von Waffengewalt, war es doch die letztere Möglichkeit, die in der anschließenden Debatte die hitzigste Kontroverse hervorrief.

216. Einigen Kritikern bereitete es Sorge, dass das Konzept der "humanitären Intervention" zu einem Deckmantel für die

willkürliche Einmischung in die internen Angelegenheiten souveräner Staaten werden könnte. Andere waren der Auffassung, dass Sezessionsbewegungen dadurch ermutigt werden könnten, Regierungen vorsätzlich zu schwerwiegenden Menschenrechtsverletzungen zu provozieren, um so Interventionen von außen auszulösen, die ihren Zielen dienlich wären. Wieder andere merkten an, dass das Instrument der Intervention wegen der ihm eigenen Schwierigkeiten und Kosten sowie infolge subjektiver nationaler Interessen in der Praxis keineswegs einheitlich gehandhabt wird und dass sich darüber eigentlich nur sagen lässt, dass schwache Staaten mit weitaus größerer Wahrscheinlichkeit Ziel von Interventionsmaßnahmen sind als starke.

217. Ich erkenne durchaus an, wie stark und wichtig diese Argumente sind. Ich akzeptiere auch, dass die Grundsätze der Souveränität und der Nichteinmischung kleinen und schwachen Staaten einen unverzichtbaren Schutz bieten. Den Kritikern möchte ich jedoch folgende Frage entgegenhalten: Wenn eine humanitäre Intervention tatsächlich einen unannehmbaren Angriff auf die Souveränität darstellt, wie *sollen* wir dann auf ein Ruanda, ein Srebrenica oder auf alle schwerwiegenden und systematischen Menschenrechtsverletzungen reagieren, die gegen jedes Gesetz verstoßen, das uns unser gemeinsames Menschsein vorschreibt?

218. Wir stehen vor einem echten Dilemma. Kaum jemand würde bestreiten, dass sowohl die Verteidigung der Menschlichkeit als auch die Verteidigung der Souveränität unterstützenswerte Grundsätze sind. Nur gibt uns das keinen Aufschluss darüber, welcher der beiden den Vorrang erhalten soll, wenn sie im Widerspruch zueinander stehen.

219. Humanitäre Interventionen sind ein heikles Thema, bei dem es viele politische Klippen zu umschiffen heißt und Antworten nicht leicht zu finden sind. Doch kann ganz sicher kein Rechtsgrundsatz – nicht einmal die Souveränität – je als Schutzschild für Verbrechen gegen die Menschlichkeit gelten. Wann immer solche Verbrechen begangen werden und alle friedlichen Versuche, ihnen Einhalt zu gebieten, ausgeschöpft sind, hat der Sicherheitsrat die moralische Pflicht, im Namen der internationalen Gemeinschaft zu handeln. Wenn wir auch nicht alle Menschen überall schützen können, so ist das doch kein Grund, dort, wo wir dies vermögen, tatenlos zu bleiben. Eine bewaffnete Intervention muss stets der letzte Ausweg bleiben, doch wenn es um Massenmord geht, können wir auf diese Option nicht verzichten.

D. Die Friedenseinsätze stärken

220. Nach dem Ende der durch den Kalten Krieg bedingten Konfrontation und der resultierenden Lähmung des Sicherheitsrats wurden die neunziger Jahre zu einer Zeit großen Aktivismus für die Vereinten Nationen. Während dieser zehn Jahre liefen mehr Friedenseinsätze an, als während der vorangegangenen 40 Jahre zusammen; ferner entwickelten wir

neue Konzepte für die Friedenskonsolidierung in der Konfliktfolgezeit und legten einen neuen Schwerpunkt auf die Konfliktverhütung.

221. Während sich die traditionelle Friedenssicherung hauptsächlich auf die Überwachung von Waffenruhen konzentriert hat, sehen die komplexen Friedenseinsätze heute ganz anders aus. Ihr Ziel besteht im Wesentlichen darin, den Konfliktparteien zu helfen, ihre Interessen auf politischem Weg zu verfolgen. Zu diesem Zweck sind die Vereinten Nationen dabei behilflich, politische Institutionen zu schaffen und zu stärken und sie auf eine breitere Basis zu stellen. Wir arbeiten mit den Regierungen, den nichtstaatlichen Organisationen und örtlichen Bürgergruppen zusammen, um Nothilfe zu gewähren, ehemalige Kämpfer zu demobilisieren und wieder in die Gesellschaft einzugliedern, Minen zu räumen, Wahlen zu organisieren und abzuhalten und nachhaltige Entwicklungspraktiken zu fördern.

222. Internationale Hilfe beim wirtschaftlichen Wiederaufbau ergänzt diese Arbeit in wesentlicher Hinsicht. Den Menschen vergeht rasch die Begeisterung über neu eingerichtete Institutionen, ja selbst über den Friedensprozess, wenn sie keinerlei Aussichten auf eine materielle Verbesserung ihrer Lebensbedingungen sehen. Die Friedenskonsolidierung in der Konfliktfolgezeit hat dazu beigetragen, den Zusammenbruch zahlreicher Friedensabkommen zu verhüten und die Grundlagen für einen dauerhaften Frieden aufzubauen.

223. Wir können signifikante Erfolge mit einigen unserer Friedenseinsätze im vergangenen Jahrzehnt für uns geltend machen, angefangen mit Namibia Ende der achtziger Jahre, über Mosambik, El Salvador, die Zentralafrikanische Republik, Ostslawonien und die ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien bis hin zu Kambodscha, wo zumindest ein Teilerfolg erzielt wurde. Doch mussten wir auch tragische Fehlschläge hinnehmen, keiner davon tragischer als Ruanda sowie der Fall von Srebrenica und anderen Sicherheitszonen in Bosnien. Die vielen Gründe für diese Fehlschläge, einschließlich derer, die dem Sekretariat der Vereinten Nationen zuzuschreiben sind, werden offen und in beträchtlichem Detail in den beiden Berichten erörtert, die ich Ende letzten Jahres herausgegeben habe.

224. Die strukturellen Schwächen der Friedenseinsätze der Vereinten Nationen können jedoch allein von den Mitgliedstaaten behoben werden. Die Art und Weise, wie wir solche Einsätze einleiten, ist gelegentlich mit einer freiwilligen Feuerwehr verglichen worden, doch zeichnet dies ein allzu großzügiges Bild. Jedes Mal, wenn es brennt, müssen wir nämlich erst Löschfahrzeuge und Mittel für ihren Betrieb auftreiben, bevor wir zur Brandbekämpfung ausrücken können. Das derzeitige System stützt sich nahezu ausschließlich auf letztminütliche Ad-hoc-Vereinbarungen, mit denen Verzögerungen schon vorprogrammiert sind, in Bezug auf die Bereitstellung von Zivilpersonal noch mehr als von Militärpersonal.

225. Obschon Vereinbarungen über militärische Verfügungsbereitschaftsabkommen mit den Mitgliedstaaten vorhanden sind, ist die tatsächliche Verfügbarkeit der dadurch erfassten Kontingente nicht vorhersehbar, und nur ein kleiner Teil davon steht unter hoher Einsatzbereitschaft. Die Mittelknappheit hält uns sogar davon ab, Missionsstäbe rasch zu dislozieren.

226. Auf der zivilen Seite wurde uns im Kosovo und in Osttimor erneut deutlich vor Augen geführt, wie schwierig es ist, qualifiziertes Personal für Missionen anzuwerben. Wo finden wir von heute auf morgen Polizisten, Richter oder Strafvollzugsbeamte – um nur den Bereich der Rechtsdurchsetzung herauszugreifen? Auch hier bedarf es einer systematischeren Vorgehensweise.

227. Um größere Klarheit darüber herzustellen, wo wir eigentlich stehen und wie wir in Bezug auf Friedenseinsätze der Vereinten Nationen auf Fortschritte hoffen können, habe ich eine hochrangige Beratungsgruppe eingerichtet, welche sich unter allen Gesichtspunkten, von der Doktrin zur Logistik, mit der Frage der Friedenseinsätze auseinandersetzen wird. Sie wird Vorschläge für ein politisch akzeptables und operativ sinnvolles weiteres Vorgehen unterbreiten.

228. Ich gehe davon aus, dass der Bericht der Beratungsgruppe so rechtzeitig vorliegen wird, dass die Millenniums-Versammlung die darin enthaltenen Empfehlungen behandeln kann.

E. Sanktionen zielgerichtet einsetzen

229. Während der neunziger Jahre haben die Vereinten Nationen mehr Sanktionsregime eingerichtet als je zuvor. Sanktionen, ein fester Bestandteil der kollektiven Sicherheitsbestimmungen der Charta, geben dem Sicherheitsrat ein wichtiges Instrument zur Durchsetzung seiner Beschlüsse an die Hand, die auf einem Kontinuum von der verbalen Verurteilung bis hin zum Einsatz von Waffengewalt angesiedelt sind. Sanktionen können unter anderem Waffenembargos, die Verhängung von Handels- und Finanzrestriktionen, die Unterbrechung der Luft- und Seeverbindungen sowie die diplomatische Isolierung umfassen.

230. Sanktionen haben sich bislang als unterschiedlich wirkungsvoll dabei erwiesen, die Befolgung der Resolutionen des Sicherheitsrats herbeizuführen. In einigen Fällen wurden bestenfalls nur geringfügige Anstrengungen unternommen, um den Sanktionsvollzug zu überwachen und durchzusetzen. In vielen Fällen hat es die internationale Gemeinschaft verabsäumt, Nachbarländern Hilfe zu gewähren, die dadurch, dass sie den Sanktionsvollzug sicherstellen, den Löwenanteil der Verluste hinnehmen müssen und daraufhin die Sanktionsordnung durchlässig werden ließen.

231. Richten sich massive und umfassende Wirtschaftssanktionen gegen autoritäre Regime, entsteht wieder eine andere

Problematik. In solchen Fällen leidet nämlich gewöhnlich das Volk unter den Sanktionen, und nicht die politischen Eliten, deren Verhalten sie überhaupt ausgelöst hat. Oft ist es konträrerweise sogar so, dass die Machthaber Nutzen aus solchen Sanktionen ziehen, weil sie die Schwarzmarkt-tätigkeit kontrollieren und davon profitieren können und weil sie die Sanktionen als Vorwand benutzen, um im Inland die politischen Oppositionsherde auszuschalten.

232. Da sich Wirtschaftssanktionen als ein so stumpfes und sogar kontraproduktives Werkzeug erwiesen haben, sind einige Regierungen, zahlreiche Organisationen der Zivilgesellschaft und Denkfabriken auf der ganzen Welt der Frage nachgegangen, wie diese Sanktionen gezielter und damit intelligenter eingesetzt werden können. Die Schweiz war federführend bei Bemühungen, gezielte Sanktionsinstrumente im Finanzbereich zu entwickeln und stellte im Zuge dessen auch den Entwurf eines einzelstaatlichen Modellgesetzes zu ihrer Durchführung auf. Deutschland unterstützt Arbeiten mit dem Ziel, Waffenembargos und andere Formen des gezielten Boykotts wirksamer zu gestalten. Das Vereinigte Königreich Großbritannien und Nordirland und Kanada haben ebenfalls zu der Debatte über eine wirksamere Zielausrichtung von Sanktionen beigetragen.

233. Diese Anstrengungen sind nunmehr so weit fortgeschritten, dass sie es verdienen, von den Mitgliedstaaten ernsthaft geprüft zu werden. Ich bitte insbesondere den Sicherheitsrat, sie bei der Konzipierung und der Anwendung von Sanktionsregimen zu berücksichtigen.

F. Eine weitere Rüstungsreduzierung anstreben

234. Auf dem Gebiet der Abrüstung wurden in der Zeit nach dem Kalten Krieg Fortschritte erzielt, doch mussten auch Rückschläge hingenommen werden. Positiv zu vermerken ist das Inkrafttreten des Übereinkommens von Ottawa über das Verbot von Antipersonenminen sowie des Chemiewaffen-Übereinkommens. Der Vertrag über das umfassende Verbot von Nuklearversuchen wurde abgeschlossen, die Sicherheitsmaßnahmen wurden verstärkt, und kernwaffenfreie Zonen erstrecken sich heute über die gesamte südliche Hemisphäre. Die Anzahl der Kernwaffen ist seit 1982 um beinahe die Hälfte gesunken, und die weltweiten Rüstungsausgaben sind zwischen 1990 und 1998 um etwa 30 Prozent zurückgegangen (siehe Abb. 8 und 9).

235. Der Rest des Bildes ist jedoch weitaus weniger ermutigend. Kaum sinnvolle Fortschritte wurden dabei erzielt, die Verbreitung von Kleinwaffen zu begrenzen. Das Regime für die Nichtverbreitung von Kernwaffen hat durch heimliche Kernwaffenprogramme, die Nuklearversuche in Südasien und die mangelnde Bereitschaft ausschlaggebender Staaten, den Vertrag über das umfassende Verbot von Nuklearversuchen zu unterzeichnen, schwere Rückschläge erlitten.

236. Durch Fortschritte in der Biotechnologie steigt die potenzielle Bedrohung, die von biologischen Waffen ausgeht, während die Verhandlungen über ein Verifikationsregime des Übereinkommens über das Verbot biologischer Waffen unnötig in die Länge gezogen werden. Die Abrüstungskonferenz in Genf hat nunmehr seit drei Jahren hintereinander keine Verhandlungen geführt, weil ihre Mitglieder sich nicht auf Abrüstungsprioritäten einigen konnten.

237. Ich kann mich an dieser Stelle nicht mit dem gesamten Spektrum der Rüstungskontrolle auseinandersetzen. Stattdessen will ich auf zwei Waffenkategorien näher eingehen, die besonderen Anlass zu Besorgnis geben: Kleinwaffen und leichte Waffen, da sie zurzeit bei den meisten Kriegen die meisten Todesopfer fordern; und Kernwaffen, da sie auch weiterhin das schreckenerregende Potenzial der Massenvernichtung bergen.

Kleinwaffen

238. Kleinwaffen fordern weitaus mehr Menschenleben als alle anderen Waffensysteme – meist übersteigt die Zahl der Opfer, die sie alljährlich fordern, die der Atombomben von Hiroshima und Nagasaki um ein Vielfaches. Gemessen an dem Blutbad, das sie anrichten, kann man Kleinwaffen gut und gerne als "Massenvernichtungswaffen" bezeichnen. Und doch gibt es für sie, anders als für Chemiewaffen, biologische Waffen und Kernwaffen, noch immer kein weltweites Nichtverbreitungsregime, das ihre Ausbreitung einschränkt.

239. Die Verbreitung von Kleinwaffen ist nicht nur eine Frage der Sicherheit, sondern berührt auch den Bereich der Menschenrechte und der Entwicklung. Sie verlängert und verschärft bewaffnete Konflikte. Sie bringt Friedenssicherungspersonal und humanitäre Helfer in Gefahr. Sie untergräbt die Achtung vor dem humanitären Völkerrecht. Sie bedroht rechtmäßige, doch schwache Regierungen, und sie spielt Terroristen und organisierten Kriminellen gleichermaßen in die Hand.

240. Ein Großteil der durch das Ende des Kalten Krieges freigesetzten Kleinwaffen fand sich in den gefährlichsten Konfliktzonen der Erde wieder, und mit der steigenden Zahl der im Umlauf befindlichen Waffen sank auch ihr Preis, was ihre Beschaffung sogar in den ärmsten Ländern immer erschwinglicher werden ließ. In Teilen Afrikas beispielsweise waren todbringende Sturmgewehre in der Mitte der neunziger Jahre für den Preis eines Huhns oder eines Sacks Mais erhältlich. Dafür zu sorgen, dass diese Waffen weniger Opfer fordern, wird schwierig sein, nicht zuletzt weil sich so außerordentlich viele von ihnen im Umlauf befinden – manchen Schätzungen zufolge bis zu 500 Millionen.

241. Schätzungsweise 50 bis 60 Prozent des Welthandels in Kleinwaffen ist legal – doch finden legal ausgeführte Waffen oftmals ihren Weg auf illegale Märkte. Das unverantwortliche Verhalten einiger Staaten und Kapazitätsengpässe bei anderen Staaten im Verbund mit dem Deckmantel der Heim-

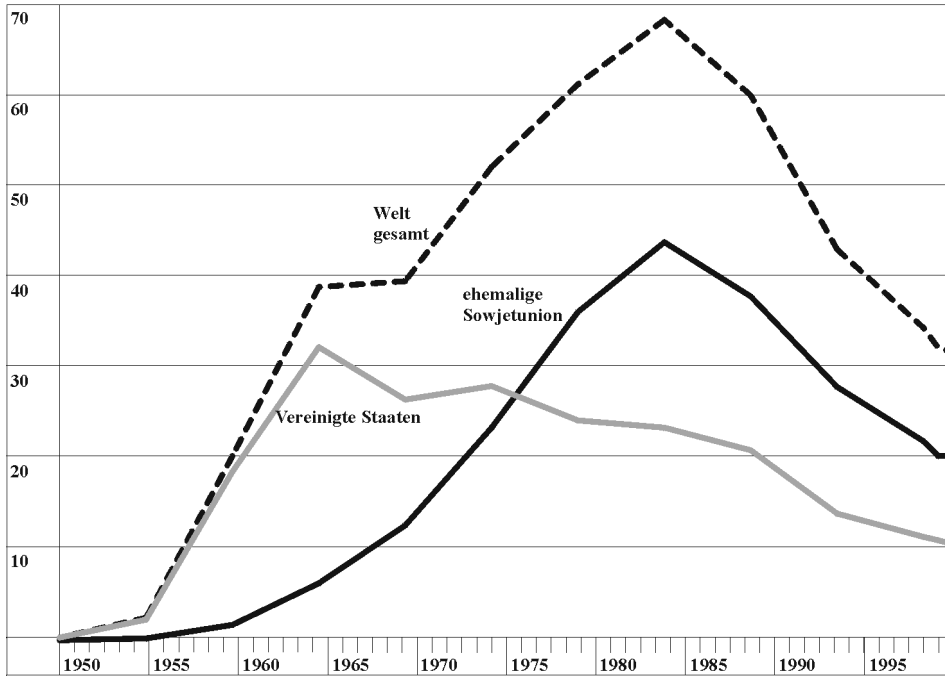


Abbildung 8
Kernwaffenbestände
(geschätzt), 1950-2000

(in Tausend Waffen)

Quelle: Rat zur Verteidigung der natürlichen Ressourcen, 2000.

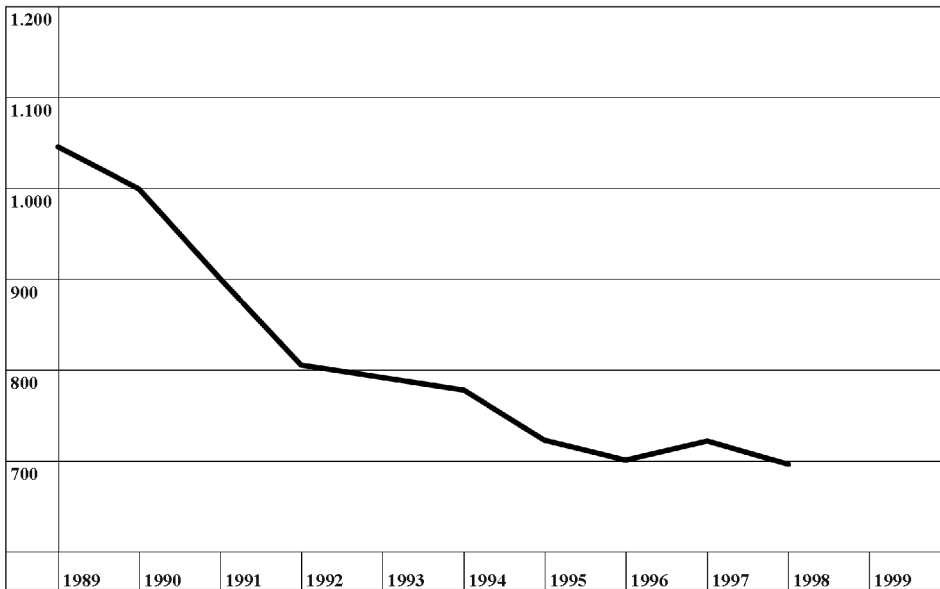


Abbildung 9
Weltweite
Militärausgaben,
1989-1998

(in Milliarden US-Dollar;
in Preisen von 1995)

Anm.: 1991 geschätzt.

Quelle: Stockholmer Internationales
Friedensforschungsinstitut (SIPRI);
SIPRI-Jahrbuch 1999.

lichkeit, der den Waffenhandel zumeist umgibt, macht es schwieriger, die Verbreitung dieser Waffen wirksam zu kontrollieren, als es eigentlich sein müsste. Wenn wir dabei Fortschritte erzielen sollen, dann müssen die Mitgliedstaaten tätig werden, um Waffentransfers größere Transparenz zu verleihen. Außerdem würde ich sie auffordern, regionale Abrüstungsmaßnahmen zu unterstützen, wie das Moratorium für die Einfuhr, die Ausfuhr und die Herstellung leichter Waffen in Westafrika.

242. Doch selbst wenn alle Waffentransfers eingestellt werden könnten, so bliebe dennoch das Problem der vielen Millionen unerlaubter Kleinwaffen bestehen, die in den Kriegsgeländen der Welt bereits im Umlauf sind.

243. Da die meisten konfliktgefährdeten armen Länder nicht über die Kapazität verfügen, unerlaubte Waffen ausfindig zu machen und zu beschlagnahmen, verspricht die Schaffung marktwirtschaftlicher Anreize unter Umständen mehr Erfolg. Ausgesprochene Rückkaufprogramme mögen nicht viel mehr bewirken, als dass aus den Nachbarländern Waffen eingeführt werden; nicht auf Geldbasis aufbauende Programme hingegen sind in Albanien, El Salvador, Mosambik und Panama eigentlich recht erfolgreich gewesen. So erhalten Einzelpersonen im Austausch gegen Waffen etwa Werkzeuge, wie Nähmaschinen, Fahrräder, Hacken oder Baumaterial, und für ganze Gemeinwesen werden neue Schulen gebaut, Gesundheitsdienste eingerichtet oder Straßenreparaturen durchgeführt.

244. Nicht nur die Regierungen können und sollten solche Programme finanzieren helfen, sondern auch der Privatsektor. Dies wäre ein besonders angemessener Beitrag von großen internationalen Unternehmen mit einer Präsenz in konfliktgefährdeten Regionen.

245. Die Bekämpfung der Verbreitung unerlaubter Waffen ist ein notwendiger erster Schritt auf dem Weg zur Nichtverbreitung von Kleinwaffen. Diese Waffen müssen der staatlichen Kontrolle unterstellt werden, und die Staaten müssen über ihren Transfer Rechenschaft ablegen. Die Vereinten Nationen berufen für das Jahr 2001 eine Konferenz über den unerlaubten Handel mit Kleinwaffen und leichten Waffen ein, und ich hoffe, dass die Organisationen der Zivilgesellschaft eingeladen sein werden, sich voll daran zu beteiligen.

246. Ich bitte die Mitgliedstaaten eindringlich darum, diese Konferenz zum Anlass zu nehmen, mit der Ergreifung ernst gemeinter Maßnahmen zur Eindämmung des unerlaubten Handels mit Kleinwaffen zu beginnen.

247. Die in letzter Zeit so häufig gehörte Besorgnis über die Verbreitung von Kleinwaffen ist ein willkommenes Zeichen dafür, dass die Bedeutung des Problems erkannt wird, doch reichen Worte allein nicht aus, um zu verhindern, dass auch weiterhin unschuldige Menschen umgebracht werden. Ein

Dialog ist unerlässlich, doch müssen wir der von uns bekundeten Besorgnis dann auch praktische Taten folgen lassen.

Kernwaffen

248. Wenden wir uns nun den Kernwaffen zu. Mit dem Ende des bipolaren Gleichgewichts atomaren Schreckens schien auch die Besorgnis über Kernwaffen im Bewusstsein der Öffentlichkeit abzuklingen. Doch lagern in den Arsenalen der Kernwaffenstaaten noch immer etwa 35.000 Kernwaffen, von denen Tausende auch weiterhin auf höchster Alarmstufe einsatzbereit gehalten werden. Jegliche Begründung, die es für diese Waffen einmal gegeben haben mag, ist schon lange bedeutungslos geworden. Die politischen, moralischen und rechtlichen Zwänge, die ihrem tatsächlichen Einsatz entgegenstehen, stellen ihren strategischen Nutzen noch weiter in Frage, mindern jedoch keineswegs das Risiko eines ungewollten Krieges oder einer unbeabsichtigten Verbreitung.

249. Es dient auch nicht dem Ziel der Nichtverbreitung von Kernwaffen, wenn die Kernwaffenstaaten weiter darauf beharren, dass diese Waffen in ihren eigenen Händen die Sicherheit erhöhen, in den Händen anderer aber eine Bedrohung des Weltfriedens darstellen.

250. Diese Situation wäre weniger besorgniserregend, wenn wir tatsächlich stetige Abrüstungsfortschritte erzielen würden. Leider ist jedoch das genaue Gegenteil der Fall. Nicht nur sind die strategischen Abrüstungsgespräche zum Stillstand gekommen, sondern es finden auch keinerlei Verhandlungen über die in die Tausende gehenden Bestände an so genannten taktischen Kernwaffen oder über die Waffenbestände einer anderen Nuklearmacht statt als die der Russischen Föderation und der Vereinigten Staaten von Amerika.

251. Darüber hinaus könnten die bisher erzielten Fortschritte beim Abbau der Kernwaffenbestände in Frage gestellt werden, wenn Pläne zur Dislozierung von Flugkörperabwehrsystemen nicht im Einvernehmen mit allen Betroffenen aufgestellt werden. Vertrauensbildende Maßnahmen müssen den Staaten die Gewissheit geben, dass ihre Fähigkeit zur nuklearen Abschreckung nicht unterlaufen wird.

252. Vor allem anderen aber bedarf es einer erneuten Bekräftigung der politischen Verpflichtung auf höchster Ebene zur Minderung der Gefahren, die sich sowohl aus den vorhandenen Kernwaffenbeständen als auch aus einer weiteren Verbreitung dieser Waffen ergeben.

253. Um die Aufmerksamkeit stärker auf die uns gegenüberstehenden Risiken und die sich uns darbietenden Chancen zu ihrer Minderung zu lenken, schlage ich vor, die Veranstaltung einer großen internationalen Konferenz in Erwägung zu ziehen, die dazu beitragen könnte, Wege zur Beseitigung atomarer Gefahren aufzuzeigen.

Kasten 8

Schutz der Ozonschicht: ein umweltpolitischer Erfolg

Zu Beginn der siebziger Jahre hatte sich eine Fülle von Hinweisen darauf angesammelt, dass Fluorchlorkohlenwasserstoffe (FCKWs) die stratosphärische Ozonschicht schädigten und so zuließen, dass mehr ultraviolette B-Strahlen (UV-B-Strahlen) die Erdoberfläche erreichten. Da die Ozonschicht Menschen, Tiere und Pflanzen vor den schädlichen Auswirkungen der UV-B-Strahlung schützt, stellte der stetig wachsende Einsatz von FCKWs und anderen ozonabbauenden Stoffen ein großes potenzielles Gesundheitsrisiko dar. Dennoch sollte es andert-halb Jahrzehnte dauern, bis nach immer intensiveren Anstrengungen ein Überein-kommen zur Lösung des Problems geschlossen wurde.

Das 1987 unterzeichnete Montrealer Protokoll über Stoffe, die zu einem Abbau der Ozonschicht führen, war ein Meilenstein im internationalen Umweltschutz. Es hat sich als bemerkenswert erfolgreich erwiesen. Die Herstellung der schäd-lichsten ozonabbauenden Stoffe wurde, außer für einige wenige kritische Anwen-dungen, in den entwickelten Ländern bis 1996 völlig eingestellt; in den Entwick-lungsländern soll sie bis 2010 auslaufen. Ohne das Protokoll wäre die Menge an ozonabbauenden Stoffen um ein Fünffaches höher gewesen als heute, und auf den mittleren Breitengraden der nördlichen Hemisphäre wäre die UV-B-Strahlung an der Erdoberfläche heute doppelt so hoch. Gegenwärtigen Schätzungen zufolge wird sich die Konzentration von FCKWs in der Ozonschicht bis 2050 voraus-sichtlich auf den Stand von vor 1980 verringern.

Vor dem Protokoll konnte über zwischenstaatliche Verhandlungen allein nicht genügend Unterstützung für die gebotenen weitreichenden Maßnahmen gewon-nen werden. Die intensive Lobbyarbeit der Organisationen der Zivilgesellschaft, die Vorlage überwältigenden wissenschaftlichen Beweismaterials – und die Ent-deckung des riesigen Ozonlochs über der Antarktis – führten jedoch schließlich den für die Unterzeichnung des Übereinkommens notwendigen Konsens herbei.

V. Eine Zukunft für die kommenden Generationen

254. Die Gründer der Vereinten Nationen machten es sich zur Aufgabe, um mit den Worten der Charta zu sprechen, den sozialen Fortschritt und einen besseren Lebensstandard in größerer Freiheit – vor allem in Freiheit von Not und Furcht – zu fördern. Sie konnten jedoch 1945 nicht voraussehen, wie dringend wir uns heute eine dritte Freiheit schaffen müssen: Die Freiheit kommender Generationen, auf diesem Planeten weiter leben zu können. Wir sind im Begriff, ihnen diese Freiheit zu verweigern. Wir plündern sogar noch das Zukunftserbe unserer Kinder, um damit in der Gegenwart unser von der Umwelt auf Dauer nicht verkraftbares Verhalten zu finanzieren.

255. Wir erhalten von der Natur völlig kostenlos grundlegende Dienste, ohne die wir Menschen nicht überleben könnten. Die Ozonschicht absorbiert die für Menschen, Tiere und Pflanzen schädliche ultraviolette Strahlung des Sonnenlichts. Ökosysteme helfen bei der Reinigung der Luft, die wir atmen, und des Wassers, das wir trinken. Sie wandeln Abfälle in Rohstoffe um und reduzieren den Kohlenstoffanteil in der Atmosphäre, der andernfalls zur globalen Erwärmung beitragen würde. Die biologische Vielfalt bietet uns einen reichen Vorrat an medizinischen Wirkstoffen und Nahrungsmitteln und sorgt für den Erhalt der genetischen Vielfalt, die die Anfälligkeit für Schädlinge und Krankheiten mindert. Doch wir beeinträchtigen oder zerstören sogar die Fähigkeit der Umwelt, uns diese lebenserhaltenden Dienste auch in Zukunft zu erbringen.

256. Während der vergangenen hundert Jahre hat die natürliche Umwelt die Belastung verkraften müssen, die mit einer Vervierfachung der Weltbevölkerung und dem Anstieg der Wirtschaftsproduktion um das Achtzehnfache verbunden war. Das prognostizierte Wachstum der Weltbevölkerung von heute 6 Milliarden auf knappe 9 Milliarden bis zum Jahr 2050 birgt offenkundig das Potenzial einer unwiderruflichen Schädigung der Umwelt. Weltweit hängt jeder zweite Arbeitsplatz – in der Landwirtschaft, der Forstwirtschaft und der Fischerei – direkt von der Bestandfähigkeit der Ökosysteme ab. Bei weitem wichtiger ist indessen, dass das Gleiche auch für die Gesundheit des Planeten und für unsere eigene Gesundheit gilt.

257. Bei der Erhaltung der Umwelt ist jeder gefordert. In den reichen Ländern vergiften die Nebenprodukte industrieller und agroindustrieller Produktion den Boden und die Wasserläufe. In den Entwicklungsländern sind eine massive Entwaldung, schädliche Ackerbaumethoden und eine unregulierte Urbanisierung die Hauptursachen der Umweltzerstörung. Der Kohlendioxidausstoß, der weitgehend aus der Verbrennung fossiler Energieträger stammt, wird allgemein für eine der Hauptursachen der globalen Klimaänderung

gehalten. Die Bevölkerung der Industrieländer macht nur ein Fünftel der Weltbevölkerung aus, ist jedoch für fast 60 Prozent des weltweiten Energieverbrauchs verantwortlich. Allerdings ist der Anteil der Entwicklungsländer rapide im Steigen begriffen.

258. Unser Ziel muss es sein, die wirtschaftlichen Bedürfnisse der Gegenwart zu befriedigen, ohne die Fähigkeit der Erde zu beeinträchtigen, diejenigen kommender Generationen zu decken.

259. Wir sind vorangekommen, seit die Vereinten Nationen im Jahr 1972 die erste Weltkonferenz über Umweltfragen überhaupt einberufen haben. Diese Konferenz gab den Anstoß zur Einrichtung von Umweltministerien auf der ganzen Welt, schuf das Umweltprogramm der Vereinten Nationen und führte zu einer drastischen Vermehrung der Organisationen der Zivilgesellschaft, die sich mit Umweltbelangen beschäftigen.

260. Zwanzig Jahre später legte die Konferenz der Vereinten Nationen über Umwelt und Entwicklung den Grundstein für Übereinkünfte über Klimaänderungen, Wälder und die biologische Vielfalt. Darüber hinaus verabschiedete sie einen als Richtschnur dienenden grundsatzpolitischen Rahmen, mit dem ein Beitrag zur Verwirklichung des Ziels der nachhaltigen Entwicklung – in den reichen wie den armen Ländern – geleistet werden sollte.

261. Das bisher wohl erfolgreichste internationale Umweltübereinkommen war das Montrealer Protokoll, in dem die Staaten sich der Notwendigkeit stellten, die Verwendung von Stoffen, die zu einem Abbau der Ozonschicht führen, nach und nach zu beenden (siehe Kasten 8).

262. Nichtsdestoweniger müssen wir einer unausweichlichen Realität ins Auge sehen: Unsere Antwortmaßnahmen reichen einfach bei weitem nicht aus, um den Forderungen der Nachhaltigkeit gerecht zu werden. Von einigen rühmlichen Ausnahmen abgesehen, sind unsere Antwortmaßnahmen zu spärlich, zu dürrig und kommen zu spät.

263. In diesem Berichtsteil soll dem Millenniums-Gipfel diese Situation mit besonderer Dringlichkeit vor Augen geführt werden. Dass während der nahezu 18 Monate, in denen die Generalversammlung darüber beriet, welche Themen in die Tagesordnung des Gipfels aufgenommen werden sollen, Umweltfragen nie ernsthaft in Betracht gezogen wurden, macht deutlich, welche geringe Priorität diesen für die gesamte Menschheit außerordentlich ernststen Herausforderungen eingeräumt wird. Führerschaft auf allerhöchster Ebene ist unverzichtbar, wenn wir unseren Kindern – und deren Kindern – eine bewohnbare Erde hinterlassen wollen.

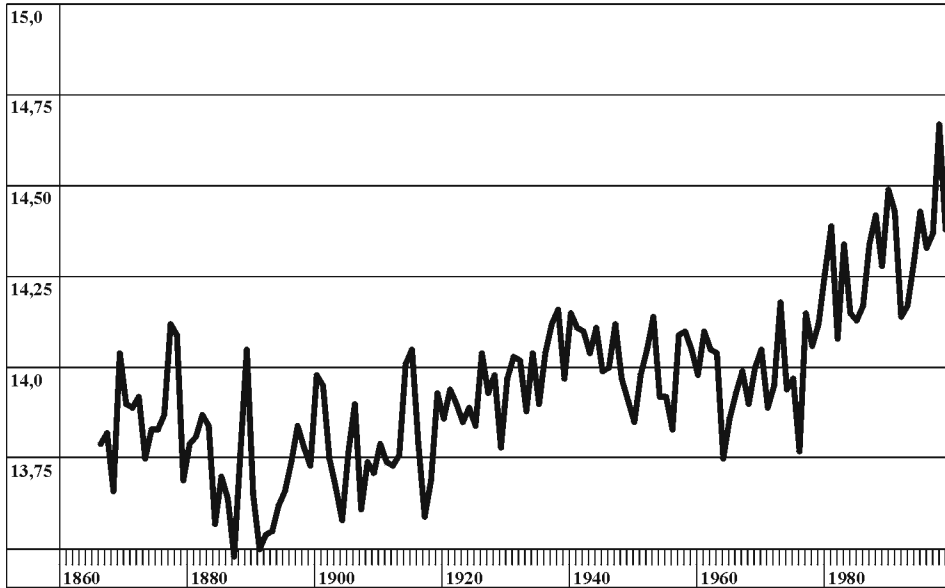


Abbildung 10
Durchschnitts-
temperaturen an der
Erdoberfläche
1860-1998

(in Grad Celsius)

Quelle: Goddard-Institut;
World Watch Institute, 1999.

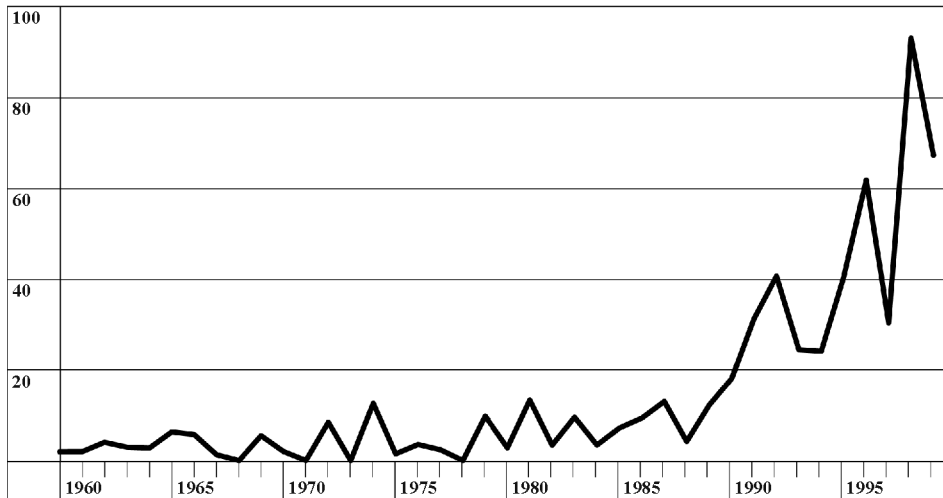


Abbildung 11
Weltweite wirtschaft-
liche Verluste auf Grund
wetterbedingter
Naturkatastrophen,
1960-1998

(in Milliarden US-Dollar;
in Preisen von 1997)

Quelle: Münchener Rück.

264. Im Jahr 2002 wird die zehnjährliche Folgekonferenz zu der Konferenz der Vereinten Nationen über Umwelt und Entwicklung stattfinden. Ich hoffe, dass die politischen Führer der Welt die verbleibende Zeit nutzen werden, um die Debatte über die Nachhaltigkeit wieder neu zu beleben und den Boden zu bereiten, damit bis dahin konkrete und sinnvolle Maßnahmen vereinbart werden können.

A. Dem Klimawandel entgegentreten

265. Aufgeheizt durch die Vervierfachung des Kohlenstoffausstoßes allein während der letzten 50 Jahre, erwärmt sich die Erdatmosphäre immer schneller (siehe Abb. 10). Die 14 heißesten Jahre, seitdem in den sechziger Jahren des 19. Jahrhunderts damit begonnen wurde, systematische Messungen vorzunehmen, lagen alle in den letzten 20 Jahren; der Sommer von 1998 war der heißeste seit Beginn der Aufzeichnungen, und der Winter 1999/2000 wird möglicherweise zum wärmsten. Man nimmt an, dass die Durchschnittstemperaturen in diesem Jahrhundert noch weiter (um 1,2° bis 3,5°C) ansteigen werden, was ein Abschmelzen der Gletscher und der Poleiskappen und einen Anstieg des Meeresspiegels nach sich zöge, wodurch Hunderte Millionen Küstenbewohner gefährdet und tief liegende Inseln ganz überflutet würden.

266. Omen dieser Zukunft zeichnen sich heute bereits ab. Mit der Beschleunigung des Erwärmungstrends sind die Wetterverhältnisse unbeständiger und extremer geworden, und die Schwere wetterbedingter Katastrophen hat eskaliert. Allein 1998 verursachten Naturkatastrophen Kosten, welche die Gesamtkosten aller Naturkatastrophen der achtziger Jahre übertrafen (siehe Abb. 11). Zehntausende meist armer Menschen kamen in dem Jahr ums Leben, und schätzungsweise 25 Millionen "Umweltflüchtlinge" waren gezwungen, ihre Wohnstätten zu verlassen. Verschlimmert wurden die durch diese Katastrophen verursachten Schäden noch durch ökologisch auf Dauer nicht tragfähige Praktiken und durch die Tatsache, dass immer mehr armen Menschen keine andere Wahl bleibt, als in katastrophengefährdeten Gebieten – auf Flutebenen, an erdrutschgefährdeten Hängen und in ein-sturzgefährdeten Gebäuden – zu leben.

267. Wenn wir die Gefahr der globalen Erwärmung vermindern wollen, müssen wir vor allem die Kohlenstoffemissionen senken. Letztere entstehen zum überwiegenden Teil durch die Verbrennung fossiler Energieträger, aus denen noch immer mehr als 75 Prozent der Weltenergie erzeugt werden. Auf der ganzen Welt wächst die Zahl der Kraftfahrzeuge rapide an und droht, die Emissionen noch weiter in die Höhe zu treiben. Es ist daher ganz offensichtlich, dass wir Energiesparmaßnahmen und den verstärkten Einsatz erneuerbarer Ressourcen fördern müssen.

268. Der technologische Fortschritt auf den Gebieten Brennstoff-Elemente, Windturbinen, Photovoltaik und Kraft-

Wärme-Kopplung wird dabei helfen. In den Entwicklungsländern bergen die rasch fallenden Preise für Solarzellen und Windenergie insbesondere in ländlichen Gegenden, die nicht in Energieversorgungsnetze eingebunden sind, das Potenzial, die Armen zu tragbaren Kosten mit Energie zu versorgen und so auch die Agrarproduktivität zu steigern und Einkommen zu schaffen.

269. Die Stabilisierung des atmosphärischen Kohlendioxidgehalts innerhalb einer als sicher geltenden Bandbreite verlangt eine Senkung des Gesamtausstoßes der für die Erderwärmung verantwortlichen "Treibhausgase" um 60 Prozent oder mehr. Bisher konnte die internationale Gemeinschaft nicht den notwendigen politischen Willen für die entsprechenden Veränderungen aufbringen.

270. Die Umsetzung des 1997 geschlossenen Protokolls von Kyoto würde hier einen erheblichen Fortschritt darstellen, da die Industrieländer durch das Protokoll an verifizierbare Zielwerte zur Begrenzung und Senkung der Emissionsmengen auf durchschnittlich 5 Prozent unter dem Stand von 1990 gebunden würden, die im Zeitraum 2008-2012 zu erreichen wären. In Anerkennung der wirtschaftlichen Ursachen des Problems der Klimaänderung ist das Protokoll bestrebt, den Privatsektor in die Lösungsfindung einzubinden. Dies geschieht durch den Einsatz von Marktmechanismen, die Anreize für einen Abbau der Emissionsmengen bieten und Investitions- und Technologiezuflüsse in die Entwicklungsländer anregen werden, die diesen Ländern bei einer zukunftsfähigeren Industrialisierung helfen werden (siehe Kasten 9).

271. Die erste Generation der Kyoto-Ziele stellt zwar nur einen Schritt auf dem Wege zu dem dar, was zur Reduzierung der Erderwärmung getan werden muss, doch würde ihre Verwirklichung bedeuten, dass die Zunahme des Ausstoßes von Treibhausgasen durch die Industrieländer drastisch verlangsamt würde (siehe Abb. 12). Baldiges Handeln ist entscheidend. Wenn Erfolge ausbleiben, wird es wenig Anreize für die weiteren Runden der Emissionsbegrenzung geben, die der ersten folgen müssen und an denen sich die Entwicklungsländer in zunehmendem Maße werden beteiligen müssen.

272. Ich fordere den Millenniums-Gipfel auf, die Verabschiedung und Umsetzung des Protokolls von Kyoto zu fördern. Insbesondere bitte ich eindringlich diejenigen Staaten, deren Ratifikation des Protokolls für sein Inkrafttreten erforderlich ist, rechtzeitig die notwendigen Maßnahmen zu ergreifen, damit dies als würdige Begehung der seit Stockholm 1972 und Rio 1992 erzielten Fortschritte bis 2002 geschehen kann.

273. Auf verschiedenen weiteren Gebieten stehen wir ernstesten Herausforderungen gegenüber, für die wir nicht einmal ansatzweise über angemessene Antwortmaßnahmen verfügen.

Kasten 9

Mit wirtschaftlichen Anreizen die globale Erwärmung reduzieren und Investitionen in den Entwicklungsländern fördern

Eine der wichtigsten Aufgaben des 21. Jahrhunderts ist die Auseinandersetzung mit der Herausforderung des Klimawandels. Die Emissionen der so genannten Treibhausgase, welche die Erwärmung der Erde verursachen, müssen erheblich reduziert werden. Dazu müssen wiederum sauberere und effizientere Technologien im Energie-, Verkehrs- und Industriesektor eingesetzt werden, wenn die 1997 im Protokoll von Kioto festgelegten Zielwerte für die Reduzierung von Treibhausgasemissionen erreicht werden sollen. Hierzu stehen verschiedene Möglichkeiten zur Verfügung. Eine der bedeutsamsten ist der "Mechanismus für umweltverträgliche Entwicklung", der sowohl den Industrie- als auch den Entwicklungsländern Vorteile bringt.

Im Rahmen dieses Mechanismus können die Industriestaaten durch Klimaschutzinvestitionen in Entwicklungsländern die bestehenden Treibhausgasemissionen dort verringern und dafür eine "Gutschrift" erwerben, die auf die von den Industriestaaten selbst zu erfüllenden Reduktionsziele angerechnet wird.

Die Aussicht auf den Erwerb einer Gutschrift für Emissionsverringerungen ist für die reichen Länder ein Anreiz, energiesparende Investitionen in den armen Ländern vorzunehmen. Die notwendige Verifikation und Bescheinigung der Emissionsverringerungen bietet Anreize für die Schaffung eines neuen Dienstleistungssektors, der sich dieser Aufgabe widmet. Die Klimaschutzinvestitionen tragen dazu bei, allmählich nachhaltige Rahmenbedingungen in den Entwicklungsländern zu schaffen.

Der Mechanismus für umweltverträgliche Entwicklung und andere Kioto-Mechanismen wollen den privaten Sektor durch Anreize für die wichtige Aufgabe gewinnen, der globalen Erwärmung entgegenzuwirken. Damit entsprechen sie in hohem Maße dem Geist der Zeit.

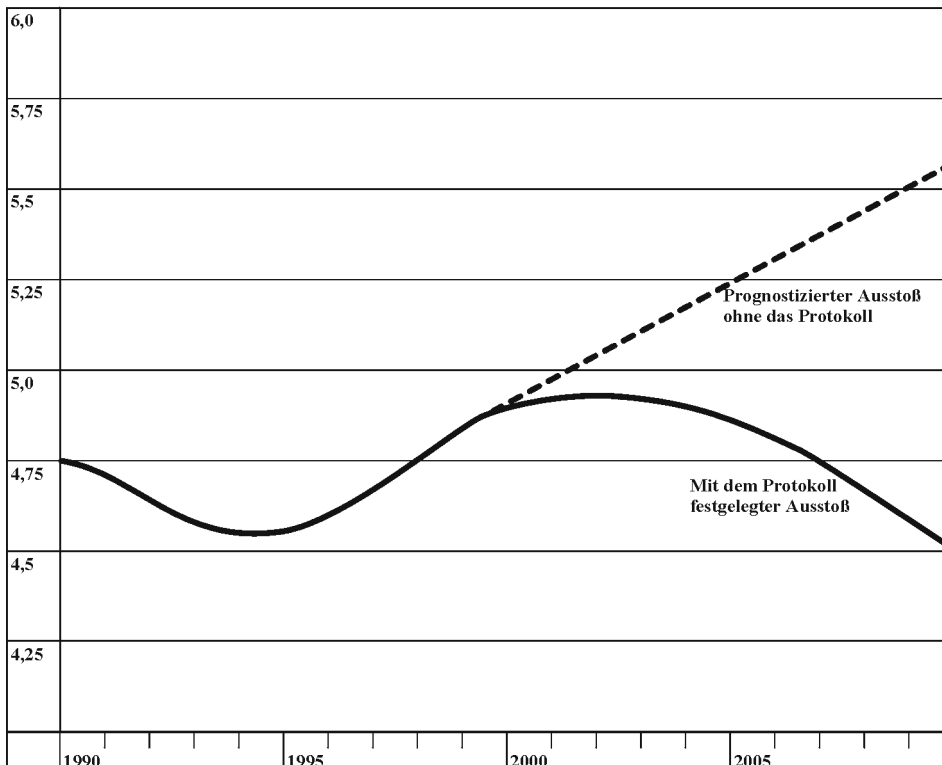


Abbildung 12
Prognostizierte
Auswirkungen des
Protokolls von Kioto
auf den Ausstoß von
Treibhausgasen

(in Gigatonnen Kohlenstoff)

Quelle: Sekretariat des Rahmenübereinkommens der Vereinten Nationen über Klimaänderungen, 2000.

B. Der Wasserkrise begegnen

274. Zwischen 1900 und 1995 stieg der Süßwasserverbrauch weltweit um das Sechsfache an – mehr als doppelt so schnell wie die Bevölkerungswachstumsrate. Etwa ein Drittel der Weltbevölkerung lebt bereits heute in Ländern, die als von einer Wasserkrise bedroht gelten, in denen also der Verbrauch mehr als 10 Prozent der Gesamtvorräte beträgt. Setzen sich die heutigen Trends fort, so werden sich bis zum Jahr 2025 zwei von drei Menschen auf der Erde in dieser Situation befinden.

275. Etwa ein Drittel der Weltbevölkerung deckt seinen Wasserbedarf aus dem Grundwasser. Die nicht zukunftsfähige, jedoch weitgehend unbemerkt vor sich gehende Ausbeutung dieser Wasserressourcen gibt zu besonderer Besorgnis Anlass. Die Entnahme von höheren Mengen an Grundwasser, als die Natur ersetzen kann, ist in Teilen der arabischen Halbinsel, in China, Indien, Mexiko, der ehemaligen Sowjetunion und den Vereinigten Staaten von Amerika weit verbreitet. In manchen Fällen sinkt der Grundwasserspiegel um einen bis drei Meter jährlich. Dies wird in einer Welt, in der 30 bis 40 Prozent der Nahrungsmittel auf bewässerten Feldern erzeugt werden, zu einer kritischen Frage der Ernährungssicherheit.

276. Bereits jetzt findet zwischen den Staaten einiger Regionen ein scharfer Wettbewerb um Wasser für Bewässerung und Energieerzeugung statt, der sich mit dem weiteren Anwachsen der Bevölkerung noch verschärfen dürfte. Heute sind der Nahe Osten und Nordafrika am schwersten von der Wasserknappheit betroffen, doch innerhalb der kommenden 50 Jahre wird sich diese Problemsituation auch auf die Länder Afrikas südlich der Sahara ausdehnen, die im gleichen Zeitraum ihre Bevölkerung verdoppeln oder sogar verdreifachen werden.

277. Die Süßwasserknappheit allein ist nicht das einzige Problem. Der Eintrag von Düngemitteln und chemischen Schadstoffen bedroht die Wasserqualität und die Gesundheit der Menschen. Mehr als ein Fünftel der Süßwasserfischbestände sind bereits heute durch Verschmutzung oder Veränderungen der Lebensräume angegriffen oder gefährdet.

278. Kurzfristig ist die schwerwiegendste Herausforderung darin zu sehen, dass mehr als eine Milliarde Menschen keinen Zugang zu gesundheitlich unbedenklichem Trinkwasser haben und die Hälfte aller Menschen nicht über angemessene sanitäre Einrichtungen verfügen. In vielen Entwicklungsländern sind die Flüsse unterhalb großer Städte kaum sauberer als offene Abwasserkanäle. Die gesundheitlichen Auswirkungen sind verheerend.

279. Verschmutztes Wasser und schlechte Kanalisation und Abfallbeseitigung verursachen schätzungsweise 80 Prozent aller Krankheiten in den Entwicklungsländern. Mehr als 5 Millionen Menschen fallen jedes Jahr solchen Krankheiten

zum Opfer – zehnmal so viele, wie jedes Jahr im Durchschnitt in Kriegen getötet werden. Mehr als die Hälfte der Opfer sind Kinder. Keine andere Einzelmaßnahme könnte mehr zur Verminderung von Krankheiten und zur Rettung von Leben in den Entwicklungsländern beitragen, als allen Menschen sauberes Wasser und angemessene sanitäre Einrichtungen zu bringen.

280. Die im März 2000 abgehaltene Ministerkonferenz des Welt-Wasserforums prüfte eine Reihe realistisch erreichbarer Ziele für Wasserversorgung und Hygiene. Ich bitte den Millenniums-Gipfel, sich diese Ziele zu Eigen zu machen und in den kommenden Jahren auf ihnen aufzubauen.

281. Im Einzelnen fordere ich den Gipfel auf, sich das Ziel zu Eigen zu machen, zwischen heute und dem Jahr 2015 den Anteil der Menschen, die keinen dauerhaften Zugang zu geeigneten Quellen erschwinglichen und gesundheitlich unbedenklichen Wassers haben, um die Hälfte zu senken.

282. Damit wir der auf Dauer nicht tragbaren Ausbeutung der Wasserressourcen Einhalt gebieten können, müssen wir auf nationaler und lokaler Ebene Wasserwirtschaftsstrategien aufstellen. Dazu sollte der Aufbau von Preisstrukturen gehören, die eine gerechte und effiziente Nutzung fördern. Wir brauchen eine "Blaue Revolution" der Landwirtschaft, die darauf abstellt, im Verbund mit einer erheblich besseren Bewirtschaftung der Wasserscheiden und Flutebenen die Produktivität pro Maßeinheit Wasser zu steigern – "mehr Ertrag pro Pumpenschlag". Dies kann jedoch nur dann eintreten, wenn den Menschen mit Hilfe von Bewusstseinsbildungs- und Mobilisierungskampagnen das Ausmaß und die Ursachen der derzeitigen und der drohenden Wasserkrisen deutlich gemacht wird.

C. Den Boden schützen

283. Theoretisch gibt es keinen Grund, warum die Erde nicht weit mehr Menschen ernähren könnte, als zur Zeit auf ihr leben. In der Praxis entspricht die Verteilung fruchtbarer Böden und günstiger Wachstumsbedingungen jedoch nicht der Bevölkerungsverteilung, ein Problem, das durch die zunehmende Bodendegradation noch verschärft wird. Beinahe 2 Milliarden Hektar Land – die Fläche von annähernd der gleichen Größe wie das Staatsgebiet der Vereinigten Staaten und Kanadas zusammengenommen – sind von einer vom Menschen verursachten Schädigung der Böden betroffen, wodurch der Lebensunterhalt von beinahe einer Milliarde Menschen gefährdet wird. Hauptursachen dafür sind die bewässerungsbedingte Bodenversalzung, die durch Überweidung und Entwaldung hervorgerufene Bodenerosion sowie die Zerstörung der Artenvielfalt. Allein die in entgangenen Einkünften gemessenen direkten Kosten lassen sich pro Jahr auf mehr als 40 Milliarden Dollar schätzen.

284. Jedes Jahr werden weitere 20 Millionen Hektar Ackerflächen entweder zu stark geschädigt, als dass sie noch für den Anbau genutzt werden könnten, oder fallen der unregulierten Urbanisierung zum Opfer. Gleichzeitig wird indessen erwartet, dass sich die Nahrungsmittelnachfrage in den Entwicklungsländern in den kommenden 30 Jahren verdoppeln wird. Sicherlich können und werden neue Flächen landwirtschaftlich bebaut werden, doch ein Großteil davon besitzt nur marginale Bodenqualität und ist daher noch viel anfälliger für die Degradation.

285. Durch den Anstieg der Agrarproduktivität, gefördert durch neue, ertragreiche Pflanzensorten und die neunfache Steigerung des Düngemiteleinsatzes, konnten bisher die Schreckensszenarien weltweiter Hungersnöte verhindert werden, die in den siebziger Jahren prognostiziert worden waren, allerdings oftmals nur unter erheblichen Kosten für die Umwelt. In den neunziger Jahren verlangsamte sich der Anstieg der weltweiten Agrarproduktivität drastisch, und Afrika südlich der Sahara blieb davon von vornherein gänzlich unberührt. Auch mangelnder Pachtschutz ist ein ernst zu nehmendes Hindernis bei der Verbesserung der Agrarproduktivität und der Bodenbewirtschaftung.

286. Nun soll auch noch die Weltbevölkerung bis zur Mitte des Jahrhunderts um mehr als 3 Milliarden Menschen ansteigen, wobei das Wachstum in den Ländern am größten sein wird, in denen bereits heute die meisten Menschen Hunger leiden und die Ackerflächen am stärksten beansprucht sind.

287. Damit steht die Welt einer echten Bedrohung der künftigen globalen Ernährungssicherheit gegenüber. Pflanzenforscher sehen sich derzeit außerstande, die riesigen Ertragssteigerungen zu wiederholen, die sie in den vergangenen Jahrzehnten erzielen konnten, die Schädigung der Böden nimmt weiter zu, die Grenzerträge aus dem Einsatz von Düngemitteln nehmen vielerorts ab, und der Ausweitung der Bewässerungswirtschaft stehen ernst zu nehmende Zwänge entgegen.

288. Fortschritte in der Agrarbiotechnologie könnten mit der Entwicklung dürre-, salz- und schädlingsresistenter Pflanzensorten den Entwicklungsländern helfen. Doch werden die Umweltfolgen der Biotechnologie bislang noch immer nicht voll verstanden und viele Fragen, insbesondere im Zusammenhang mit der biologischen Sicherheit, bleiben noch unbeantwortet.

289. Ich beabsichtige, ein globales Politiknetzwerk auf hoher Ebene einzurichten, das sich mit diesen und verwandten strittigen Fragen im Zusammenhang mit den Risiken und Chancen befassen soll, die mit dem verstärkten Einsatz der Biotechnologie und Ingenieurbiologie einhergehen.

290. Selbstverständlich muss nicht jedes Land seinen gesamten Nahrungsmittelbedarf selbst decken. Versorgungslücken können durch Importe aus Ländern gedeckt werden,

die Nahrungsmittelüberschüsse produzieren, eine immer häufiger angewandte Praxis. Abgesehen von der Nothilfe ist dies jedoch nur dann ein Ausweg aus Defiziten bei der Nahrungsmittelproduktion, wenn die Länder und die Menschen, die Nahrungsmittel benötigen, die entsprechende Kaufkraft besitzen. Laut der Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen verfügen indessen nicht weniger als 82 Länder nicht über diese Mittel.

D. Die Wälder, die Fischbestände und die biologische Vielfalt erhalten

291. Das Bevölkerungs- und das Wirtschaftswachstum sind nach wie vor die treibende Kraft hinter der schier unersättlichen weltweiten Nachfrage nach Holzprodukten. Zwischen 1990 und 1995 gingen in den Entwicklungsländern etwa 65 Millionen Hektar Wald infolge unkontrollierter Abholzung, der Umwandlung von Waldgebieten in landwirtschaftliche Nutzflächen sowie durch Krankheiten und Brände verloren. Die starke Nachfrage nach Holz in den Industriestaaten war einer der Hauptfaktoren für die Erschöpfung dieser Ressource.

292. Der Anstieg der Nachfrage muss jedoch nicht zwangsläufig zu einer immer stärkeren Vernichtung der Wälder führen. Bei der Erzeugung von Papier- und Holzprodukten lassen sich maßgebliche Effizienzgewinne erzielen; durch eine bessere Wiederverwertung können die Rohstoffe geschont und durch elektronische Veröffentlichung kann Papier eingespart werden. Durch Wiederaufforstung kann der künftige Holzbedarf gedeckt und ein Beitrag zur Absorption von Kohlenstoff aus der Atmosphäre geleistet werden, wodurch die globale Erwärmung reduziert wird. Ebenso kann durch sie die Hochwasserbekämpfung verbessert und dazu beigetragen werden, die Bodenerosion zu verhüten.

293. Die Notwendigkeit der Erhaltung der biologischen Vielfalt ist kein so offenkundiges Umweltschutzthema wie verschmutzte Strände, brennende Wälder oder sich ausdehnende Wüsten es sind. Sie ist jedoch genau so kritisch, wenn nicht sogar noch kritischer. Die Erhaltung der landwirtschaftlich nutzbaren Artenvielfalt ist für die Gewährleistung der langfristigen Ernährungssicherheit unverzichtbar, da wildwachsende Pflanzen ein genetisches Resistenzpotenzial gegen Krankheiten, Dürre und Versalzung bieten.

294. Die Erhaltung der Artenvielfalt ist nicht nur für die Landwirtschaft wichtig. Auf pflanzlicher Basis hergestellte Medikamente ermöglichen die primäre Gesundheitsversorgung von über 3 Milliarden Menschen und bilden die Grundlage für eine weltweite Industrie mit einem Jahresumsatz von mehreren Milliarden Dollar. Je mehr sich Wissenschaft und Handel allerdings des Wertes der aus Pflanzen gewonnenen Medikamente bewusst werden, desto stärker sind diese Pflanzen bedroht. Nach einer vor kurzem durchgeführten Zählung von nahezu einer Viertelmillion Pflanzenarten ist

jede achte vom Aussterben bedroht. Der Fortbestand von etwa 25 Prozent der Säugetierarten der Welt und 11 Prozent der Vogelarten ist ebenfalls gefährdet. Solange die Entwaldung, die Boden- und Wasserdegradation und die landwirtschaftliche Praxis der Monokultur weiter zunehmen, ist auch die biologische Vielfalt weiter in Gefahr.

295. Trotz einer großen Anzahl von Regelwerken ist die Seefischerei nach wie vor starken Belastungen ausgesetzt. In den letzten 50 Jahren haben die Fangmengen um nahezu das Fünffache zugenommen, und fast 70 Prozent der Seefischbestände werden voll genutzt beziehungsweise sind überfischt. Unkontrollierte, häufig staatlich stark subventionierte Fischereimethoden, die mit so genannten Fischereifabriksschiffen operieren und schwächere Konkurrenten leer ausgehen lassen, führen zur exzessiven Ausbeutung der Seefischbestände und können kleinen Fischereigemeinschaften, insbesondere in den Entwicklungsländern, ihren Lebensunterhalt entziehen. Küstengewässer können zwar vor unregulierten ausländischen Fischereifloten geschützt werden, dafür drohen ihnen jedoch andere Gefahren. In vielen Regionen sind Brutbestände und Laichgründe durch die fortschreitende Degradation der Korallenriffe bedroht. Über die Hälfte der Korallenriffe auf der Welt ist heutzutage auf Grund menschlichen Einwirkens in Gefahr.

296. Der völlige Zusammenbruch vieler ehemals wertvoller Fischereien liefert den zwingenden Beweis, dass ein nachhaltigeres und faireres Regelwerk für die Nutzung der Meeresressourcen erforderlich ist. Wie wichtig Erhaltungsmaßnahmen sind, wird in zunehmendem Maße erkannt, doch können sie nur dann Erfolg haben, wenn sich die Regierungen und die Fischereiindustrie gemeinsam dafür einsetzen.

E. Eine neue Ethik der globalen Umweltverantwortung entwickeln

297. Die Umweltkrisen, mit denen wir konfrontiert sind, haben viele Ursachen, wie beispielsweise Armut, Nachlässigkeit und Habgier und – mehr als alles andere – Versäumnisse in Bezug auf eine regulierende Lenkung. Diese Krisen entziehen sich einer einfachen, uniformen Lösung.

298. Außerdem ist mit gutem Grund zu erwarten, dass uns im Umweltbereich noch unangenehme Überraschungen bevorstehen. Wir sollten uns daran erinnern, dass weder die globale Erwärmung noch der Abbau der Ozonschicht auf der Tagesordnung der 1972 in Stockholm abgehaltenen Konferenz der Vereinten Nationen über die Umwelt des Menschen standen. Auch hätte 1970 niemand vorhergesagt, dass die durch Naturkatastrophen verursachten Kosten zwischen den sechziger und den neunziger Jahren um 900 Prozent ansteigen würden.

299. Gewiss könnten revolutionäre technische Neuerungen, die wir uns heute gar nicht ausmalen können, einige der uns

bedrohenden Umweltprobleme beheben. Vielleicht wird es auch wirklich dazu kommen, und wir sollten auf jeden Fall Anreize schaffen, um die Wahrscheinlichkeit dafür zu erhöhen. Doch es wäre töricht, uns darauf zu verlassen und einfach so weiterzumachen wie bisher.

300. Es fragt sich also, welche Prioritäten wir setzen sollten. Ich möchte hier vier empfehlen.

301. Erstens müssen groß angelegte Anstrengungen zur Aufklärung der Öffentlichkeit unternommen werden. Wirklich verstanden werden die Herausforderungen, denen wir uns gegenübersehen, nur zu einem bestürzend geringen Teil. Da immer mehr Menschen in den Städten, weit weg von der Natur, leben, wird auch der Aufklärungsbedarf immer größer. Verbraucher in der ganzen Welt müssen sich darüber klar werden, dass die von ihnen getroffene Konsumwahl häufig beträchtliche Umweltfolgen hat.

302. Die Bewusstseinsbildung ist weitgehend den Organisationen der Zivilgesellschaft zugefallen. Mit Energie, Engagement, aber geringen Mitteln sind nichtstaatliche Organisationen fast überall in öffentlichen Debatten für Umweltbelange eingetreten. Auch Schulen und Universitäten kommt bei der Aufklärung der Öffentlichkeit eine entscheidend wichtige Rolle zu, und die Regierungen müssen selbst maßgeblicher dazu beitragen.

303. Zweitens muss Umweltbelangen bei der Politikgestaltung ein grundlegend anderer Stellenwert eingeräumt werden. In der Regel ordnen die Regierungen Umweltfragen einer eigenen Sonderkategorie zu, für die ein vergleichsweise untergeordnetes Ministerium zuständig gemacht wird. Dies stellt ein wesentliches Hindernis für die Herbeiführung einer nachhaltigen Entwicklung dar. Vielmehr müssen Umweltfragen in der allgemeinen Wirtschaftspolitik stärkere Berücksichtigung finden. Am ehesten lässt sich dies dadurch erreichen, dass die Systeme volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen dahin gehend geändert werden, dass sie die tatsächlichen ökologischen Kosten und Nutzen widerspiegeln, das heißt, dass ein Schritt in Richtung einer "grünen" Gesamtrechnung getan wird.

304. Wenn Fabriken Güter erzeugen, dabei jedoch Schadstoffe in die Flüsse oder die Atmosphäre eintragen, dann erfassen die volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen heute zwar den Wert dieser Güter, nicht jedoch die durch den Schadstoffeintrag verursachten Kosten. Langfristig können diese nicht erfassten Kosten weit über dem erfassten kurzfristigen Nutzen liegen. Nur wenn die Wirtschaftspolitik Kosten und Nutzen in vollere Umfang widerspiegelt, kann sie eine nachhaltige Entwicklung gewährleisten.

305. Das System integrierter umweltökonomischer Gesamtrechnungen, für das die Vereinten Nationen im Jahr 1993 bahnbrechende Arbeit geleistet haben, ist eine Antwort auf diese Herausforderung. Dabei kommt zu der bisher gebräuchlichen volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung eine

Rechnungslegung über die natürlichen Ressourcen und die Schadstoffströme hinzu. Dank dieser zusätzlichen Informationen können die Regierungen ihre Wirtschaftspolitik wirksamer gestalten und überwachen, wirksamere Umweltvorschriften und Ressourcenbewirtschaftungsstrategien aufstellen sowie Steuern und Subventionen effizienter einsetzen.

306. Obwohl dieses System einer "grünen" Gesamtrechnung noch immer weiterentwickelt wird, wird es bereits von einzelnen Regierungen verwendet. Die Regierung der Philippinen begann damit im Jahr 1995. Etwa 20 weitere Regierungen in Nord und Süd verwenden Teile dieses Systems. Ich ermutige die Regierungen, dieses System einer grünen Gesamtrechnung sorgfältig zu prüfen und festzustellen, wie es in ihre eigenen volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen eingebunden werden kann.

307. Drittens sind allein die Regierungen in der Lage, Umweltvorschriften zu erarbeiten und durchzusetzen sowie umweltfreundlichere Anreize zu schaffen, auf die die Märkte reagieren können. Um nur ein Beispiel zu nennen: Die Regierungen können die Märkte in den Dienst der Umwelt stellen, indem sie die Hunderte Milliarden Dollar streichen, mit denen Jahr für Jahr umweltschädliche Aktivitäten subventioniert werden. Eine andere Möglichkeit wäre die systematischere Erhebung "grüner" Steuern nach dem Verursacherprinzip.

308. Die Schaffung neuer Anreize fördert auch die Entstehung ganz neuer Industriezweige, die sich gezielt für die Herbeiführung einer größeren Energieeffizienz und andere umweltfreundliche Praktiken einsetzen. So entstand beispielsweise dank des Erfolgs des Montrealer Protokolls ein großer Markt für Kühlschränke und Klimaanlage, die nicht der Ozonschicht schaden. Nichts wäre törichter, als die außerordentlich positive Rolle zu vernachlässigen, die der pri-

vate Sektor bei der Förderung des ökologischen Wandels spielen kann.

309. Schließlich kann ohne solide wissenschaftliche Informationen keine wirksame Umweltpolitik ausgearbeitet werden. Die Datensammlung hat zwar auf vielen Gebieten große Fortschritte gemacht, doch weist unser Wissen nach wie vor gewaltige Lücken auf. Insbesondere wurde noch nie eine umfassende Bewertung der wichtigsten Ökosysteme der Welt vorgenommen. Die geplante Millenniums-Bewertung der Ökosysteme, ein groß angelegtes kooperatives Unterfangen zur kartografischen Erfassung des Gesundheitszustands unseres Planeten, ist eine Antwort darauf. Sie wird von vielen Staaten sowie von dem UNEP, dem UNDP, der FAO und der UNESCO unterstützt (siehe Kasten 10).

310. Ich fordere die Mitgliedstaaten auf, mit dafür zu sorgen, dass die für die Millenniums-Bewertung der Ökosysteme erforderliche finanzielle Unterstützung bereitgestellt wird, und aktiv an diesem Unterfangen mitzuwirken.

311. Die verschiedenen Regionen der Welt stehen vor sehr unterschiedlichen Umweltproblemen, die unterschiedliche Lösungen erfordern. Die Völker unseres kleinen Planeten sind sich im Hinblick auf ihre Lage jedoch zumindest in einer Hinsicht einig: sie wollen, dass ihre Regierungen mehr für den Schutz der Umwelt tun. Sie wollen dies für sich selbst, mehr jedoch noch für ihre Kinder und für die Zukunft unseres Planeten. Angesichts der außergewöhnlichen Gefahren, denen sich die Menschheit gegenüber sieht, gibt es keinen günstigeren Zeitpunkt als den Beginn des neuen Jahrhunderts, um uns – Völker wie auch Staaten – auf eine neue Ethik des Umweltschutzes und der Umweltverantwortung zu verpflichten.

Kasten 10**Warum wir eine Millenniums-Bewertung globaler Ökosysteme brauchen**

Im Laufe der letzten 30 Jahre sind wir uns immer mehr dessen bewusst geworden, dass die natürlichen Ökosysteme, unsere Lebensgrundlagen, bedroht sind. Allerdings kennen wir bisher weder das Ausmaß der Schäden noch ihre Ursachen genau. Bei einigen Daten, beispielsweise der Süßwasserqualität, verfügen wir heute sogar über weniger Informationen als noch vor 20 Jahren, weil Umweltüberwachungsprogramme kurzfristig beschnitten wurden.

Eine gute Umweltpolitik muss sich auf verlässliche wissenschaftliche Daten stützen. Um zu gewährleisten, dass den politischen Entscheidungsträgern diese Daten zur Verfügung stehen, bedarf es einer wirklich umfassenden globalen Evaluierung des Zustandes der fünf großen Ökosysteme – Wälder, Süßwassersysteme, Grünland, Küstengebiete und Agrarökosysteme.

Mit der vorgeschlagenen Millenniums-Bewertung der Ökosysteme soll eine solche Evaluierung vorgenommen werden. Es handelt sich dabei um eine Initiative des World Resources Institute, der Weltbank, des Entwicklungsprogramms der Vereinten Nationen, des Umweltprogramms der Vereinten Nationen und anderer Stellen, bei der bestehende Datenquellen herangezogen und kumuliert sowie neue Forschungsarbeiten gefördert werden sollen, um die bestehenden Wissenslücken zu schließen.

Die Millenniums-Bewertung der Ökosysteme verspricht vielen Interessengruppen wichtige Vorteile. Sie wird den Vertragsparteien der verschiedenen völkerrechtlichen Übereinkünfte über die Ökosysteme Zugang zu den Daten geben, die sie zur Evaluierung ihrer Fortschritte bei der Erfüllung der in diesen Übereinkünften festgelegten Zielvorgaben benötigen. Die Regierungen erhalten Zugang zu den Informationen, derer sie zur Erfüllung ihrer Berichtspflichten aus internationalen Übereinkünften bedürfen. Die Bewertung schafft bessere Voraussetzungen für integrierte Politiken zur Bewirtschaftung der Ökosysteme und gewährt den Entwicklungsländern besseren Zugang zu globalen Datensätzen. Der Privatsektor wird insofern davon profitieren, als er seine Prognosen auf genauere Informationen stützen kann. Schließlich erhalten die Organisationen der Zivilgesellschaft die Informationen, die sie benötigen, um Unternehmen und Regierungen Rechenschaft über die Einhaltung ihrer ökologischen Verpflichtungen abverlangen zu können.

Die Millenniums-Bewertung der Ökosysteme ist ein herausragendes Beispiel für die Art der internationalen wissenschaftlichen und politischen Zusammenarbeit, die notwendig ist, um die Sache der nachhaltigen Entwicklung voranzubringen.

VI. Die Erneuerung der Vereinten Nationen

312. Auf sich allein gestellt können die Vereinten Nationen keine der Herausforderungen bewältigen, die ich hier beschrieben habe. Sie gehen die gesamte internationale Gemeinschaft an, und wir alle müssen dazu das Unsere tun. Ohne eine starke und wirksame Organisation wird es für die Völker der Welt jedoch unvergleichlich schwieriger sein, diesen Herausforderungen zu begegnen.

313. Ob die Völker der Welt über eine solche Organisation verfügen oder nicht, hängt auch heute – wie in der Vergangenheit – letzten Endes davon ab, wie sehr sich ihre Regierungen dafür engagieren. Heute wie eh und je sind es die Mitgliedstaaten, die das wahre Fundament der Vereinten Nationen bilden.

314. Im Zuge der Vorbereitungen für den Millenniumsgipfel müssen wir unsere Gründungsziele erneut bekräftigen. Wir müssen jedoch auch unsere Phantasie walten lassen, wenn es darum geht, wie die Vereinten Nationen gestärkt werden könnten, damit sie den Staaten wie auch den Völkern in dieser neuen Epoche bessere Dienste leisten können.

315. Die Auseinandersetzung mit Fragen von globaler Tragweite ist heute nicht mehr Sache der Außenministerien allein, und die Staaten sind auch nicht die einzigen, die Lösungen für die zahlreichen Probleme unseres kleinen Planeten anzubieten haben. Viele verschiedene nichtstaatliche Akteure, die einen immer größeren Einfluss ausüben, haben sich mit den staatlichen Entscheidungsträgern zusammengesetzt, um neue Formen der globalen Lenkung zu improvisieren. Je komplexer das zur Debatte stehende Problem ist – ob es sich nun um das Verbot von Landminen, die Begrenzung von zur globalen Erwärmung beitragenden Emissionen oder die Schaffung eines Internationalen Strafgerichtshofs handelt – desto wahrscheinlicher ist es, dass wir auf nichtstaatliche Organisationen, Einrichtungen des privaten Sektors und multilaterale Organisationen stoßen, die sich gemeinsam mit souveränen Staaten um Konsenslösungen bemühen.

316. Ich bin der Auffassung, dass zwei Strategien für die Realisierung des Potenzials der Vereinten Nationen in den nächsten Jahren unerlässlich sein werden.

317. Zum Ersten: während wir als Organisation über äußerst beschränkte Mittel verfügen, sind die Gemeinwesen, in deren Dienst wir stehen, weit besser mit Ressourcen ausgestattet. Wir müssen versuchen, statt die Rolle anderer Akteure auf der Weltbühne zu usurpieren, zu einem wirksameren Katalysator des Wandels und der Koordinierung ihrer Tätigkeit zu werden. Unsere allerwichtigste Aufgabe wird es sein, zu kollektivem Vorgehen auf globaler Ebene anzuregen.

318. Zum Zweiten: Wie alle anderen Institutionen in der Welt von heute müssen sich die Vereinten Nationen die

großartigen Möglichkeiten des Informationszeitalters in vollem Umfang zunutze machen. Die digitale Revolution hat technologische Umwälzungen ausgelöst, die in der Geschichte beispiellos sind. Werden sie verantwortungsbewusst eingesetzt, so können sie unsere Chancen im Hinblick auf die Beseitigung der Armut und die Erreichung unserer vorrangigen Ziele wesentlich verbessern. Dies wird aber nur dann der Fall sein, wenn wir uns bei den Vereinten Nationen die neuen Technologien vorbehaltloser als bisher zu Eigen machen.

A. Unsere grundlegenden Stärken erkennen

319. Als die Vereinten Nationen vor über einem halben Jahrhundert in den Wirren der Nachkriegszeit gegründet wurden, kamen in ihnen die größten Hoffnungen der Menschheit auf die Schaffung einer gerechten und friedlichen Weltgemeinschaft zum Ausdruck. Die Vereinten Nationen verkörpern diesen Traum noch immer. Sie sind nach wie vor die einzige globale Institution, deren Legitimität und Wirkungskreis sich aus ihrer universalen Mitgliedschaft herleiten und die über ein Mandat verfügt, das Entwicklung, Sicherheit und Menschenrechte und Umwelt umfasst. So gesehen nehmen die Vereinten Nationen auf der internationalen Bühne eine einzigartige Stellung ein.

320. Wir verfügen als Organisation nicht über eine unabhängige militärische Kapazität, und unsere Ressourcen auf wirtschaftlichem Gebiet sind relativ bescheiden. Der Einfluss und die Wirkung, die wir auf die Welt ausüben, sind jedoch viel größer als manche meinen – und oft größer als es uns selbst klar ist. Dieser Einfluss beruht nicht auf Machtausübung, sondern auf der Kraft der Werte, für die wir eintreten, auf unserer helfenden Rolle bei der Erarbeitung und Aufrechterhaltung globaler Normen, auf unserer Fähigkeit, zu globalem Problembewusstsein und globalem Handeln anzuregen, und auf dem Vertrauen, das uns entgegengebracht wird, weil wir praktisch tätig werden, um die Lebensverhältnisse der Menschen zu verbessern.

321. Die Bedeutung von Grundsätzen und Normen wird leicht unterschätzt; doch in den Jahrzehnten, die seit der Gründung der Vereinten Nationen vergangen sind, hat die immer breitere Akzeptanz neuer Normen das Leben vieler Millionen Menschen von Grund auf verändert. Krieg war einst gängiges Werkzeug der Staatskunst; heute ist Krieg außer unter eng begrenzten Umständen weltweit geächtet. Die Demokratie, die einst von autoritären Regierungssystemen verschiedenster Prägung herausgefordert wurde, hat sich nicht nur in einem Großteil der Welt durchgesetzt, sondern gilt heute als die legitimste und erstrebenswerteste Staatsform. Der Schutz der grundlegenden Menschenrechte, der früher als ureigenste Domäne souveräner Staaten ange-

sehen wurde, ist heute ein universales Anliegen, das über Staaten und Grenzen hinausgeht.

322. Die VN-Konferenzen der neunziger Jahre waren zwar mitunter von Zwietracht gekennzeichnet, doch haben sie bei der Herbeiführung eines normativen Konsenses und der Aufzeigung praktischer Lösungen für die großen Probleme unserer Zeit eine zentrale Rolle gespielt. Nirgends sonst bot sich der internationalen Gemeinschaft als Ganzes die Möglichkeit, Antworten auf die sich abzeichnenden Herausforderungen der Globalisierung zu entwerfen, denen alle oder so gut wie alle zustimmen konnten. Genau diese Antworten sind es, auf denen dieser Bericht aufzubauen sucht.

323. In den letzten Jahren haben wir einen sprunghaften Anstieg staatenübergreifender monothematischer Kampagnen zur Festigung von Normen und Schaffung von Rechtsregimen erlebt, die beispielsweise zu dem Übereinkommen über das Verbot von Landminen oder zu der im vergangenen Jahr erfolgten Einigung über eine verstärkte Schuldenerleichterung für die am höchsten verschuldeten Länder geführt haben. Diese Kampagnen, die häufig gemeinsam mit den Vereinten Nationen durchgeführt wurden, haben mit dazu beigetragen, dass die internationale Gemeinschaft für viele wichtige globale Fragen sensibilisiert wurde und diese in einem anderen Licht sieht, wie auch dazu, das Verhalten der Staaten gegenüber diesen Fragen zu ändern.

324. Die Vereinten Nationen spielen eine ebenso wichtige, jedoch weitgehend unbekannt, Rolle bei der Erarbeitung und Aufrechterhaltung der globalen Regeln, ohne die moderne Gesellschaften einfach nicht funktionieren könnten. So legt die Weltgesundheitsorganisation beispielsweise Qualitätskriterien für die pharmazeutische Industrie in der ganzen Welt fest. Die Weltorganisation für Meteorologie trägt Wetterdaten aus einzelnen Staaten zusammen und verteilt sie weiter, was wiederum weltweit eine bessere Wettervorhersage ermöglicht. Die Weltorganisation für geistiges Eigentum schützt Warenzeichen und Patente außerhalb ihres Ursprungslands. Die Rechte von Fluggesellschaften zum Überfliegen von Grenzen leiten sich aus Übereinkommen ab, die von der Internationalen Zivilluftfahrt-Organisation ausgehandelt wurden. Die Statistische Kommission der Vereinten Nationen sorgt mit dafür, dass im Rechnungswesen einheitliche Normen Anwendung finden.

325. Tatsächlich sind die Grundsätze und Praktiken des Multilateralismus aus unserer globalisierten Welt nicht mehr wegzudenken. Eine offene Weltwirtschaft anstelle des Merkantilismus; eine allmähliche Bedeutungsminderung konkurrierender Militärbündnisse im Verein mit einem Sicherheitsrat, der häufiger entscheidungsfähig ist; eine Auseinandersetzung mit den gemeinsamen Anliegen der Menschheit durch die Generalversammlung oder große Zusammenkünfte von Staaten und Organisationen der Zivilgesellschaft – dies sind einige, wenn auch noch unvollständige und verhaltene, Anzeichen für das aktive Tätigsein eines unverzichtbaren multilateralen Systems.

326. Blicken wir weiter zurück, so zeigt sich, dass weite Teile der im letzten Jahrtausend erzielten sozialen Fortschritte auf die Ausweitung der Herrschaft des Rechts zurückzuführen sind. Gewiss, hierbei handelt es sich um ein Vorhaben, das, vor allem auf internationaler Ebene, noch nicht abgeschlossen ist, doch sind wir nach wie vor um die Vertiefung der Herrschaft des Rechts bemüht. Diese würde größere Unterstützung finden, wenn die Länder die internationalen Verträge und Übereinkünfte unterzeichneten und ratifizierten. Manche lehnen dies aus sachlichen Gründen ab, weit größer jedoch ist die Zahl derer, die nicht über die erforderlichen Fachkenntnisse und Ressourcen verfügen, insbesondere wenn die internationalen Rechtsinstrumente in innerstaatliches Recht umgesetzt werden müssen.

327. Ich bitte daher alle zuständigen Stellen der Vereinten Nationen, die nötige technische Hilfe anzubieten, damit alle Staaten, die dazu bereit sind, voll an der sich abzeichnenden globalen Rechtsordnung teilhaben können.

328. Auf dem Millenniums-Gipfel werden wir den Staats- oder Regierungschefs im Rahmen besonderer Einrichtungen Gelegenheit geben, ihre Unterschrift unter jeden Vertrag und jedes Übereinkommen zu setzen, deren Verwahrer der Generalsekretär ist.

329. Hand in Hand mit den weltweiten Normen sind Institutionen entstanden. So waren wir in jüngster Zeit beispielsweise Zeugen der Schaffung von Ad-hoc-Gerichten für Ruanda und das ehemalige Jugoslawien als Antwort auf die wachsende Besorgnis der internationalen Gemeinschaft über massive Menschenrechtsverletzungen und ihre Entschlossenheit, der Kultur der Straflosigkeit ein Ende zu setzen.

330. Ich fordere alle Länder nachdrücklich auf, das Römische Statut des Internationalen Strafgerichtshofs zu unterzeichnen und zu ratifizieren, damit die Fortschritte, die wir in dem Bemühen erzielt haben, die für Verbrechen gegen die Menschlichkeit Verantwortlichen vor Gericht zu bringen, konsolidiert und ausgeweitet werden.

331. Auch die Vereinten Nationen selbst müssen sich dem Wandel der Zeit anpassen. Einer der kritischen Bereiche, den ich bereits angesprochen habe, ist die Reform des Sicherheitsrats. Der Rat muss funktionsfähig sein, er muss aber auch unangefochtene Legitimität genießen. Innerhalb des Spielraums dieser beiden Kriterien muss eine Lösung gefunden werden. **Ich fordere die Mitgliedstaaten nachdrücklich auf, diese Aufgabe unverzüglich in Angriff zu nehmen.**

332. Außerdem müssen wir unsere Arbeit in den Beratungsorganen so anpassen, dass sie aus den Beiträgen der Zivilgesellschaft vollen Nutzen ziehen kann. Schon jetzt leisten Organisationen der Zivilgesellschaft einen wichtigen Beitrag zur Artikulierung und Verteidigung globaler Normen. (Zur Zahl der nichtstaatlichen Organisationen siehe Abb. 13.) Es steht außer Zweifel, dass die Vereinten Nationen und die

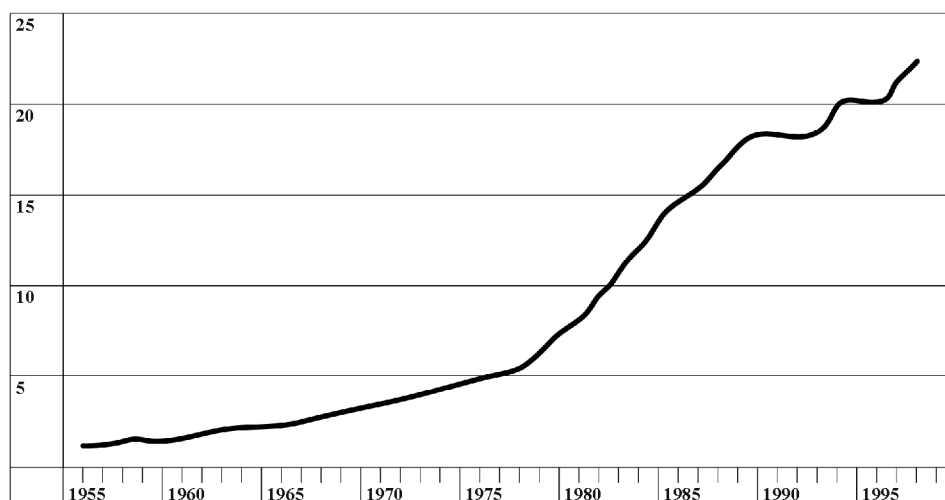


Abbildung 13

Anzahl der internationalen nichtstaatlichen Organisationen

(in Tausend)

Quelle: Vereinigung der internationalen Organisationen und World Watch Institute, 1996-1999.

Menschen in aller Welt erheblich davon profitieren würden, wenn sich die Organisation dieser so wichtigen Quelle von Energie und sachverständigem Wissen weiter öffnen würde, ebenso wie wir auch von engeren institutionellen Beziehungen und praktischer Zusammenarbeit mit den einzelstaatlichen Parlamenten profitiert haben.

333. Ich möchte die Generalversammlung daher bitten zu untersuchen, wie diese Beziehungen verbessert werden könnten. Als erster Schritt könnte eine Sachverständigengruppe, in der auch Vertreter von Organisationen der Zivilgesellschaft repräsentiert sind, gebeten werden, eine Studie innovativer "bester Verfahrensweisen" für Beiträge dieser Organisationen zu allen Aspekten der Tätigkeit der Vereinten Nationen zu erstellen. Eine solche Studie könnte die Ausgangsbasis für Beschlüsse über neue Möglichkeiten zur stärkeren Einbeziehung der Zivilgesellschaft in unsere gemeinsamen Bemühungen bilden.

334. Wie in diesem Bericht schon mehrmals erwähnt, kommt Partnerschaften mit dem Privatsektor und mit Stiftungen ebenfalls eine außerordentlich hohe Bedeutung bei den in letzter Zeit von uns erzielten Erfolgen zu.

B. Im Dienste des Wandels Netzwerke aufbauen

335. Das rasante Tempo der Umwälzungen übersteigt heute häufig die Anpassungsfähigkeit nationaler und internationaler Institutionen. So viele Dinge ändern sich gleichzeitig, dass keine Organisation für sich allein mit ihnen Schritt halten kann – insbesondere da diese Veränderungen im allgemeinen nicht an den traditionellen Grenzen zwischen Wissenschaft und beruflicher Praxis Halt machen.

336. Eine teilweise Lösung bietet vielleicht die Herausbildung von "globalen Politiknetzwerken". Diese Netzwerke –

oder Koalitionen für den Wandel – vereinen internationale Institutionen, Organisationen der Zivilgesellschaft und des Privatsektors sowie Regierungen bei der Verfolgung gemeinsamer Ziele.

337. In manchen Fällen sind internationale Organisationen federführend – so beispielsweise die Weltgesundheitsorganisation bei der Kampagne zur Beseitigung der Malaria oder mein eigenes Büro im Falle des Globalen Paktes mit dem Privatsektor.

338. In anderen Fällen sind einige Regierungen und nichtstaatliche Organisationen die treibende Kraft, wie beispielsweise bei der Kampagne zur Ächtung der Landminen. In der Globalen Allianz für Impfstoffe und Immunisierung sind der private Sektor und philanthropische Stiftungen die Hauptakteure. In jedem Fall jedoch verleihen diese lockeren, kreativen Koalitionen den einleitenden Worten der Charta "Wir, die Völker" neue Bedeutung, da sie zeigen, dass die globale Lenkung kein Nullsummenspiel ist. Alle Partner in einem solchen Netzwerk gewinnen an Einfluss.

339. Insbesondere die Staaten profitieren von der Mitwirkung an globalen Politiknetzwerken, da sie durch Zusammenarbeit erreichen können, was im Alleingang unmöglich wäre.

340. Globale Politiknetzwerke können zwar viele verschiedene Formen annehmen, doch sind ihnen eine Reihe von Merkmalen gemeinsam. Sie kennen keine Hierarchie und sorgen dafür, dass die Zivilgesellschaft ein Mitspracherecht hat. Sie helfen bei der Festlegung globaler politischer Ziele, gestalten die Debatten und sorgen für die Aufklärung der Öffentlichkeit. Sie erarbeiten und verbreiten Wissen und Erkenntnisse, indem sie umfassenden Gebrauch vom Internet machen. Sie erleichtern die Konsensbildung und die Aushandlung von Übereinkommen über neue weltweite Normen sowie die Schaffung neuer Arten von Mechanismen für deren Durchführung und Überwachung.

341. Unsere eigene Mitwirkung an globalen Politiknetzwerken war zwar weitreichend, verlief jedoch im Großen und Ganzen ohne festen Plan. Wir müssen gezielter und systematischer vorgehen. Wir müssen feststellen, wie wir den Regierungen, der Zivilgesellschaft und dem privaten Sektor am besten dabei behilflich sein können, zusammenzuarbeiten, damit diese Netzwerke ihre – und unsere – Ziele erreichen.

C. Digitale Verbindungen herstellen

342. An anderer Stelle in diesem Bericht bin ich auf die so wichtige Überbrückung der globalen digitalen Kluft eingegangen. Hier möchte ich Vorschläge unterbreiten, wie die Informationsrevolution den Vereinten Nationen zugute kommen kann und muss.

343. Vor zehn Jahren war es kostspielig und zeitraubend, Informationen aus den Entwicklungsländern zu erhalten bzw. an diese Länder weiterzugeben. Das ändert sich jedoch heutzutage mit dem World Wide Web. Wir können inzwischen Zeitungen aus jedem Winkel der Erde Sekunden nach ihrem Erscheinen online lesen. Genauso schnell können wir bei Ministerien einzelner Länder, führenden ausländischen Forschungseinrichtungen und wichtigen nichtstaatlichen Organisationen Informationen finden und herunterladen.

344. Dies ist noch nicht alles. Dank der zunehmenden globalen Vernetzung ist die reichhaltige Fundgrube elektronischer Informationen auf der Web-Seite der Vereinten Nationen Jahr für Jahr immer mehr Menschen kostenlos zugänglich. Unsere Web-Seite ist außerordentlich populär – im vergangenen Jahr wurden über 100 Millionen Zugriffe verzeichnet.

345. Außerdem ermöglicht uns das Internet auch die Abhaltung interaktiver weltweiter elektronischer Konferenzen, wodurch nicht nur Flug-, Hotel- und Konferenzkosten eingespart werden, sondern genauso so leicht und billig 10.000 wie 10 Menschen die Teilnahme ermöglicht werden kann. Innerhalb des Sekretariats können anstelle vieler persönlicher Zusammenkünfte elektronische "Besprechungen" abgehalten werden, so dass die Mitarbeiter ihre Zeit weitaus besser nutzen können. In modernen Organisationen, die sich die Informationsrevolution zunutze machen, ist dies zunehmend üblich.

346. Schließlich kann die Informationsrevolution die Effizienz unserer Feldeinsätze drastisch verbessern. Die drahtlose Kommunikation funktioniert sogar unter den schlimmsten Bedingungen, namentlich bei Naturkatastrophen und anderen Notständen.

347. **Ich freue mich, die Einleitung eines neuen Katastrophenbekämpfungsprogramms bekannt geben zu können, das Mobil- und Satellitentelefone sowie Mikrowellenverbindungen für humanitäres Hilfspersonal zur Verfügung stellen und unterhalten wird.**

348. Diese Initiative steht unter der Führung von Ericsson und wird in Partnerschaft mit Stellen der Vereinten Nationen und der Internationalen Föderation der Rotkreuz- und Rothalbmondgesellschaften durchgeführt (siehe Kasten 11).

349. Die logistische Planung und die Einsätze in komplexen Notstandssituationen können ebenfalls von einer besseren Nutzung der verfügbaren Technologie profitieren. So hat beispielsweise das International Rescue Committee in Pristina im Kosovo ein gemeinsam genutztes Satelliten/Funk-Internet-Netz geschaffen. Alle VN-Organisationen, die Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa, mehrere einzelstaatliche Vertretungen und die meisten nichtstaatlichen Organisationen stehen über dieses Netz rund um die Uhr miteinander in Verbindung.

350. Bisher haben die Vereinten Nationen sich jedoch erst einen Bruchteil der Möglichkeiten der Informationsrevolution zunutze gemacht. Die Hindernisse, die sich uns nach wie vor in den Weg stellen, sind eine veränderungsresistente Organisationskultur, eine unzureichende Informationstechnologie-Infrastruktur, mangelnde Ausbildung und vor allem die Tatsache, dass nicht begriffen wird, welche großen Vorteile die Informationstechnologie mit sich bringt, wenn sie kreativ eingesetzt wird. Wir müssen unsere internen Kapazitäten für Informationstechnologie auf den neuesten Stand bringen und ausbauen. Für das gesamte System der Vereinten Nationen besteht enormer Spielraum für eine bessere Integration online, damit Menschen in der ganzen Welt für sie wichtige und interessante Informationen und Daten zur Verfügung gestellt werden können.

351. In Zusammenarbeit mit anderen Mitgliedern des Systems der Vereinten Nationen werde ich diese Ziele energisch verfolgen. Ich werde darüber hinaus an die Informationstechnologieindustrie appellieren, den Vereinten Nationen bei der Neugestaltung ihrer Infrastruktur und Kapazität auf dem Gebiet der Informationstechnologie behilflich zu sein.

D. Die "stille Revolution" fördern

352. Würde die internationale Gemeinschaft die Vereinten Nationen morgen neu gründen, so würden diese sicherlich anders aussehen als unsere heutige Organisation. Im Jahr 2000 spiegeln unsere Strukturen die Mandate wider, die die Mitgliedstaaten den Vereinten Nationen über Jahrzehnte übertragen haben, und in manchen Fällen auch das Erbe tief greifender politischer Meinungsverschiedenheiten. Man ist sich zwar weitgehend darüber einig, dass die Vereinten Nationen zu einer moderneren und flexibleren Organisation gemacht werden müssen, doch wenn die Mitgliedstaaten nicht wirklich bereit sind, eine echte Strukturreform ins Auge zu fassen, werden unseren Bemühungen auch weiterhin enge Grenzen gesetzt sein.

353. Wenn wir den Umfang unserer Aufgaben und die in uns gesetzten Hoffnungen mit den Ressourcen vergleichen, die

Kasten 11

Als Erste vor Ort: Kommunikation bei Katastropheneinsätzen

Nachdem Ausmaß und Schwere von Naturkatastrophen in den letzten drei Jahrzehnten so drastisch zugenommen haben, sind auch die Anforderungen an die Katastrophenhilfsorganisationen immer mehr gestiegen. Damit diesen Anforderungen begegnet werden kann, werden die Katastropheneinsätze immer umfangreicher und komplexer und beziehen heute eine wachsende Zahl von Akteuren mit ein. Dies wiederum hat die Nachfrage nach wirksameren Kommunikationsverbindungen im Feld erhöht.

Die örtlichen Kommunikationssysteme werden im Katastrophenfall oft erheblich beschädigt. Leider sind die von den verschiedenen Hilfs- und nichtstaatlichen Organisationen eingesetzten Kommunikationssysteme von sehr unterschiedlicher Qualität und häufig mit Kompatibilitätsproblemen behaftet. Die Notwendigkeit von Verbesserungen wird weithin anerkannt, aber für viele Hilfs- und nichtstaatliche Organisationen war der Erwerb effektiverer Systeme bislang einfach zu kostspielig.

Als Antwort auf diese Herausforderung hat das Unternehmen Ericsson ein wichtiges Katastrophenebekämpfungsprogramm gestartet, in dessen Rahmen unter anderem Mobil- und Satellitenfunktelefone für die Mitarbeiter humanitärer Hilfsorganisationen und örtliche Helfer bereitgestellt und instand gehalten werden. Das Unternehmen wird bei der Installation von Mikrowellenverbindungen behilflich sein und weitere Maßnahmen zur Verbesserung der bestehenden Kommunikationsnetze ergreifen bzw. an den Orten, die über kein solches Netz verfügen, ein neues aufbauen. Das Katastrophenebekämpfungsprogramm wird von den Ericsson-Niederlassungen in mehr als 140 Ländern weltweit umfassend unterstützt werden und wird sowohl auf die Katastrophenebereitschaft als auch auf die Katastrophenebekämpfung abstellen.

Dieses großzügige Auftreten eines Unternehmens als verantwortungsbewusster Weltbürger und als Partner bei der Zusammenarbeit zwischen dem privaten und dem öffentlichen Sektor wird den Organisationen der Vereinten Nationen und ihren Partnern in hohem Maße zugute kommen und dazu beitragen, dass überall bessere Hilfeleistungen für die Opfer von Naturkatastrophen erbracht werden.

uns zur Verfügung stehen, gelangen wir zu einer ernüchternden Erkenntnis. Der Jahreshaushalt für unsere Kernaufgaben – die Tätigkeit der Sekretariate in New York, Genf, Nairobi, Wien und in fünf Regionalkommissionen – beläuft sich auf bloße 1,25 Milliarden Dollar. Das entspricht etwa 4 Prozent des Jahreshaushalts der Stadt New York – und ist fast eine Milliarde Dollar weniger, als die Stadt Tokio jährlich für ihre Feuerwehr aufwendet. Unsere Ressourcen stehen einfach in keinem Verhältnis zu unseren weltweiten Aufgaben.

354. Die Schwierigkeiten, die wir haben, mit stagnierenden Haushaltsmitteln und der Nichtentrichtung von Beiträgen fertig zu werden, sind allgemein bekannt. Was weniger verstanden wird, ist die Belastung, die sich dadurch ergibt, dass uns die Mitgliedstaaten neue Mandate erteilen, ohne gleichzeitig neue Mittel zur Verfügung zu stellen. Wir können mit weniger mehr tun, aber nur bis zu einem gewissen Grad. Früher oder später wird die Qualität unserer Arbeit unweigerlich darunter leiden.

355. Es gibt nicht nur Hindernisse finanzieller Art. In vielen Bereichen können wir unsere Aufgaben nicht wahrnehmen, weil Meinungsverschiedenheiten unter den Mitgliedstaaten

den für ein wirksames Tätigwerden nötigen Konsens verhindern. Am augenfälligsten ist dies wohl bei den Friedenseinsätzen, doch sind auch andere Bereiche davon betroffen. Außerdem macht es uns die sehr invasive und übermäßig ins Detail gehende Aufsicht, die einige Mitgliedstaaten über unsere Programmaktivitäten ausüben, sehr schwer, die Effizienz oder Wirksamkeit unserer Arbeit zu maximieren.

356. Die "stille Revolution", die ich 1997 eingeleitet habe, war dazu vorgesehen, die Vereinten Nationen zu einer schlankeren und wirksameren Organisation zu machen. Seither haben wir unsere Managementverfahren gestrafft, Ressourcen von der Verwaltung in die Entwicklungsarbeit umgeschichtet, Management unter Heranziehung eines Führungskabinetts eingeführt und die Koordinierung zwischen den weit verstreuten Mitgliedsorganisationen des Systems der Vereinten Nationen beträchtlich verbessert.

357. Um der inhärenten Tendenz zu institutioneller Unbeweglichkeit entgegenzuwirken, unter der unsere Arbeit gelitten hat, und um die strategische Umschichtung von Ressourcen zu erleichtern, habe ich die Einführung von **Fristen oder**

Auslaufbestimmungen für Initiativen vorgeschlagen, für die neue Organisationsstrukturen geschaffen oder umfangreiche Mittelbindungen getätigt werden müssen. Die Generalversammlung hat diesen Vorschlag bislang noch nicht angenommen; **ich fordere sie nachdrücklich dazu auf.**

358. Ferner muss eine mehr auf den Menschen ausgerichtete Organisation eine stärker **ergebnisorientierte Organisation** sein, sowohl was die personelle Ausstattung als auch die Veranschlagung von Mitteln angeht. Wir machen allmählich Fortschritte auf dem Weg zu einem ergebnisorientierten Haushaltssystem, in dem der Schwerpunkt weniger auf Inputs und Prozessen als auf Ergebnissen liegt. Wenn es erst einmal voll funktionsfähig ist, wird dieses System größere Effizienz und Flexibilität fördern, gleichzeitig jedoch auch die Transparenz und die Rechenschaftslegung des Sekretariats gegenüber den Mitgliedstaaten verbessern. Auch hier **ist Unterstützung seitens der Generalversammlung vonnöten.**

359. Fassen wir zusammen: Die Vereinten Nationen müssen sich im 21. Jahrhundert weiterhin von ihren Gründungsprinzipien leiten lassen. Sie müssen eine Organisation bleiben, die den Interessen der Mitgliedstaaten und ihrer Völker

dient. An unseren Zielen – Frieden, Wohlstand, soziale Gerechtigkeit und eine bestandfähige Zukunft – ändert sich nichts. Die Mittel, die wir zur Erreichung dieser Ziele einsetzen, müssen jedoch den Herausforderungen dieser neuen Ära angepasst sein.

360. Die Vereinten Nationen müssen künftig noch stärker als Katalysator für gemeinsame Maßnahmen fungieren, und zwar sowohl unter den Mitgliedstaaten als auch zwischen diesen und der dynamischen Konstellation neuer nichtstaatlicher Akteure. Wir müssen weiterhin der Ort sein, an dem neue internationale Verhaltensnormen ausgearbeitet werden und breiter Konsens dazu herbeigeführt wird. Wir müssen das Potenzial der Technologie nutzen, um das Los der Entwicklungsländer zu verbessern. Schließlich müssen wir zu einer wirksameren und effizienteren Organisation werden, zu der die Völker in der ganzen Welt leichten Zugang haben. Gelingt uns dies nicht, so müssen wir uns selbst am schärfsten tadeln.

361. Nur mit Hilfe dieser Maßnahmen können wir für alle Völker der Welt zu einem treuhänderischen Sachwalter werden.

VII. Zur Behandlung auf dem Gipfel

362. Die Ziele und Grundsätze der Vereinten Nationen sind in ihrer Charta und in der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte unmissverständlich dargelegt. Sie haben nichts von ihrer Bedeutung und ihrer inspirierenden Kraft verloren, sondern mit der Schaffung neuer Verbindungen zwischen den Völkern eher noch hinzugewonnen, und die Notwendigkeit einer kollektiven globalen Verantwortung hat sich breiteren Kreisen erschlossen. Die folgenden Werte, in denen der Geist der Charta zum Ausdruck kommt, werden, so glaube ich, von allen Nationen geteilt und sind für das Zeitalter, in das wir nun eintreten, von besonderer Bedeutung.

Freiheit. Männer und Frauen haben das Recht, in Würde und Freiheit – von Hunger und Elend und von der Furcht vor Gewalt oder Unterdrückung – ihr Leben zu leben und ihre Kinder zu erziehen. Diese Rechte werden am besten durch eine repräsentative Regierung gewährleistet, die vom Willen des Volkes getragen ist.

Gleichheit und Solidarität. Keiner Einzelperson und keiner Nation darf die Chance vorenthalten werden, aus der Globalisierung Nutzen zu ziehen. Die mit der Bewältigung der globalen Risiken verbundenen Kosten und Belastungen müssen gerecht aufgeteilt werden. Diejenigen, die Not leiden beziehungsweise den geringsten Nutzen aus der Globalisierung ziehen, haben ein Anrecht darauf, Hilfe von den größten Nutznießern zu erhalten.

Toleranz. Die Menschen müssen einander in der gesamten Vielfalt ihrer Glaubensvorstellungen, Kulturen und Sprachen achten. Unterschiede innerhalb einer Gesellschaft sowie zwischen verschiedenen Gesellschaften sollen weder gefürchtet noch unterdrückt, sondern vielmehr mit Wertschätzung gepflegt werden.

Gewaltlosigkeit. Streitigkeiten zwischen und innerhalb von Nationen sollen auf friedlichem Wege beigelegt werden, es sei denn, die Charta erlaubt den Einsatz von Gewalt.

Achtung vor der Natur. Beim Umgang mit allen Lebewesen und natürlichen Ressourcen soll Umsicht bewiesen werden. Nur so können wir die unermesslichen Reichtümer, mit denen die Natur uns beschenkt, erhalten und an unsere Nachkommen weitergeben.

Gemeinsam getragene Verantwortung. Im Einklang mit der Charta müssen die Staaten gemeinsam handeln, um den Weltfrieden und die internationale Sicherheit zu wahren. Die Auseinandersetzung mit den Risiken und Bedrohungen, die alle Völker der Erde angehen, soll auf multilateraler Ebene erfolgen.

* * *

363. Zur Umsetzung dieser Wertvorstellungen im neuen Jahrhundert müssen wir uns klare Prioritäten setzen.

364. **Erstens dürfen wir keine Mühen scheuen, um unsere Mitmenschen aus der erbärmlichen und entmenslichenden Armut zu befreien**, in der derzeit mehr als eine Milliarde von ihnen gefangen sind. Beschließen wir daher,

- bis in diesem Jahrhundert 15 Jahre verstrichen sind, den Anteil der Menschen, deren Einkommen weniger als einen Dollar pro Tag beträgt (derzeit 22 Prozent der Weltbevölkerung) zu halbieren;
- bis dahin auch den Anteil der Menschen zu halbieren, die hygienisches Trinkwasser nicht erreichen oder sich nicht leisten können (derzeit 20 Prozent);
- bis dahin auch zu erreichen, dass alle Kinder, Jungen wie Mädchen, überall auf der Welt eine Primarschulbildung abschließen können, und dass Mädchen und Jungen gleichberechtigten Zugang zu allen Bildungsebenen erhalten;
- bis dahin auch die Ausbreitung von HIV/Aids zum Stillstand zu bringen und diese Krankheit allmählich zum Rückzug zu zwingen;
- bis zum Jahr 2020 die Lebensbedingungen von mindestens 100 Millionen Slumbewohnern weltweit erheblich verbessert zu haben;
- Strategien zu entwickeln, die jungen Menschen überall auf der Welt die Chance geben, menschenwürdige Arbeit zu finden;
- sicherzustellen, dass alle Menschen in den Genuss der Vorteile der neuen Technologien, insbesondere der Informationstechnologie, gelangen können;
- dass sich jede einzelne Regierung von nun an nationalen Politiken und Programmen verschreibt, die konkret auf die Minderung der Armut abstellen und die im Benehmen mit der Bürgergesellschaft auszuarbeiten und anzuwenden sind.

Auf internationaler Ebene schulden die Länder, denen es besser geht, den benachteiligteren Ländern Solidarität. Sie mögen daher beschließen,

- den in den armen Ländern erzeugten Gütern freien Zugang zu ihren Märkten zu gewähren und sich als ersten Schritt bereitzuhalten, im März 2001 auf der Dritten Konferenz der Vereinten Nationen über die am wenigsten entwickelten Länder eine Politik zu vereinbaren, mit der praktisch allen Ausfuhren aus den am wenigsten entwickelten Ländern zoll- und quotenfreier Zugang zu ihren Märkten gewährt wird;

- die Fesseln der Verschuldung zu lösen, die viele der ärmsten Länder heute in der Armut gefangen halten, und als ersten Schritt die im vergangenen Jahr vereinbarte Ausweitung des Schuldenerleichterungsprogramms für die hochverschuldeten armen Länder ohne weitere Verzögerungen umzusetzen und sich bereitzuhalten, alle öffentlichen Schulden der hochverschuldeten armen Länder zu streichen, wenn diese Länder sich im Gegenzug auf eine nachprüfbare Armutsminderung verpflichten;
- großzügigere Entwicklungshilfe zu gewähren, insbesondere denjenigen Ländern, die ihre Ressourcen tatsächlich auf die Armutsminderung verwenden;
- mit der pharmazeutischen Industrie und anderen Partnern zusammenzuarbeiten, um einen wirksamen und erschwinglichen Impfstoff gegen das HIV zu entwickeln sowie die zur Bekämpfung des HIV eingesetzten Medikamente in den Entwicklungsländern auf breiterer Ebene zugänglich zu machen.

Auf einzelstaatlicher wie auf internationaler Ebene kommt den privaten Investitionen eine unverzichtbare Funktion zu. Beschließen wir daher,

- tragfähige Partnerschaften mit dem Privatsektor aufzubauen, um die Armut in allen ihren Aspekten zu bekämpfen.

In Afrika südlich der Sahara ist ein größerer Teil der Bevölkerung von äußerster Armut betroffen als in irgendeiner anderen Region. Diese wird durch die größere Häufigkeit von Konflikten, HIV/Aids und vielen weiteren Übeln noch verschärft. Beschließen wir daher,

- bei allen unseren Maßnahmen den Bedürfnissen Afrikas eigens Rechnung zu tragen und die Menschen in Afrika in ihrem Kampf zur Überwindung der Probleme des Kontinents vollumfänglich zu unterstützen.

Ich für meinen Teil habe im Rahmen dieses Berichts vier neue Initiativen angekündigt:

- ein Gesundheits-InterNetzwerk, das Krankenhäusern und Ambulanzstationen in den Entwicklungsländern Zugang zu aktuellen Informationen aus der Medizin gewährt;
- einen Informationstechnologiedienst der Vereinten Nationen (UNITeS), der Gruppen in den Entwicklungsländern im Einsatz und in den Möglichkeiten der Informationstechnologie unterweist;
- eine Katastrophenbekämpfungsiniziative "Als Erste vor Ort", die von Naturkatastrophen und Notständen betroffenen Gebieten unterbrechungsfreie Kommunikationsverbindungen gewähren wird;
- ein globales Politiknetzwerk, das tragfähige neue Ansätze für das Problem der Jugendarbeitslosigkeit ausloten wird.

365. Zweitens dürfen wir keine Mühen scheuen, um unsere Mitmenschen von der Geißel des Krieges zu befreien – wie es die Charta uns gebietet –, und insbesondere von den beiden Übeln, die uns heute den größten Schrecken einflößen – die in Bürgerkriegen herrschende Gewalt und die Angst vor Massenvernichtungswaffen. Beschließen wir daher,

- die Achtung vor dem Recht in internationalen wie in einzelstaatlichen Angelegenheiten und insbesondere die einvernehmlich vereinbarten Bestimmungen der Verträge über die Rüstungskontrolle, das humanitäre Völkerrecht und die Menschenrechte zu stärken. Ich bitte alle Regierungen, sofern noch nicht geschehen, die verschiedenen Übereinkünfte, Pakte und Verträge zu unterzeichnen und zu ratifizieren, die den Kern des Völkerrechts bilden;
- die Vereinten Nationen in ihrer Tätigkeit zur Wahrung des Friedens und der Sicherheit wirksamer zu machen, indem wir insbesondere
 - die Kapazität der Vereinten Nationen zur Durchführung von Friedenseinsätzen stärken;
 - Maßnahmen ergreifen, damit vom Sicherheitsrat verhängte Wirtschaftssanktionen weniger harte Auswirkungen auf unschuldige Bevölkerungsgruppen haben und gleichzeitig verbrecherische Herrscher wirksamer bestraft werden;
- energische Maßnahmen zu ergreifen, um den illegalen Handel mit Kleinwaffen zu unterbinden, indem wir insbesondere
 - Waffentransfers transparenter machen;
 - regionale Abrüstungsmaßnahmen, wie das Moratorium für die Einfuhr, die Ausfuhr beziehungsweise die Herstellung leichter Waffen in Westafrika, unterstützen;
 - die Programme zum Austausch von Waffen gegen Güter, die in Albanien, El Salvador, Mosambik und Panama gute Wirkung gezeigt haben, auf andere Gebiete – insbesondere Konfliktfolgesituationen – ausdehnen;
 - die Möglichkeit prüfen, eine internationale Großkonferenz zu veranstalten, um Wege zur Beseitigung atomarer Gefahren aufzuzeigen.

366. Drittens dürfen wir keine Mühen scheuen, um unsere Mitmenschen und vor allem unsere Kinder und Enkelkinder aus der Gefahr zu befreien, auf einem Planeten leben zu müssen, der durch menschliches Handeln unwiderrufliche Schäden davongetragen hat und dessen Ressourcen ihren Bedarf nicht länger decken können. Beschließen wir angesichts der außerordentlichen Risiken, denen sich die Menschheit gegenüber sieht,

- eine neue Ethik der Erhaltung und der pfleglichen Behandlung der Umwelt zu verfolgen und als erste Schritte
- das Protokoll von Kioto zu verabschieden und zu ratifizieren, damit es bis zum Jahr 2002 in Kraft treten kann, und die Verwirklichung seiner Ziele sicherzustellen, als Schritt auf dem Wege zur Senkung des Ausstoßes von Treibhausgasen;
- ernsthaft zu erwägen, das von den Vereinten Nationen entwickelte System der "grünen" Rechnungslegung in die volkswirtschaftliche Gesamtrechnung der einzelnen Staaten aufzunehmen;
- die Millenniums-Bewertung der Ökosysteme finanziell zu unterstützen und aktiv daran mitzuwirken.
- sicherzustellen, dass das Sekretariat diese Ressourcen im Interesse aller Mitgliedstaaten optimal einsetzt, indem wir ihm gestatten, die besten verfügbaren Managementpraktiken und Technologien zu verwenden und sich auf die Aufgaben zu konzentrieren, die den derzeitigen Prioritäten der Mitgliedstaaten entsprechen;
- den nichtstaatlichen Organisationen und den sonstigen nichtstaatlichen Akteuren jede Gelegenheit zu geben, ihren unverzichtbaren Beitrag zur Tätigkeit der Vereinten Nationen zu leisten.

* * *

367. **Schließlich dürfen wir keine Mühen scheuen, die Vereinten Nationen zu einem wirksameren Instrument in den Händen aller Völker der Erde zu machen**, wenn es darum geht, alle drei Prioritäten zu verfolgen – den Kampf gegen Armut, Unwissenheit und Krankheit; den Kampf gegen Gewalt und Terror; und den Kampf gegen die Schädigung und Zerstörung unserer gemeinsamen Heimat. Abschließen wir daher,

- den Sicherheitsrat so zu reformieren, dass er seine Aufgaben wirksamer wahrnehmen kann und er in den Augen aller Völker der Erde größere Legitimität erhält;
- sicherzustellen, dass die Organisation die notwendigen Ressourcen zur Erfüllung ihrer Mandate erhält;

368. Ich bin der Überzeugung, dass dies klare Prioritäten sind und dass wir alle diese Ziele erreichen können, wenn wir den Willen dazu haben. Für viele dieser Prioritäten sind bereits Strategien entwickelt worden, die in diesem Bericht zusammenfassend dargestellt sind. Was andere betrifft, so müssen wir unter Einsatz unseres Intellekts, unserer Energie und unserer Forschungshaushalte zunächst eine intensive Suche nach durchführbaren Lösungen vornehmen.

369. Kein Staat und keine Organisation kann alle diese Probleme im Alleingang lösen. Umgekehrt sollte kein Staat sich vorstellen, dass andere sie für ihn lösen werden, wenn seine eigene Regierung und seine eigenen Bürger sich nicht mit ganzem Herzen selbst dafür einsetzen. Ein 21. Jahrhundert zu schaffen, das sicherer und gerechter ist als das 20. es war, ist eine Aufgabe, die die entschlossenen Anstrengungen eines jeden Staates und aller Menschen verlangt. Einer erneuerten Organisation der Vereinten Nationen wird eine entscheidende und erhebende Rolle dabei zukommen, zu diesen Anstrengungen anzuregen und diese zu koordinieren.